

ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

XV. JAHRGANG 1938



HEFT / SEPTEMBER

Der Kampf mit dem Raum

Schenke: Der Raum als Waffe (Eine Studie zum Krieg der halben Maßnahmen)

Röckel: China in der Entscheidung

Baare-Schmidt: Alaska — Raum der Zukunft

KARL HAUSHOFER:

Nöte Saarbrückens

ordnung betr. Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik — Kartenzeichnen - aber mit Bedacht!
er Internationale Geographenkongreß in Amsterdam 1938 — Sselnen-dan: Die japanische
Jugendorganisation.

STAATENWIRTSCHAFT

hmann: Die Goldpolitik der Vereinigten Staaten — Schischkoff-Wilsdorf: Die zwischen-
staatliche Lenkung der Türkenrückwanderung aus den Balkanländern — Seifert: Staaten-
wirtschaftliche Länderschau: Störungskern USA. — Schrifttum

Postvertrieb ab Leipzig

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

begründet von

Professor Dr. KARL HAUSHOFER und Professor Dr. ERICH OBST

Herausgegeben von

DR. KARL HAUSHOFER

Generalmajor a. D., o. Professor an der Universität,
München O 27, Kolberger Straße 18, Fernsprecher 480 444

SCHRIFTLEITUNG:

Kurt Vowinkel, Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36
Fernsprecher: Heidelberg 3742

Manuskript- und Buchzusendungen werden an die Schriftleitung erbeten

XV. JAHRGANG / HEFT 9 / SEPTEMBER 1938

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

<i>K. Haushofer: Mitteleuropas Westdrehzscheibe</i>	693
<i>H. Diehl: Neun Karten zum Aufsatz Karl Haushofers</i>	697
<i>W. Schenke: Der Raum als Waffe</i>	705
<i>H. Röckel: China in der Entscheidung</i>	712
<i>H. G. Baare-Schmidt: Alaska — Land der Zukunft</i>	723

BERICHTE

<i>A. Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt</i>	730
<i>K. Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum</i>	732
<i>J. März: Die neue Lage auf dem Balkan</i>	739
<i>H. Hummel: Kurznachrichten</i>	740

<i>SPÄNE der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik</i>	743
---	-----

SCHRIFTTUM

<i>E. Wunderlich: Neue, geopolitisch zu beachtende Karten und Atlanten</i>	750
--	-----

BEILAGE: STAATENWIRTSCHAFT

<i>Ph. H. Lohmann: Die Goldpolitik der Vereinigten Staaten</i>	753
<i>P. Schischkoff — H. Wilsdorf: Die zwischenstaatliche Lenkung der Türkenrückwanderung aus den Balkanländern</i>	758
<i>A. Seifert: Staatenwirtschaftliche Länderschau: Störungskern USA.</i>	764
<i>Schrifttum</i>	779

Preis: Vierteljahr RM 5.50/Studenten u. Mitglieder d. AfG. RM 4.40/Einzeln RM 2.—/Jahrg. m. Inhaltsv. RM 22.—

Ausland: Vierteljahr RM 4.13, bei Zahlung in fremder Währung

Gebunden (2 Bände) RM 28.— / Register für den Jahrgang RM —.90 / Inhaltsverzeichnis kostenlos / Einbanddecke für den Halbjahresband RM 2.—

Postcheckkonten: Kurt Vowinkel Verlag / LUDWIGSHAFEN 124 61 / WIEN 559 18 / PRAG: Kreditanstalt der Deutschen, 627 30

KURT VOWINKEL VERLAG / HEIDELBERG / WOLFSBRUNNENWEG 36

Es wäre Versäumnis, wenn die Geopolitik nicht dort, wo es im Betriebe eines gewaltig ausgebreiteten politischen Geschehens notwendig erscheint, ihre auf die großen und tragenden Linien hinweisende Betrachtung zur Geltung brächte. In die Linie solcher Beiträge gehören des Herausgebers, durch Zeichnungen Hermann Diehls ergänzte Ausführungen über die geopolitische Bedeutung Saarbrückens und die aus ihr gerade im Augenblick zu ziehenden Folgerungen.

Jesseln wird unsere Leser der uns aus Hankau unmittelbar übersandte Aufsatz von Wolf Schenke, der sicher etwas eigenwillig und von chinesischen Auffassungen durchseht, auf die entscheidende Unterschätzung des Raumfaktors in der japanischen Kriegsführung hinweist, — Tatsachen, die der Herausgeber in seinem diesmonatlichen Bericht noch zu ergänzen hat.

H. Röckel versucht, in der jetzigen Entscheidungsstunde Ostasiens eine die wirkenden Kräfte Chinas in Sonderung und Zusammenspiel abschätzende Übersicht über den geopolitischen Stand zu geben. Seine Feststellung, daß unabhängig vom Ausgang des Krieges die Entwicklung des Fernen Ostens durch ihn von Grund aus und mit gewaltiger Kraft vorangetrieben wird, dürfte von allen Kennern geteilt werden.

Eines der jüngeren Mitglieder unseres Arbeitskreises, H. G. Baare-Schmidt hatte erfreulicherweise Gelegenheit, eine Reihe von Ländern zu bereisen, die abseits der großen Reisewege liegen. Eine Frucht dieser Fahrt ist die knappe Übersicht über Alaska, die wir, — eine Fülle des wichtigsten Tatsachenstoffes — in diesem Heft veröffentlichen.

Nach den Berichten der Herausgeber und den Kurznachrichten, die durch einen Bericht unseres alten Mitarbeiters Josef März über die neue Lage auf dem Balkan ergänzt werden, folgen die diesmal recht umfangreichen Späne der AfG mit zwei Hauptbeiträgen: einem Bericht über den Internationalen Geographentag in Amsterdam und einem kritischen Auszug aus einer sowjetrussischen Darstellung der japanischen Jugendbewegung Seinen-dan.

Im Mittelpunkt der

STAATENWIRTSCHAFT

steht diesmal das Problem der staatlichen Lenkung der amerikanischen Wirtschaft mit seinen weitverzweigten Auswirkungen auf die ganze übrige Welt. Philipp H. Lohmann, ein deutschamerikanischer Dozent an der Universität Miami, Ohio, schildert in Ergänzung der Ausführungen von Heinrich Rittershausen (Staatenwirtschaft, September 1937) die „Goldpolitik der Vereinigten Staaten“, während die Länderschau Arnold Seiferts schon im Titel darauf deutet, daß sie die neue Weltwirtschaftskrise im Lichte des „Störungskerns USA.“ betrachten will, wobei die deutschen und englischen Bemühungen um ein Handelsabkommen mit Washington gleichsam den Rahmen bilden. Die amerikanische Konsumentenbewegung wird erstmalig im deutschen Schrifttum im Zusammenhang mit dem Prinzip der staatlichen Lenkung behandelt. Eine Zusammenstellung des Problems der zwischenstaatlichen Regelung der Türkenrückwanderung aus den Balkanländern liefern Peter Schischkoff und Heinz Wilsdorf.

Die Schriftleitung

Anschriften der Mitarbeiter dieses Heftes:

Hans-Georg Baare-Schmidt (AfG), 3. St. auf Reisen, Anschrift durch Verlag — Hermann Diehl (AfG), Saarbrücken-Schönbach, Auf der Inner F 23 — Dr. Albrecht Haushofer (AfG), Berlin SW 68, Wilhelmstr. 23 — Dr. Karl Haushofer (AfG), München O 27, Kolberger Str. 18 — Hans Hummel (AfG), Musterhausen (Dosse), Seestr. 16 — Dr. Philipp H. Lohmann, Ph. D., Department of Economics, Miami University, Oxford, Ohio, USA. — Dr. Josef März (AfG), Berlin-Halensee, Seesener Str. 54, II — Professor Dr. Ludwig Nefer (AfG), Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 23 — Professor Dr. Hermann Röckel (AfG), Heidelberg, Richard-Wagner Str. 5 — Wolf Schenke (AfG), 3. St. Hankau (China), c. o. German Consulate General, via Hongkong — Dr. Peter Schischkoff, Sofia, Bul. „Dondukov“ Nr. 46 — Dr. Arnold Seifert, Leipzig S 3, Dohnaweg 11 — Diplomvolkswirt Dr. Heinz Wilsdorf, Leipzig C 1, Petersstr. 13 — Professor Dr. E. Wunderlich (AfG), Stuttgart, Haus des Deutschlands.

Die Bezeichnung (AfG) hinter dem Namen bezeichnet die Mitgliedschaft des Verfassers in der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik.

Verzeichnis der Karten und Zeichnungen dieses Heftes:

1. Saarbrücken — die geopolitische Drehscheibe der Westgrenze von Mitteleuropa	697
2. Umleitung des Orient-Express	698
3. Entwicklung und Eisenbahn-Einschnürung von Saarbrücken ...	699
4. Saarbrücken, Straßburg und der Pfälzer Rhein in der Geopolitik Europas	700
5. Der Hinterland-Verlust Saarbrückens als deutscher Schuldbosten	701
6. Niederrheinförten, Oberrheintor und die vernachlässigte Mittelschwelle	702
7. Saar-Donau-Verbindung	703
8. Nachtlinie Paris—Prag	703
9. Gefährdette: der Keil Weissenburg—Eger	704
10. Masakas geopolitische Lage	723
11. Masaka	723
12. Japanisch-französische Interessenbegegnung	733
13. Gefährliche Nachbarschaft	733
14. Japanische Kriegsmonopolwirtschaft	733
15. Fieberthermometer des Weltfriedens	733

Aus dem Inhalt des letzten Heftes:

K. Nowak: Blick nach Südost!
 G. Fochler-Hauser: Gefahren und Hemmungen für das Deutschtum im Südosten
 F. Juller: Kumpfungarn
 S. Mehedinti: Die geopolitische Lage Rumäniens
 D. Schenpp: Die Neutralität der Schweiz
 R. S.: Kanton und Südwestchina im japanisch-chinesischen Konflikt II
 H. Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt
 K. Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum
 H. Hummel: Kurznachrichten
 Späne der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik
 K. Roepke: Bibliographie der Geopolitik

BEILAGE: WELT-RUNDFUNK

G. Flanze: Das Fernsehen im Werdegang des Nachrichtensendens
 G. God (England): The British television service
 G. Schröder: Über Sinn und Ertrag der Fernsehforschung
 G. Delamare (Frankreich): La télévision d'aujourd'hui et de demain
 K. G. Sell (Washington): Sichtbarer Rundfunk in USA.
 K. von Voedmann: Das Vortragswesen im europäischen Rundfunk
 Tagung des Welt Rundfunkvereins in Lausanne
 II. Generalversammlung der Internationalen Zentralstelle für Bauernfunk
 Sir John Reith verläßt die BBC.
 Roman Starzynski
 Blick in die Rundfunkwelt
 Wirtschaft und Recht
 Schrifttum
 Zu einem Buch über den Rundfunk in USA.

KARL HAUSHOFER:
Mitteuropas Westdrehzscheibe
(Künste und Nöte Saarbrückens)

Fast unbeachtet, nur von den Wissenden geschätzt, ist eine der hoffnungsvollsten gesamteuropäischen Veranstaltungen in diesem Sommer vor sich gegangen. Sie hatte in Ouchy Vertreter des Rundfunks, der raumgewaltigsten kulturpolitischen Einrichtung des Erdballs, von Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Lettland, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei, Ungarn, also des am meisten schöpferischen Bestandes von Kultureuropa zusammengeführt. Wenn die großen und kleinen Westmächte dieses Kreises unter Führung mit Mitteleuropa ihren schweizerischen Bestimmungsort erreichen wollten, dann führte ihr natürlicher Reiseweg über Saarbrücken, ebenso, wie die natürliche direkte Verbindungslinie von Frankreich nach Deutschland, wenn sie nicht künstlich über Belgien oder Straßburg abgelenkt wird.

Daß man in Belgien, wie innerhalb der französischen Ostbahn, diese Ablenkung von Westeuropas natürlicher Drehscheibe zu Mitteleuropa (I) dauernd wünscht, ist aus starken Interessenbindungen begreiflich. Warum man sich so ergeben kultur- und wirtschaftspolitisch von Mitteleuropa, vom großdeutschen Reich aus in sie fügt, ist weniger verständlich. Nun kann man gewiß viel durch Umleitung von D-Zügen, durch künstliche Fahrplangestaltung an Verkehrsumleitungen erreichen; wir brauchen uns bloß des Mißbrauchs der Arlbergbahn durch westmächtige Donaupraumpolitik bis zum Zusammenwachsen Großdeutschlands mit seiner Ostmark zu erinnern, soweit nicht Vermutungen und andere Gebirgsbahn-Schatten-seiten der mit der Fahrplangabel ausgetriebenen Natur zwangsläufige Rückkehr auf die natürliche Verkehrsbahn ermöglichten (II). Gewalt hilft auch verkehrspolitisch nicht auf die Dauer wider die Natur, die Saarbrücken eine größere Rolle in der Kultur- und Wirtschaftspolitik bestimmt hat, als es sie augenblicklich aus den eigenen Kräften der von Eisenbahnen eingeschnürten Stadt zu tragen vermag (III).

Da die Reichsgeschichte des Ersten und die Politik des Zweiten Reichs der vielgeprüften Grenzstadt die gute Hälfte ihres ehemals harmonischen Hinterlandes verloren hat, muß eben auch nicht nur die Verkehrs- und Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches als Rechtsnachfolger für diese wichtige Strahlungsstelle einspringen, sondern vor allem die Kulturpolitik.

Wer die Größe der Reichsverpflichtung gegenüber Saarbrücken sieht, die ihm aus jeder geopolitischen Karte von Mitteleuropa entgegenspringt [vgl. die folgenden Karten aus Mitteleuropa-Geopolitik (IV) und Hinterlandverlust aus Grenzlage (V)], der weiß auch, daß die Weihe eines Theaters, einer Schauburg nur die erste Schwellengabe zu ihrer Erfüllung ist, und daß man die Kosten und Lasten der Aufgabe nicht auf den Säckel einer nur scheinbar reichen, für reich gehaltenen Stadt werfen darf.

Was für den Niederrhein die kulturpolitisch und wirtschaftlich werbende Kraft bedeutet, die von der Kölner Bucht ausstrahlt, was für den Oberrhein einst Straßburg gewesen ist (VI), dem fehlt ein gleich grenznahe Fanal, ein ebenbürtiges

Richtfeuer für die Mitte, so wertvoll für die Saarpfalz später einmal die Einheit von Ludwigshafen, Mannheim, Heidelberg aus ihrer Hinterlandtiefe werden kann, wenn diese Städte-Dreiheit nicht mehr Nordanhängsel eines langgestreckten, von Napoleon geschaffenen Wehrglaci sein wird, sondern was sie in großen Reichzeiten war — Schlüsselstellung der Pfalz am Rhein. Aber das ist geopolitisch bereits Wirkung aus der Hinterlandtiefe heraus; sie bedarf eines werbenden Kultur- und Wirtschaftsvorpostens in ausgesetzter Grenzlage, von der aus friedliche Durchdringung solange ins westliche Nachbarland vorgetragen werden kann und muß, bis ein Echo erfolgt, und dann Fahrplanschraken, Tücken des Grenzverkehrs und Umfahrungswettbewerbs von selbst fallen, weil man auch drüben die vermittelnde Rolle der Grenze an dieser Stelle will, nicht mehr die hemmende. Wohl mag uns jeder einwerfen, der nicht in unwägbaren Werten denken kann: Warum denn große Bauten auf vernichtende Geschützwirkungsweiten dem Feind zur Zerstörung anbieten, der doch nie zum Freunde werden will? Nun, wer Imponderabilien in weltpolitischen Rechnungen einzusetzen weiß, der hat die Erfahrung gemacht, daß schwerlich die öffentliche Meinung der Welt für sich gewinnt, wer auf Theater, Universitäten, Bildungsstätten schießt, immer noch eher, wer Bahnhöfe und Industrieanlagen zerstört.

Warum also nicht neben dem Theater versuchsweise eine der zu vielen, kleinen, nicht mehr strahlenden Hochschulen, etwa der Mittelrheinischen Hochschulfurche, ausheben, an die Saar legen, und mit besseren Erfahrungen und Erfolgen einen aus eigener Schuld mißlungenen Anlauf wiederholen, in größerem Stil daraus zu machen, was in Straßburg mißlang: die werbende Reichshochschule der Westgrenze, naturwissenschaftlich z. B. belebt durch ein Seitenstück zur Versuchsstrecke in Beuthen, der großartigen Schöpfung von Professor Woltersdorf?

Warum nicht versuchen, genau so grenznah wie bei der einstigen Dreikaiser-ecke im Osten, für das Bergwerksgebiet im Westen, im großen Rahmen einer Hochschule, die für ganz Westeuropa nebenher zur hohen Schule für alle werden könnte, die den Nationalsozialismus in seinen weltanschaulichen Grundlagen kennenlernen wollen — und deren sind nicht wenige! — die ungeheure Anziehungskraft eines solchen Hilfswerks höchster Menschlichkeit zu schaffen, das weltüber werbende Kraft besitzt, das einem so streng nationalen Mann sämtliche Grenzschlagbäume öffnet, wo er mit seinem schwarzweißroten Abzeichen mit dem helfenden roten Johanniterkreuz erscheint, und seiner Garde von Kumpeln, von denen jeden der Strahlenkranz vielfacher Lebensrettung umleuchtet?

Selbstverständlichkeit wäre als Voraussetzung, daß man einem solchen Strahlungspunkt alle Marscherleichterungen reichseinwärts verschafft; Dutzende von Schnellzugsparen, und wenn sie zunächst nur aus wenigen Wagen bestünden; beste Anschlüsse, um den Wettbewerb mit Ober- und Niederrhein aufnehmen zu können. Und im Hintergrund steht der Saar-Neckar-Main-Donau-Kanal (VII), die schließlich doppelt laufende Wasserverbindung neben der Landverbindung zur Donau, neben dem nördlichen eisenbahnverzweigten Auslauf, durch die Mittelgebirge gegen Nordosten. Noch steht hemmend hinter einem der wichtigsten Gleise von der Saarbrückener Drehscheibe aus der hemmende böhmische Block (Skizze VIII).

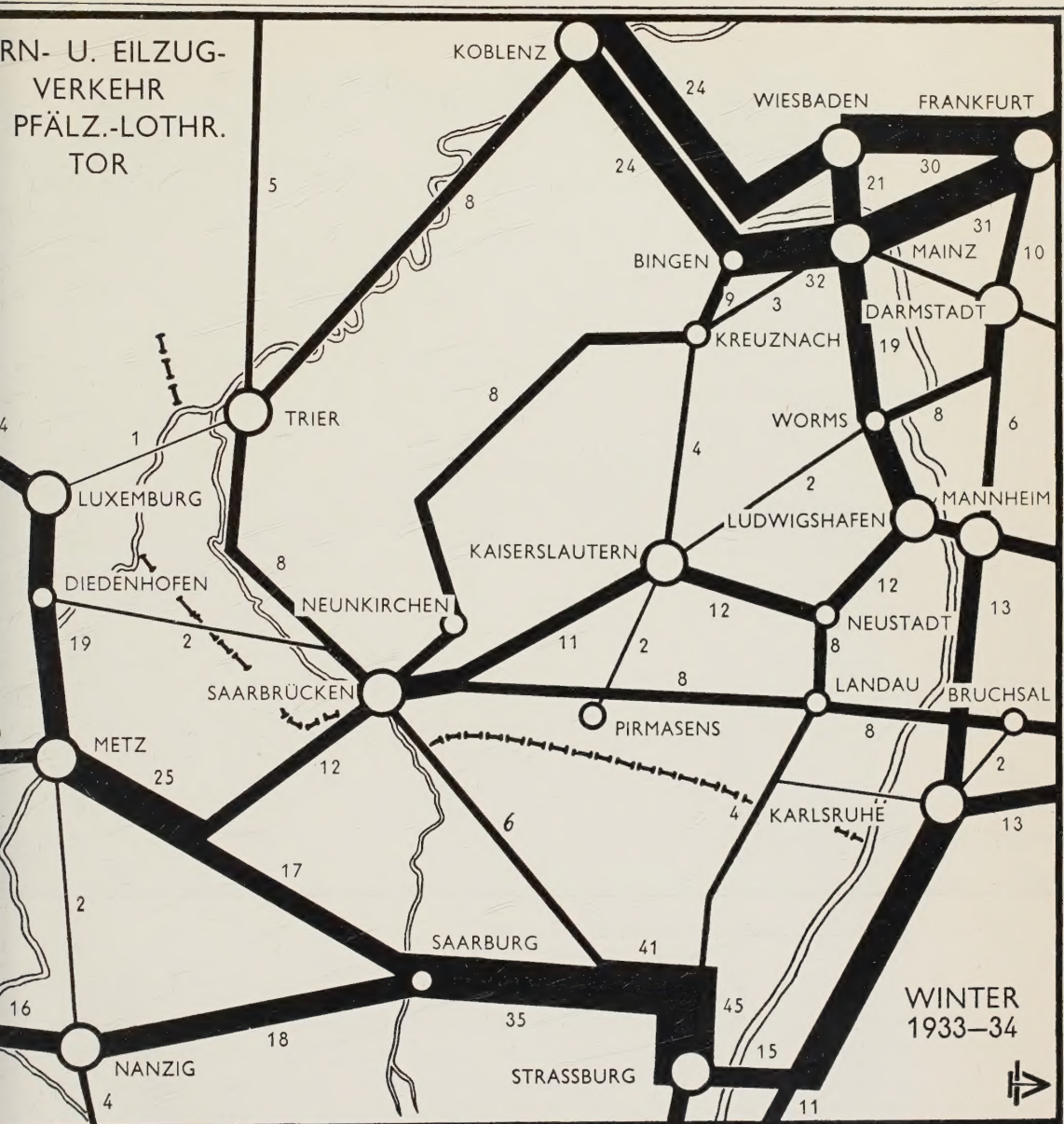
Aber wenn nicht alle Zeichen trügen, wird er sich auf die Dauer seiner Lage in Mitteleuropa nicht entziehen können; und dann erst können wieder wahrhaft

europäische Zusammenhänge in einem von zweckbestimmter Zersetzungs politik befreiten, echten Mitteleuropa geschaffen werden, und mit ihnen eine Befriedung des Erdteils von seinen beiden wichtigsten Achsen aus.

In so großem Zusammenhang muß die Reichsaufgabe an der Saar gesehen werden; und in diesem Zusammenhang ver trägt sie sich gut auch mit dem begreiflichen Wunsch, zunächst alle freien Mittel auf die heimgekehrte Ostmark zu verwenden. Dabei wird gewiß das Herz eines Gauleiters der Saarpfalz, der zugleich Wacht an der mittleren Donau hält, vor schwere Belastungsproben, fast Zerreißprüfungen gestellt. Aber gerade durch große Zusammenschau der Westostaufgaben des Reiches über die Gefahrstelle zwischen Weißenburger und Egerer Keil hinweg (Skizze IX) sind diese Spannungen am ehesten zu überbrücken. Denn man soll das Eine tun und das Andere nicht lassen! Von diesem Gesichtspunkt aus war es vielleicht eine besonders glückliche Lösung, ähnlich wie beim Zusammenspiel des westlichen, westfälischen, und des östlichen, schlesischen Bevölkerungsballungsgebiets, Saarpfalz und Ostmark in eine Gauleiterhand zu legen, bis dauernde Verhältnisse im inneren Gefüge gestaltet werden konnten. Nur mußte man sich dabei klar sein, daß die Westaufgaben an der Saar genau so die Kräfte einer einzelnen Stadt überstiegen, wie die von Graz und Wien an Mur und Donau; man mußte aus dem Fehlschlag einer großen Reichsaufgabe in Straßburg den Schluß ziehen, daß Straßburg eben deshalb nicht die werbende Reichsuniversität, Theaterstadt und Werbezentrale geworden ist, als die es bei der zweiten Reichsgründung gedacht war (sondern im Grunde doch eine Provinzialbrutstätte für Elsaß-Lothringen, eine Landesuniversität, wie sie Deutschland eher zu viele als zu wenige besaß); weil man alles zu sehr den örtlichen Kräften nach ersten großen Anläufen überließ, statt sich von vornherein klarzumachen, daß dort eine kulturpolitische Reichspflicht höchsten Ranges vorlag und mit zweckentsprechenden Zuschüssen aus der ganzen Volksgemeinschaft an der obersten Wirkungs- und Strahlungsgrenze aufrechtzu erhalten war. Diese Grenze ist für ein wirklich zur größtmöglichen Blüte gebrachtes Saarbrücken gerade wegen seiner ausgesetzten Lage außerordentlich großräumig und weitgespannt. Es vermochte nicht nur durch örtliche Strahlung das ganze, so wertvolle Grenzlanddeutschum an der Saar auch schlimme Zeiten über wettern zu lassen, sondern eine Werbekraft nach Belgien und Frankreich zu entfalten, wie sie von Frankreich aus, wenn auch mit völkerpsychologisch falschen Mitteln und den materiellen Kräften der Fahrplanförderung, Schnellzugumleitung. Senderwirkung in Straßburg versucht wird. Das könnte gefährlicher werden, wenn alle Rundfunkbeobachter aus Ouchy so feinfühlig Beobachtungen heimgebracht haben sollten wie der Deutsche Kurt v. Boeckmann, wenn er schreibt: „Man erhielt über das kleine, allerdings auch sehr bezeichnende Teilgebiet des Rundfunkvortrags Einblick in die inneren Gesetzmäßigkeiten anderer Volksseelen.“ Dieser Einblick fehlt glücklicherweise dem Straßburger Sender. Wie aber, wenn ein Saarbrücker Sender von vornherein eingesetzt würde, um dieser inneren Gesetzmäßigkeit der westlichen Volksseelen Rechnung zu tragen, und Saarbrücken aus eigener und Reichskraft den geistigen Widerhall, den kulturpolitischen Nährboden dafür aufbringen könnte, was selbst eine reichere Stadt allein nicht kann, wohl aber, wenn sie vom Hinterland stärkste, auch finanzielle Durchblutung erfährt. So etwa stellen wir uns die Kraft-Relais-Leistungen vor, die aus ganz

weitsichtigen geopolitischen Erwägungen heraus das ganze Reich aus seiner Hinterlandtiefe der Saarpfalz zunächst für Saarbrücken leisten müßte, zu Kraftausgaben, denen die Stadt allein, obwohl sie voll guten Willens ist, und das vielfach überforderte Saarwirtschaftsgebiet unmöglich genügen kann. Wie weit dabei eine Kooperation mit Trier zustande kommen kann, wie weit die selbstverständliche Zusammenarbeit mit Zweibrücken und der Westpfalz noch ausgestaltungsfähig ist, das bliebe den ohnehin rührigen örtlichen Bestrebungen überlassen. Was die Geopolitik beisteuern kann, ist nur die Erfahrung aus der weltüber zunehmenden Zusammenarbeit von Städtegruppen mit einer gewissen Arbeitsteilung, wie wir sie im größten Stil in Nordengland, in Japan mit gewinnbringendem Ertrag für die Städtegruppen selbst, ihre Länder und Reiche am Werk sehen. Aber der Mittelpunkt für eine solche Gruppe des Mittelwestens von Mitteleuropa bleibt aus seiner kulturpolitischen, verkehrstechnischen und wirtschaftlichen Lagengunst Saarbrücken, sosehr es wehrpolitisch ausgesetzt und gefährdet sein mag. Gerade darum muß der Schwerpunkt auf die kulturpolitische friedliche Werbung gelegt, das einschnürende Eisenbahngefüge möglichst auseinandergelegt, entfährdet werden. Bei der landschaftlichen Eigenart des Saargebiets ist es durchaus möglich, einen Zusammenbau aus landschaftlichen und technischen Erfordernissen zu gestalten, der den Gruben und Hütten gibt, was der Gruben und Hütten ist, und dennoch die Umwelt lebenswert, mit den nötigen Erholungswerten zu erhalten weiß; genau wie ja doch auch das Saargebiet fertiggebracht hat, den Bergarbeiter bodenwüchsig, erdständig auf seinem kleinen Eigenbesitz zu erhalten und dadurch das Ganze unendlich viel krisenfester als viele andere Industriegebiete zu machen. Unten am Wasserlauf liegt das Werk und läuft die große Verkehrsstraße, auf der das Werk die Menschen einschlürft; aber rückwärts dehnt sich das Feld, das die Kuh des armen Mannes, die Ziege ernährt, der kleine, willig in Überarbeitsstunden bestellte Garten und Acker, der Erholung spendende Wald, die Lunge des Tals. Gewiß: erster ärztlicher Grundsatz, solchen glücklichen Zuständen gegenüber, ist die uralte Weisheit; non nocere — zunächst einmal keinen Schaden stiften, das Gute erhalten. Aber dann folgt gleich die zweite Mahnung: langfristig vorzusorgen, schöpferisch weiterzugestalten! Helfen! — nicht nur während, sondern tätig.

Daß diese Hilfe über die örtlichen Kräfte hinaus eine geopolitische Reichspflicht ist, glauben wir aus überzeugenden Skizzen und volksgeschichtlichen Erfahrungen heraus zur Genüge erwiesen zu haben. Wie sie gestaltet werden könnte, dafür haben wir Anregungen zu finden versucht, die von Berufenen weiter ausgebaut werden mögen. Angesichts großer Aufgaben wird überall zunächst geraten: „Hilf dir selbst — so hilft dir Gott.“ Aus gründlicher Kenntnis aller Örtlichkeiten an der Saar, langjähriger Fühlung mit tapferen Menschen auf den Höhen des Erfolges wie in den dunklen Gängen der Kohlengrube, der ganzen geistigen Arbeit der Stadt Saarbrücken und des Saargebiets und ihres arbeitsernsten westpfälzischen Bruderlandes darf dagegen behauptet werden: Das Menschenmögliche aus eigener Kraft ist in vorbildlicher Weise geschehen! Jetzt können die Männer, die dort geopolitische und kulturwissenschaftliche Einsichten in einem seltenen Grade mobilisiert haben, dem Reiche sagen: Wir sind im wenigen bis zur Erschöpfung getreu gewesen und haben aufgebaut und vorbereitet, was in unserm Rahmen möglich war. Nun kommt und setzt uns über vieles, was uns verheißen wurde, als es um



Skizze I: Saarbrücken, die geopolitische Drehscheibe der Westgrenze von Mitteleuropa

die Seele des Saarlands ging — auch wenn wir keine Türkenbelagerungen und keinen Steffel, keine Karawanken und Tauern, keine Mozartspiele und keine Stadt der Bergsteiger aufzuweisen haben!

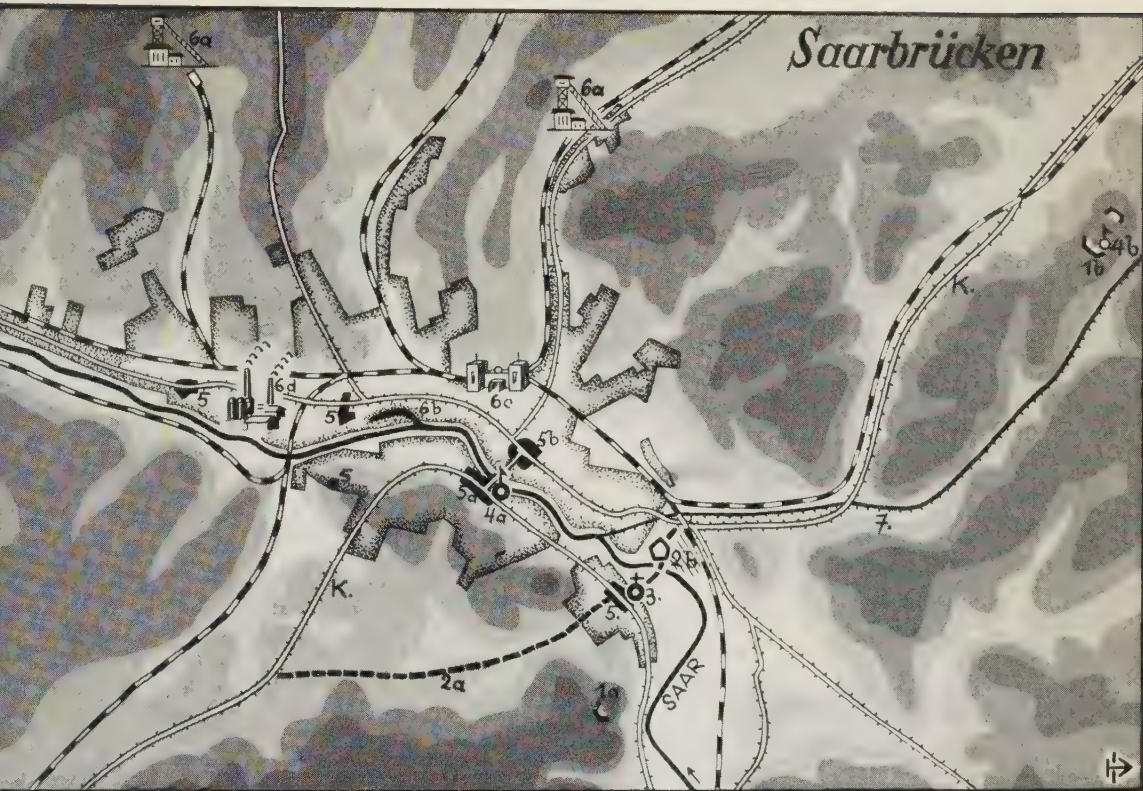
Vergeßt den Riesendruck auf der von fremdem Geschütz beherrschten Drehscheibe des Westens nicht, wenn ihr die schönere Ostmark durchfahrt und durch-




Skizze II: Umleitung des Orient-Expreß

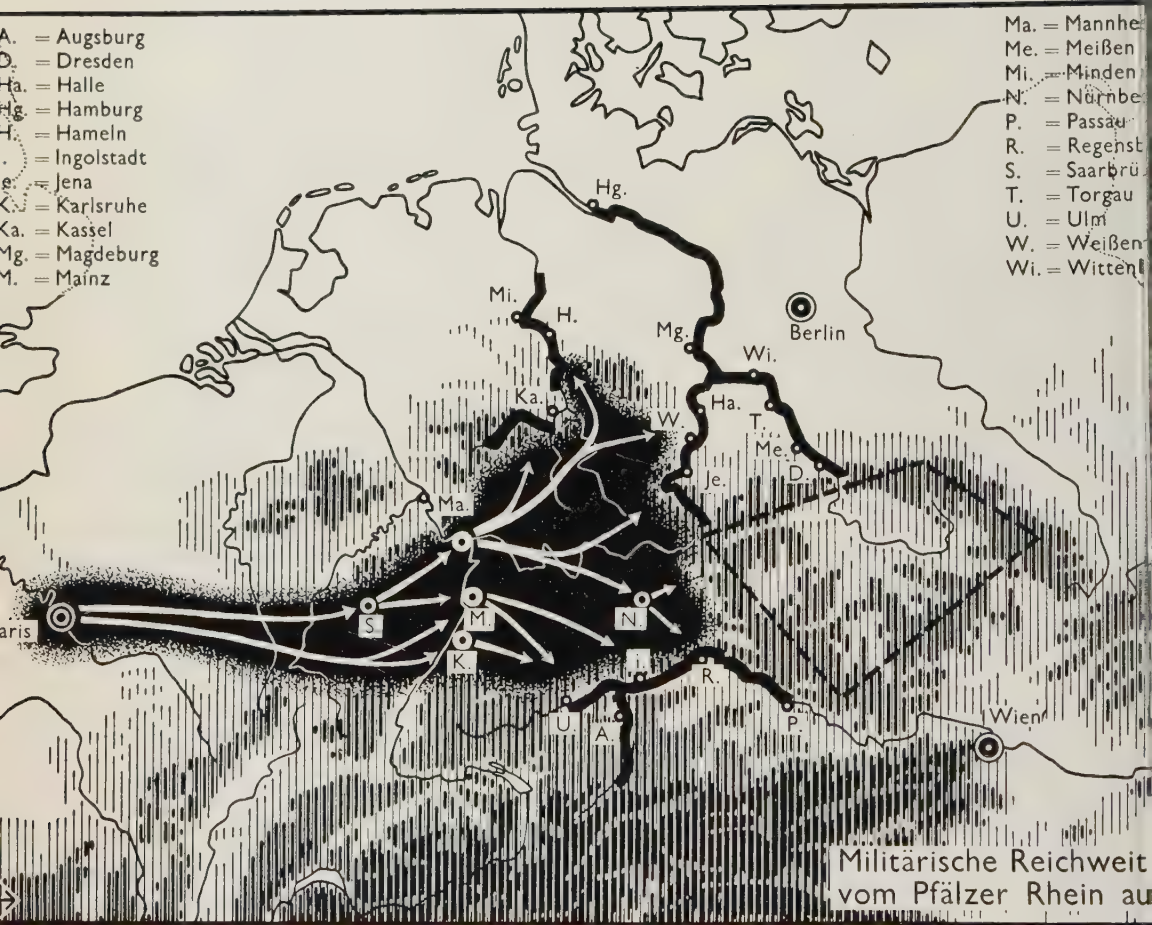
wandert. Denn diese Gefahr besteht; die Saarländer sind sich auch darüber klar, daß sie augenblicklich nicht in vorderster Werbelinie stehen. Aber sie wollen mindestens soviel Blick für ihre Dauerbedingungen überallher im Dritten Großdeutschen Reich, wie ihn der alte Reichsfeldherr Prinz Eugen hatte, wenn er auch über den größten Ostaufgaben nie die Abwehripflicht im Westen vergaß. Noch immer besteht im Grunde die weltpolitische Doppelaufgabe des deutschen Südens, die einst Karl V. ausrufen ließ: „Wenn heute der Franzose vor Straßburg stände und der Türke vor Wien, würde ich mich keinen Augenblick besinnen, Straßburg zu Hilfe zu eilen!“ Jetzt steht der Franzose in Straßburg — und wirbt von dort reichseinwärts, der Türke aber ganz weitab von Wien, der Deutsche gerade noch in Saarbrücken, eingesehen vom Spicherer Berg, den er einst stürmte. Liegt darin nicht welthistorische Mahnung genug:

Die Saar nicht über der Donau zu vergessen!

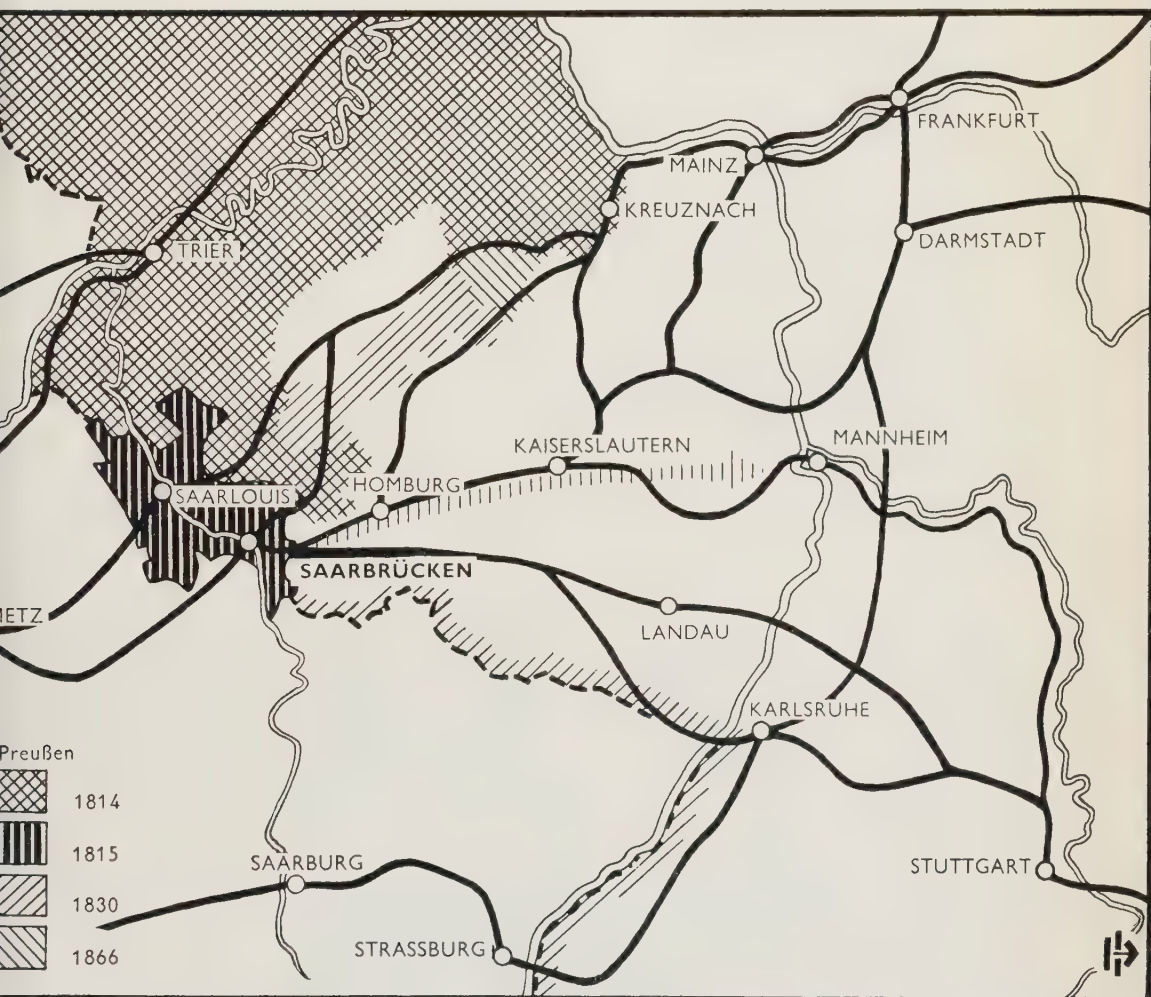


Skizze III: Entwicklung und Eisenbahn-Umschnürung von Saarbrücken

K = Kaiserstraße: Metz—Saarbrücken—Kaiserslautern—Mainz oder Mannheim; 1. Frühgeschichtl. Höhenbefestigungen, a. Stiftswald, b. Gr. Stiefel; 2a. römische Führung der Kaiserstraße, 2b. Römerbrücke, Kastell und Siedlung; 3. frühmittelalterl. Stift St. Arnual; 4a. mittelalterl. Burg Saarbrücken, 4b. Wartturm; 5. spätmittelalterl. Siedlungen: a. Stadt Saarbrücken, b. Stadt St. Johann; 6. Ansatzpunkte der Industrialisierung ab 1850, a. Gruben, b. Hafen, c. Bahnhof, d. Burbacher Hütte; 7. Saar-Pfalz-Kanal, geplante Linienführung;  Siedlungsgrenze von heute



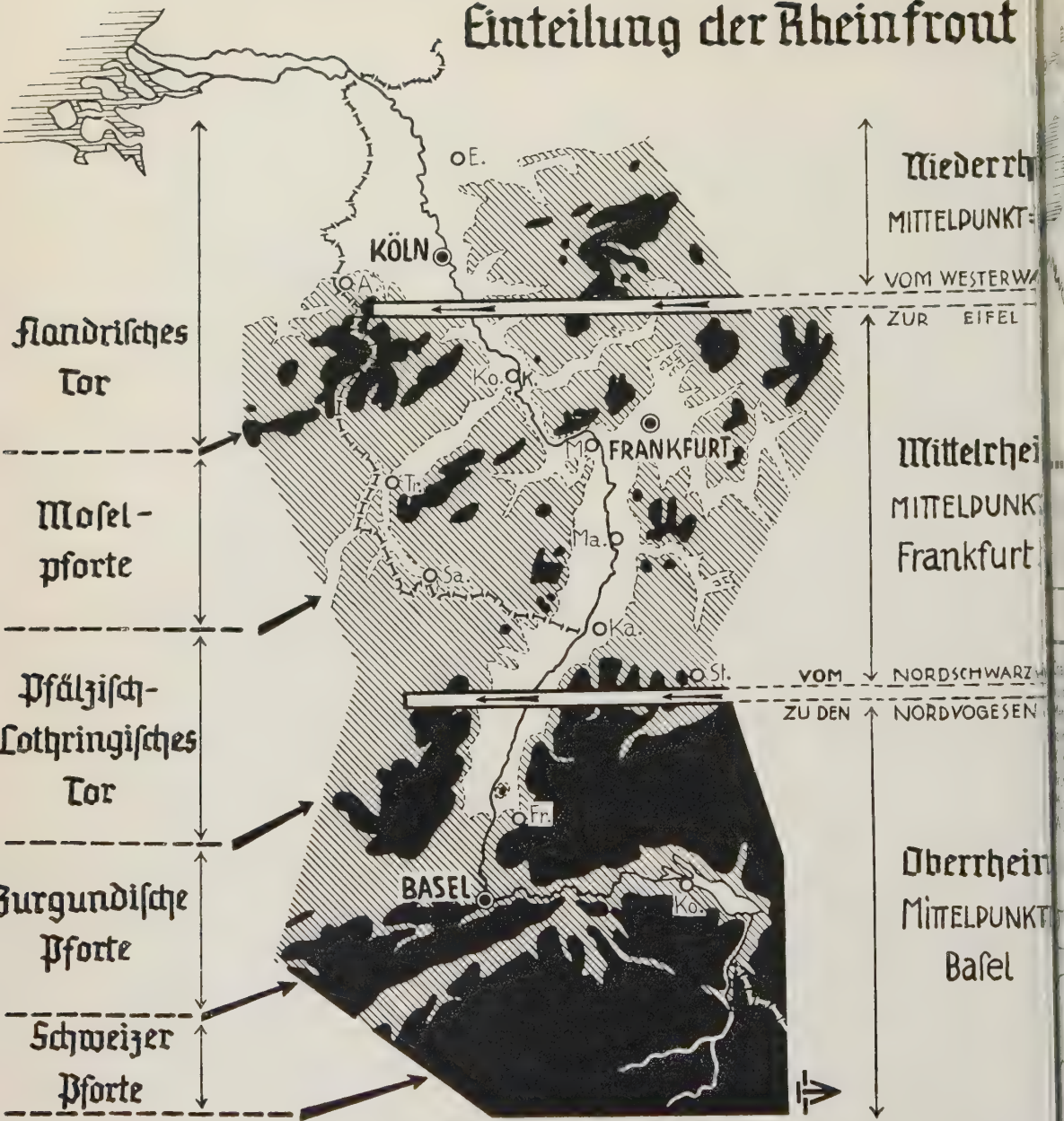
Skizze IV: Saarbrücken, Straßburg und der Pfälzer Rhein in der Geopolitik Europas



Saarbrückens Anschluß an Preußen 1815

Skizze V: Der Hinterland-Verlust Saarbrückens als deutscher Schuldposten

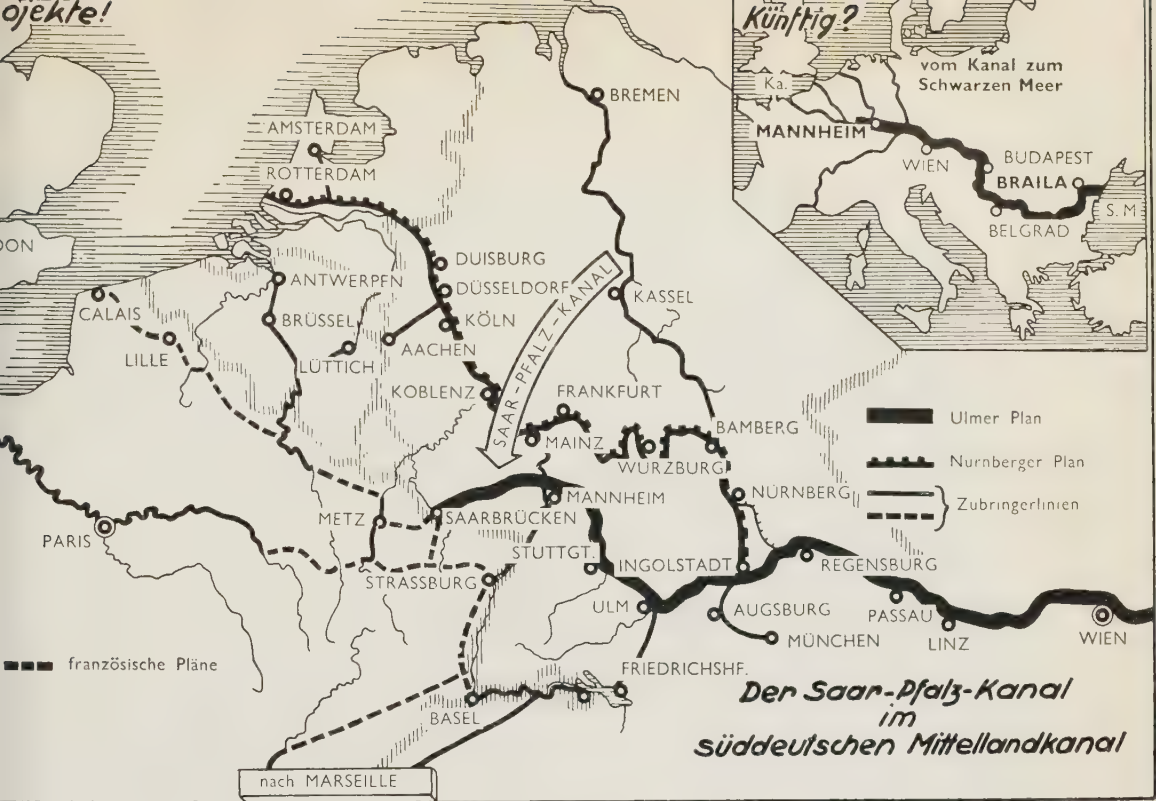
Einteilung der Rheinfront



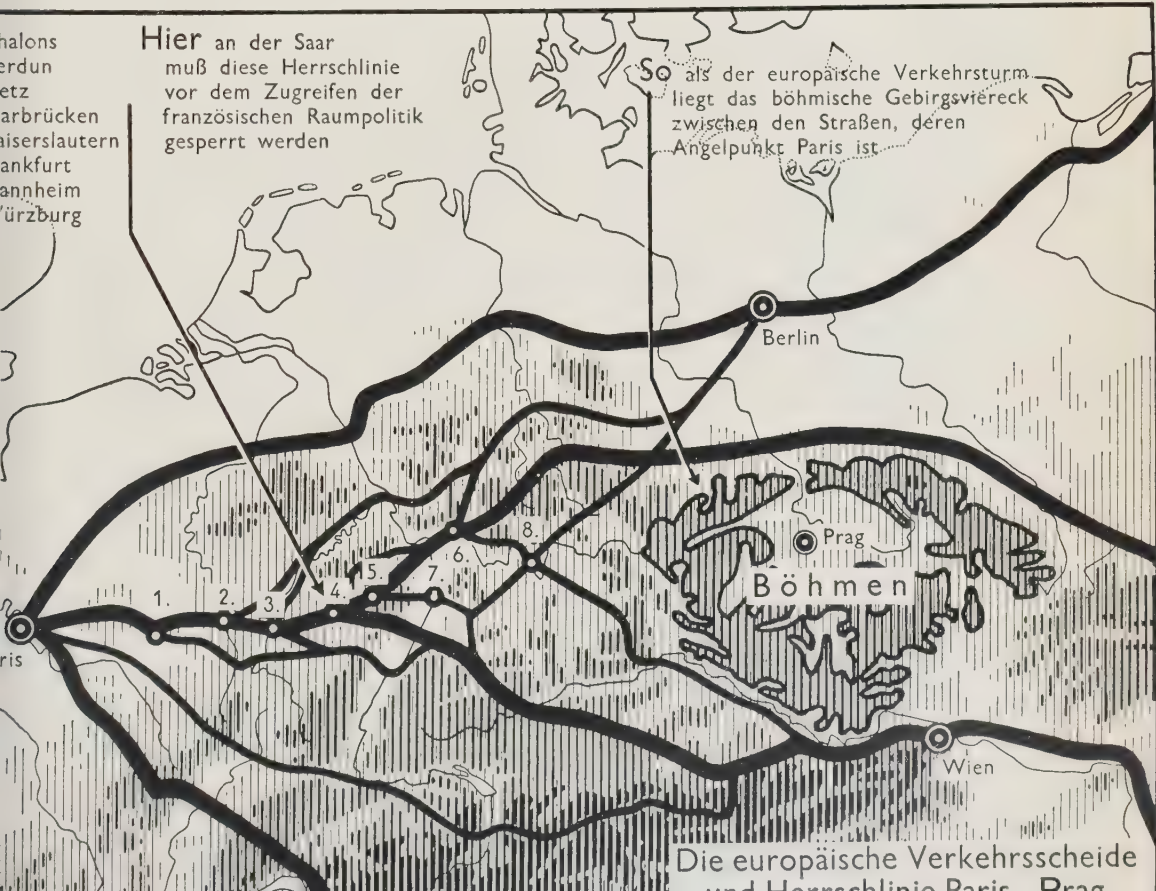
Skizze VI: Niederrheinforten, Oberrheintor und die vernachlässigte Mittelschwelle

Nebenstehend:

Skizze VIII: Machtlin
Paris—Prag, Saar-
brücker Drehscheib
und böhmischer Bl



Skizze VII: Saar-Donau-Wasserwege





Die Hüftlinie des deutschen Volksbodens

Skizze IX: Gefahrstelle: der Keil Weissenburg—Eger

WOLF SCHENKE: Der Raum als Waffe

Eine Studie zum Krieg der halben Maßnahmen

Wir bringen unter vollem Vorbehalt für einige kühne persönliche Werturteile die an Ort und Stelle gewonnenen Erfahrungen eines unserer temperamentvollsten und begabtesten geopolitisch geschulten Beobachter in China.

Herausgeber und Schriftleitung.

Hankau, im Juli 1938

Der Verlauf des chinesisch-japanischen Krieges — von den Japanern genannt der „Chinazwischenfall“, von den Chinesen als Verteidigungskrieg bezeichnet — hat die meisten Menschen überrascht. Es gibt dafür die verschiedensten Gründe. Das Entscheidende dabei ist jedoch — und hier beweist die Wissenschaft der Geopolitik erneut ihre Daseinsberechtigung —, daß der größte Teil der heute Überraschten und die eine kriegführende Partei selber in ihrer Vorausschau zu Anfang des Krieges beim Abwägen der gegnerischen Kräfte und Aussichten einen entscheidenden Faktor vergessen oder falsch eingeschätzt haben: den Raum.

Wiederum bezeichnenderweise beruht diese mangelnde Einsetzung des Raumfaktors in die Rechnung nicht so sehr in einer Unterschätzung der geopolitischen Gegebenheiten an sich, sondern bei den Leuten, die einen schnellen Sieg Japans erwarteten (vor allen die Japaner selbst), in der Überschätzung der im eigenen (japanischen) Besitz befindlichen raumüberwindenden Mächte gegenüber ihrem Gegner, also der japanischen Armee im Vergleich zur chinesischen. Dasselbe gilt für die Einschätzung der geistigen Verfassung und der politischen Organisation des chinesischen Volkes, die man gleichfalls kaum in Erwägung zog, ein Beispiel dafür, wie verhängnisvoll eine einseitige Beurteilung von einem Teilgebiet her und wie notwendig eine Zusammenschau aller Faktoren ist.

Es war eine allgemeine Annahme dieser Richtung, daß der japanische materielle Einsatz dem chinesischen militärischen Widerstand derartig gewaltig überlegen sei, daß man den auf der Seite der Chinesen in die Waagschale fallenden Faktor des Raumes aus seinen Betrachtungen überhaupt ganz wegließ. Man sah China gleichsam nur von Peking bis zum Gelben Fluß und von Schanghai bis Nanking. Das war, wie sich herausgestellt hat, ein grundlegender Irrtum.

Als Ergebnis dieser Fehlberechnung sehen wir, wie heute der Krieg weit jenseits dieser Linien im Inneren Chinas geführt wird, daß nach einjähriger Dauer noch keine Entscheidung gefallen, das Ende nicht abzusehen und der Endsieg ungewiß ist.

Auf der anderen Seite warnten manche Leute, die den Raumfaktor in Rechnung stellten, überhaupt vor einem Kriege gegen China und sprachen von einer Wiederholung des napoleonischen Zuges nach Moskau 1812. Nun ist die Ansicht unbedingt zurückzuweisen, daß überhaupt jeder Krieg Japans gegen China von vornherein zur Aussichtslosigkeit verdammt sein mußte. Unter richtiger Einsetzung des Raumfaktors auf der japanischen Seite von Anfang an und dementsprechend starkem Einsatz der raumüberwindenden Machtmittel, hätte der Krieg einen ganz anderen und für die Japaner günstigeren Verlauf nehmen können.

Den Kampf Japans gegen die von den Chinesen geführte Waffe des Raumes zu verfolgen, gibt nicht nur wertvolle Aufschlüsse über die japanische Truppenführung, sondern ist zu gleicher Zeit von einem allgemein geopolitischen Standpunkt interessant, weil ähnliche Gegebenheiten noch anderswo auf der Welt herrschen.

Vernichtungs- und Ermattungsstrategie

Es kann wohl heute als feststehend gelten, daß das Ziel der Japaner bei Ausbruch des Krieges die fünf chinesischen Nordprovinzen Chahar, Suiyan, Hopei, Schansi und Schantung waren. Von Japan aus gesehen galt es, der immer mehr fortschreitenden Einbeziehung Nordchinas in das Kraftfeld von Nanking zuvorzukommen. Japan stellte für den Feldzug zur Eroberung der fünf Nordprovinzen fünfzehn Divisionen bereit, die in kurzer Zeit die ganze Chinaunternehmung durchführen sollten (eine japanische Division kriegsstark rund 20 000 Mann).

Doch der Krieg konnte sich nicht so entwickeln, wie Japan es geplant hatte, wonach Nordchina schnell okkupiert werden sollte und man dann zu einem Ende der Feindseligkeiten zu gelangen hoffte. Schanghai kam dazwischen. Wie 1932 wurde in Schanghai ein völlig sinnloser Ermattungsstellungskrieg geführt. Bei genauer Betrachtung und Hineinstellung in die Gesamtentwicklung gewinnt jedoch der Schanghaikrieg eine große Bedeutung. Obwohl die besten chinesischen Divisionen in ihm blieben, ist er für China insofern als ein großes Positivum zu werten, als er den ganzen japanischen Kriegsplan völlig durcheinanderbrachte. (Und das ist das schlimmste, was einem japanischen Kriegsplan geschehen kann.) Es muß heute als ein schwerer Fehler der japanischen Führung angesehen werden, daß sie sich auf den Schanghaikrieg einließ. Freilich wäre die einstweilige Zurückziehung der in Schanghai stationierten einigen Tausend Mann Marineinfanterie notwendig gewesen, und im Fernen Osten, das gilt für Japaner ebenso wie für Chinesen, verliert man nicht gern das Gesicht. So wurde Nordchina schon vier Wochen nach Ausbruch der Kampfhandlungen zum Nebenkriegsschauplatz.

Was war damit geschehen? Indem man sich auf die langwierige Schanghaiunternehmung einließ, hatte man den Raumfaktor außer Acht gelassen.

Für die gegebene Lage gilt Folgendes: Diejenige Partei, die ein großräumiges Land angreift, muß zu einem schnellen Siege kommen. Dieser Sieg besteht nicht darin, daß man den Gegner immer weiter zurückdrängt, bis man das Stück Land besetzt hat, das man im Auge hat. Begnügt man sich damit, so bleibt dem Gegner Zeit und Gelegenheit, sich in den großen noch freibleibenden Teilen des Landes zu reorganisieren und alle Hilfskräfte dieser ihm noch verbliebenen weiten Gebiete für eine Weiterführung des Krieges auf lange Sicht zu mobilisieren. Ein Krieg gegen ein derartiges Großreich kann deshalb nur gewonnen werden durch möglichst schnelle Vernichtung der feindlichen Streitkräfte.

Auf der japanischen Seite mußte eine energische Vernichtungsstrategie angewandt werden (genau wie auf unserer Seite im Weltkriege), während das Heil der Chinesen ganz natürlich in der Ermattungsstrategie zu suchen war. Wie sich im Weltkriege Falkenhayns Ermattungsstrategie nur zu unsern Ungunsten auswirken konnte, so ist es mit jeder Hinzögerung des Krieges in China für die Japaner.

Unzählige Male ist seit dem Ausbruch des Krieges in Japan gesagt worden, daß man nun den Kampf bald zu Ende führen wolle. Daß aber die grundlegende Erkenntnis von dem strategischen Wert des chinesischen Raumes und des einzigen Gegenmittels von der japanischen Führung nach wie vor verkannt wird, geht schon daraus hervor, daß man selbst heute noch nicht nur der Welt, sondern auch sich selbst gegenüber den Krieg als den „China-Zwischenfall“ hinstellt.

Von Anfang an machte man die Fehlberechnung, lieber geringere Kräfte einzusetzen, wenn man damit auch etwas langsamer ans Ziel kommen würde, als die volle Macht in die Waagschale zu werfen. Das Ergebnis ist, daß heute die doppelte Anzahl der ursprünglich zur Liquidierung des Chinazwischenfalls vorgesehenen fünfzehn Divisionen in China stehen. Eine Division nach der anderen wurde zur Verstärkung nicht ausreichender Streitkräfte herübergezogen, eine nach der anderen verlief sich im Sande, ihr Wirken wurde kaum fühlbar, eine weitere wurde geschickt wieder zur Verstärkung der schon verstärkten, und so geht es weiter und weiter. Zur Zeit werden, um Hankau zu nehmen, wieder einige neue notwendig sein. Das Heil konnte dagegen nur in einer schnellen Entscheidung liegen. Hätte man mit dieser Erkenntnis alle die Truppen, die sich jetzt mühsam durch die weite Landschaft bewegen, gleich zu Anfang des Krieges zu energischer Vernichtung, nicht Zurückdrängung des Gegners gemeinsam eingesetzt, dann wäre der Krieg aller menschlichen Voraussicht nach längst zu Ende. So aber ist trotz der gewaltigen Verluste des Schanghai-Nanking-Feldzuges und trotz des Verlusts Hsüchowfus Chinas militärische Schlagkraft keineswegs vernichtet, im Gegenteil — man mag es glauben oder nicht —, größer als bei Kriegsbeginn.

Kriegführung und Politik

Das Fehlen des unbedingten strategischen Vernichtungswillens wurde noch ergänzt durch die Unklarheit in den politischen Zielen und die gleichzeitige Abhängigmachung der Kriegführung von politischen Hypothesen.

Nachdem man von dem ursprünglich in Nordchina liegenden Ziel vorerst abging und seine Hauptmacht nach Schanghai warf, setzten politische Spekulationen ein, die die Verfolgung der immer noch, wenn auch nun unter größerem Einsatz möglichen Vernichtungsstrategie verhinderten. Als man bei Schanghai kaum vorwärts kam, war die allgemeine Absicht, wie ich damals in Japan selbst feststellen konnte, nach Schanghai stehenzubleiben, im Norden eine bestimmte Linie zu erreichen und dann über Frieden zu verhandeln. Als dann die chinesische Schanghaifront zusammenbrach, war die Parole plötzlich: „Auf nach Nanking!“ Niemand dachte weiter als Nanking, wenn man auch nach außen hin bereits von Chungking sprach, denn das war die feste Überzeugung in japanischen Kreisen, die eigentlich doch am besten über ihr Nachbarland China hätten unterrichtet sein müssen: nach dem Fall Nankings bricht die Regierung Chiang Kai-sheks zusammen.

Auf Grund dieser politischen Hypothese hatte auch die Kriegführung keinen Plan, der über Nanking hinausging. Dabei war nun die letzte große Gelegenheit zur Vernichtungsstrategie überzugehen gegeben. Wer die Verwirrung und Panik auf der chinesischen Seite nach dem Rückzug von Nanking miterlebt hat, der weiß, wie leicht es für die japanische Armee gewesen wäre, unter Einsatz von ein paar frischen Divisionen zu diesem Zeitpunkt sofort weiter auf Hankau durchzustößen. Die Chinesen durften vom japanischen Standpunkt aus nicht zur Ruhe kommen, man mußte dauernd am Feinde bleiben bis zu seiner restlosen Vernichtung. Doch infolge der Annahme von einem Zusammenbruch Chiang Kai-sheks und der sich daran knüpfenden Friedenshoffnung geschah nichts.

Die erste große für die Chinesen so nützliche und für die Japaner so gefährliche Ruhepause trat ein. Daß die Japaner nicht nachkamen, wirkte auf die Chinesen,

wie die Marneschlacht auf die Franzosen; als ein Wunder, das man kaum fassen konnte. Im Dezember verließ ich Hankau, wo chinesische Regierungsbeamte nach dem Fall Nankings damit rechneten, höchstens vier Wochen verweilen zu können, bis die Japaner auch diese Stadt erreicht hätten. Bei meiner Abfahrt glaubte ich mit Bestimmtheit, Ende Januar aus Schanghai nicht mehr nach Hankau, sondern bereits nach Chungking zurückkehren zu müssen, wenn ich die chinesische Führung antreffen wollte. Die allgemeine Flucht nach Westen hatte damals derartige Formen angenommen, daß man Freunden gegenüber nur noch von „Treffpunkt Lhasa“ sprach. Als ich nach vier Wochen nach Hankau zurückkehren konnte, wo die chinesische Regierung heute nun schon über sieben Monate sitzt, konnte ich feststellen, daß die Chinesen sich wiedergefunden hatten. Mit einem Male ging ihnen, als die Japaner nicht zum vernichtenden Schlag ausholten, den alle schon erwarteten, der große Vorteil ihrer natürlichen Lage einem Gegner gegenüber auf, der nicht seine völlige Macht zu schneller Vernichtungsstrategie gegen sie einsetzte. Von diesem Zeitpunkt an kam in die chinesische Kriegführung und die Organisation des Hinterlandes Ordnung und Zielbewußtheit.

Auf der japanischen Seite wurde nach dem Fall Nankings nicht die Gelegenheit ergriffen, um auf Hankau vorzustößen, womit man wahrscheinlich dem chinesischen Widerstand einen tödlichen Schlag versetzt hätte, an die Stelle der Vernichtungsstrategie traten Operationen, die man zusammenfassend vielleicht am besten als den Randkrieg bezeichnen kann.

Das erste größere Ziel des Randkrieges wurde Hsüchowfu, der wichtige Knotenpunkt der Lunghai- und der Tsinpu(Tientsin—Pukow)-Bahn. Erst fünf Monate später wurde Hsüchowfu eingenommen, und diese fünf Monate sind es gewesen, die den Chinesen das Leben gerettet haben. Daß Hsüchowfu erst so spät fiel, liegt wieder in der Unterschätzung des Raumfaktors, mit der auch der Randkrieg geführt wurde. Er wurde mit zu geringem Truppeneinsatz geführt.

Der Randkrieg ohne Entscheidung

In den Kämpfen seit Mitte Januar, die schließlich im Mai in der Eroberung Hsüchowfus durch die Japaner gipfelten, vermochten die Chinesen die ihnen zur Verfügung stehende Waffe des Raumes so auszunutzen, daß drei zur Eroberung Hsüchows geführte Offensivstöße steckenblieben, der vierte in eine regelrechte Niederlage des Angreifers verwandelt wurde und selbst die große fünfte Offensive zwar zur Einnahme Hsüchows führte, aber wie wir noch sehen werden, die hochgesteckten japanischen Ziele sich dabei keineswegs erfüllten.

Der erste Vorstoß nach der Einnahme Tsinanfus von Norden entlang der Tsinpu-Bahn und von Tsingtau aus durch Ostschantung auf der nach Süden führenden Autostraße blieb nach anfänglichem schnellen Vorwärtsschreiten bald stecken, da man zu wenig Truppen eingesetzt hatte. Zu diesem Zeitpunkt litt die chinesische Armee noch schwer unter den Folgen des Schanghai-Nanking-Rückzuges. Die Hsüchowstellung war keineswegs stark genug, einem mit den nötigen Massen und mit Energie geführten japanischen Angriff standzuhalten. Es wurden jedoch zu wenig Truppen eingesetzt, so daß der Vorstoß von Norden selbst von den wenigen damals zur Verteidigung von Hsüchow vorhandenen Truppen, meistens noch Resten der schlechten nordchinesischen Armee Sung Cheh-yuans und des erschossenen Schantunggouver-

neurs Han Fu-chu, aufgehalten werden konnte. Nach dem Steckenbleiben im Norden begannen die Japaner den zweiten Vorstoß auf Hsüchow, diesmal von Süden aus. Wieder ging es zuerst sehr schnell. Über Pengpu hinaus stießen die japanischen Truppen auf das Nordufer des Hwaiflusses vor. Es wurde dabei völlig außer acht gelassen, daß in der Flanke und im Rücken der beiden vorgehenden Divisionen im Raume von Hofei stark überlegene chinesische Kräfte standen. Der Erfolg der einsetzenden chinesischen Gegenoffensive gegen die rückwärtigen Verbindungen südlich des Hwaiho zwang die Japaner sämtliche schon über vierzig Kilometer nach Norden über den Fluß vorgerückten Truppen zurückzunehmen, um den chinesischen Angriff südlich des Flusses abzuwehren. Infolgedessen kam der zweite Vorstoß auf Hsüchow zum Stehen. Bis auf zwei Brückenköpfe mußte alles auf das Südufer des Hwaiflusses zurückgenommen werden. Fast drei Monate blieben hier dann die Stellungen unverändert.

Nach diesem Verlauf der zweiten Hsüchowoffensive begannen die Japaner wieder an einer ganz anderen Stelle. Der Gedanke, daß durch die Wegnahme Chengchows, des Knotenpunktes der Lunghai- und Pinghan(Peiping—Hankow)-Bahn, Hsüchow stark an Bedeutung verlieren und vor allem von Hankau abgeschnitten würde, gewann in einer neuen Unternehmung an der Pinghan-Bahn Gestalt. Von Changtshai (Anyang) aus stießen die japanischen Truppen entlang der Bahn nach Süden auf den Gelben Fluß vor. Es zeigte sich aber dabei, daß man unmöglich die lange rückwärtige Verbindungslinie der Pinghan-Bahn in der Hand behalten konnte, wenn man nicht vorher sich des flankenbedrohenden Südshansis versicherte, wo noch an die 250 000 Mann chinesische Truppen waren. Also wurde die Offensive, anstatt auf Chengchow direkt zu gehen, zuerst nach Westen, nach Shansi hinein abgebogen, während zu gleicher Zeit die in Nord- und Mittelshansi stehenden Truppen ebenfalls den Vormarsch nach Süden und Westen wieder aufnahmen. Die Nebenunternehmung Shansi wuchs sich jedoch zu derartigen Ausmaßen aus, daß zeitweise bis zu sechs Divisionen in ihr beschäftigt wurden. Selbst als man die wichtigsten Plätze in der Provinz sämtlich in der Hand hatte, war die Unternehmung damit nicht beendet, da die zurückgeschlagenen chinesischen Truppen nicht nach Shansi übertraten, sondern in der Provinz blieben und von den unwirtlichen Berggegenden aus eine dauernde Bedrohung der langen japanischen Verbindungslinien darstellten. So konnte man die Truppen nicht wieder zum Stoß auf Chengchow abziehen, sie wurden von der Provinz Shansi restlos absorbiert.

Die vierte Offensive dieses Frühjahres gegen Hsüchowfu begann wieder in Schantung an den Stellen, wo seinerzeit die erste steckengeblieben war. Wieder ging es anfangs sehr schnell vorwärts. An der Tsinpubahn stieß eine japanische Division schnell bis zum Kaiserkanal nur wenig über vierzig Kilometer nördlich Hsüchowfu vor. Eine zweite Division nahte von Tsingtau über Lini heran. Da die Stellung am Kaiserkanal schlecht zu nehmen war, ging die erste Division weiter vor an der in Lincheng von der Tsinpu-Bahn in südöstlicher Richtung auf die Lunghai-Bahn zu verlaufenden Nebenlinie, die den Kanal bei Taierhchwang überschreitet, wo sie auch mit der von Lini kommenden Straße zusammentrifft. Hier gelang es den Chinesen, die beiden japanischen Divisionen in schweren Kämpfen zu fesseln, während sie zu gleicher Zeit mit schnell beweglichen Einheiten die Tsinpu-Bahn an über hundert Stellen zwischen Lincheng und Taian südlich von Tsinanfu angriffen und an vielen

Punkten zerstörten. Die so operierenden Kräfte mußten sich zwar jedesmal sofort von der Bahn zurückziehen, sowie japanische Verstärkungen ankamen, aber durch die Häufigkeit der Angriffe hielten sie damit ständig große japanische Truppenmengen in Bewegung, die ihren im Süden zu weit ins feindliche Gelände vorgestoßenen Kameraden nicht zu Hilfe kommen konnten. So wurden die beiden Divisionen bei Taierhchwang von den Chinesen fast völlig eingeschlossen. Ein großer Teil blieb auf dem Schlachtfeld, während die Reste in ungeordneter Flucht durch eine von den Chinesen unverständlicherweise offengelassene Lücke von sechs Kilometer Breite nach Norden zurückgingen. Bei jedem anderen Gegner als bei den Chinesen wären die beiden japanischen Divisionen restlos vernichtet worden. Der Grund für diese Niederlage ist wieder Unterschätzung des Raumfaktors und Unterschätzung des Gegners. Man hatte sich mit zu schwachen Kräften, nur gestützt auf zwei sehr dünne und lange Etappenlinien, zu weit ins feindliche Gebiet vorgewagt.

Nach diesen vier Unternehmungen, die ohne Erfolg blieben, sollte in der fünften Offensive nicht nur Hsüchowfu eingenommen, sondern eine Entscheidung gesucht werden. Die Tatsache, daß die Chinesen bereits jetzt den größten Teil ihrer schlagkräftigen Armee in den Raum um Hsüchowfu und an die Lunghai-Bahn gebracht hatten und die Annahme, daß sie bei sich entwickelnden schweren Kämpfen wahrscheinlich alle verfügbaren Reserven in die Schlacht werfen würden, ließ bei der japanischen Führung den richtigen Plan entstehen, die chinesische Armee in einer Entscheidungsschlacht bei Hsüchowfu zu vernichten. Während der nun folgenden Kämpfe wurde des öfteren von japanischen Generälen gesagt, daß man dabei sei, 250 000 Chinesen einzukreisen.

Von japanischer Seite wurde in der Schlacht um Hsüchowfu die größte Anzahl von Truppen eingesetzt, die sie bisher in diesem Kriege zu gemeinsamen Operationen einsetzten, elf Divisionen. Aber wieder hatte man den Raumfaktor unterschätzt, denn um die geplante Vernichtungsschlacht zu schlagen, wäre das Doppelte an Truppeneinsatz nötig gewesen. Die von allen Seiten auf Hsüchowfu vorrückenden japanischen Kolonnen waren so weit auseinander, daß die Chinesen, als die Umklammerung drohte, bequem sich durch die weiten Lücken zurückziehen konnten. Hsüchowfu fiel in japanische Hände, aber nicht ein chinesisches Regiment wurde vernichtet, nicht ein wertvolles Geschütz fiel in die Hände der Sieger. Hsüchowfu war genommen, aber die chinesische Armee wieder nicht vernichtet, sondern nur zurückgeschlagen. (Trotzdem erklärte der japanische General Kawabe wörtlich gegenüber ausländischen Pressevertretern: „Tanenberg war eine berühmte Schlacht in der Geschichte, verglichen mit Hsüchowfu ist es jedoch nur ein Klacks!“) So blieb der Randkrieg ohne Entscheidung, die übrigens auch von der Einnahme Hankaus nicht zu erwarten ist. Denn allmählich ist der Krieg im Begriff soweit ins Innere des Landes einzudringen, daß eine Entscheidung überhaupt unmöglich wird.

Der Krieg schreibt Geographie

Bisher war es der Gegenstand unserer Beschäftigung darzutun, wieweit die Kriegführung von den geographischen Verhältnissen abhängt. In diesem Kriege haben wir aber auch das seltene Beispiel, daß sich dieses Verhältnis in gewisser Weise auch einmal umkehren kann und daß die Kriegführung die Geographie ändern kann.

Durch die von den Chinesen vorgenommene Öffnung der Deiche des Gelben Flusses zwischen Chengchow und Kaifeng wird wahrscheinlich einer der größten Ströme der Erde in Zukunft einen völlig anderen Lauf nehmen. Vom Hwangho aus fällt die Ebene der nordchinesischen Provinz Honan ständig nach Süden ab bis zum Hwaifluß, der über das Seengebiet in Kiangsu und über den großen Kanal und den Yangtse mit dem Meer in Verbindung steht. Die Wasser des Gelben Flusses wälzen sich jetzt dem Hwaifluß zu. Im alten Bett fließt höchstens ein Zehntel der Wassermengen weiter. In den kommenden beiden Hochwassermonaten wird sich wahrscheinlich zeigen, ob der Hwangho in Kiangsu 450 Kilometer südlich von seiner bisherigen Mündung ins Meer gehen oder ob er völlig zu einem Nebenfluß des Yangtsekiang werden wird.

Ohne auf die zu erwartende gewaltige Änderung der Landkarte von China näher einzugehen, die Laufänderung des Hwangho, die die Chinesen hervorriefen, hat das schon fast verlorene Chengchow und damit den nördlichen Teil der Pinghan-Bahn zwischen Hangkau und Chengchow und den westlichen Teil der Lunghai-Bahn vorerst gerettet. Damit ist auch die wichtige Verbindung Hankaus mit dem Nordwesten, den Provinzen Shansi und Kansu, offengeblieben. Die Überschwemmung machte den weiteren Vormarsch der Japaner gegen Hankau von Norden her zunichte.

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Chinesen bei den Kämpfen im Yangtsetal um Hankau zu denselben Maßnahmen greifen werden, wo sich eine Durchbrechung der Deiche noch viel verheerender auswirken wird. So kann China die in seinem Raum vorhandenen Naturgewalten um Zeitgewinn kämpfen lassen.



Der Verlust Hankaus, mit dem zu rechnen ist, wird für die Chinesen ein harter Schlag sein. Nirgendwo werden sie wieder einen Punkt finden, an dem sich in so idealer Weise wie hier Verwaltung und Wirtschaft, politische Führung und die Leitung der militärischen Operationen an einer Stelle konzentrieren lassen. Hankau war verkehrstechnisch der Punkt, wo sich Norden und Süden zusammenfassen ließen. In dem dann Chiang Kai-shek verbleibenden Westchina werden sich ganz natürlich geopolitisch zwei getrennte Gebiete herauschälen, der Nordwesten mit Kansu, Shansi und Ninghsia und der Südwesten mit den Provinzen Yünnan, Kwangsi, Kweichow, Kwangtung und Hunan. Dazwischen liegt das von Süden, besonders aber von Norden äußerst schwer zugängliche Szechuan als Verkehrsschranke.

Zum Ausgangspunkt zurückkehrend wird es jedoch offenbar, daß nach der Einnahme Hankaus die chinesische Armee zwar zurückgeschlagen, aber doch nicht vernichtet in diesen Teilen des Landes weiterleben wird.

Wenn man jetzt aber noch, in letzter Minute mit Vernichtungsstrategie beginnen wollte, so müßte man feststellen, daß es dazu zu spät ist. Jenseits der Linie Peking—Hankau begibt man sich in ein Gebiet, wo große Armeen, wie sie dazu notwendig wären, aus Gründen der Verkehrsbeschaffenheit usw. nicht mehr operieren können. Der erforderliche Einsatz würde den bisherigen noch um vieles übertreffen und der Erfolg bliebe äußerst zweifelhaft. Der Raum läßt China überleben, und darum wäre es am besten, Frieden zu schließen.

HERMANN RÖCKEL : China in der Entscheidung

Wieder einmal lodert im Fernen Osten die Kriegsflagge auf und wirft mit ihrem fahlroten Schein ein unbestimmtes Zwielicht auf die Vorgänge in Ostasien. Es ist Krieg und soll doch keiner sein. Man scheut das Odium der Kriegserklärung. Doch juristische Formalitäten sind allerhöchstens dann von Belang, wenn es um die Aufstellung moralischer Belastungskonten geht. Weit wichtiger und bedeutsamer sind aber jene Folgen kriegerischer Verwicklungen, die über Paragraphen und Ziffern der Friedensschlüsse hinaus den weiteren Verlauf der Dinge bestimmen. Was durch einen Krieg entschieden wird, kann als Entscheidung, auch im Fernen Osten, von säkularer Bedeutung werden. Mehr als einmal war man des Glaubens, daß die Sturmzeichen am fernöstlichen Horizont die Vorboten jener großen weltgeschichtlichen Auseinandersetzung seien, die im pazifischen Machtraum schon längst als unausweichlich erwartet wird. Die großen machtpolitischen Linien sind bekannt. Bekannt sind ihre Ausgangspunkte und die Richtung ihres Vorstoßes und jene, an denen sie sich überschneiden. Nur eines ist noch keineswegs entschieden: die Stellung Chinas zu bzw. innerhalb der sich überkreuzenden Kraftfelder. Es geht vorläufig um China, das Reich der Mitte, das Land nahezu so groß wie halb Europa, mit einem Volk, das ein Viertel der gesamten Menschheit umfaßt. Dieses Volk und dieses Land ist schon in seinem Dasein ein Sammelbecken potentieller politischer Kraft und Stärke. Von ihm wird in steter Dringlichkeit Entscheidung und Stellungnahme verlangt. Und dies von einem China, das selbst im Prozeß seiner staatlichen Neugestaltung steht und um seine völkische Selbstbestimmung ringt. Für den westlichen Beobachter mag das, was im Reich der Mitte seit zweieinhalb Jahrzehnten vorgeht, als das beinahe hoffnungslose Ringen um die innerstaatliche Selbstbehauptung erscheinen, zwischen Extremen schwankend, vielfältig gestört und stets erneut wieder zum Ansatz vorgetrieben. Wenn auch seit der Übernahme der Staatsführung durch Marschall Chiang-kai-shek eine bestimmtere und klarere Linie der politischen Führung erkennbar zu sein scheint, so darf dies keineswegs darüber hinwegtäuschen, daß die Basis, von der aus Chiang operiert, noch recht schmal und wenig gefestigt ist. Ebenso wenig stellt die Kuo-min-tang als parteimäßige Sammlung des Volkes in einer nationalen Einheitsfront eine einmütige und einhellige Grundlage der staatspolitischen Willensbildung vom Volksganzen her dar. Demokratische, d. i. westliche Ideologien, stehen im Gegensatz zu nationalen, also altchinesischen, Anhänger des parlamentarischen Systems scheiden sich von denen autoritativer Staatsauffassung. Zentralismus steht wider Partikularismus oder Provinzialismus; Faschismus gegen Kommunismus, um nur einige wesentliche Strömungen zu nennen. Vermehrt wird die Welt gärender Formkräfte noch durch die Spannungswirkungen, die durch die weltpolitische Situation gekennzeichnet sind. Sie erweisen sich als Störungslinien, rufen Spaltungen und Brüche hervor, bedingen das Abtriften randständiger Gebietsteile oder begünstigen partikuläre Gewaltbildungen. Diese, in kurzen Strichen umrissene Gesamtlage Chinas muß man beachten, will man Sinn und Richtung einer möglichen Entscheidung zu bestimmen versuchen.

Eine Untersuchung über die Frage: Steht China in der Entscheidung, muß, soll sie auch nur den bescheidensten Anspruch auf Überzeugungskraft erheben können,

die wesentlichen Bedingungen, auf die eine Entscheidung sich gründet, aufweisen. Ohne Zweifel gehören dazu in erster Linie jene Kräfte, die in Land und Leuten selbst bereitliegen, und die als die unverrückbaren Grundlagen von Entschlüssen mit politischer Tragweite anzusehen sind. Denn Raum und Volk sind Wirklichkeiten mit eigengesetzlicher Dynamik. Sie sind die innenbürtigen Gestaltungskräfte und für Ausmaß und Tragweite jeder Entscheidung mitbestimmend. Selbst Ideologien, Theorien und Weltanschauungen, in einer Entscheidung als geistiger Überbau wesentlich, und suggestiv wirkende Kampfprogramme wurzeln letzten Endes in der Einmaligkeit und Sonderart, die wir Blut und Boden nennen. Erst wenn die realen Sachverhalte und Tatbestände, wie sie durch Raum und Volk gegeben sind, als Voraussetzungen begriffen sind, kann das Spiel und Gegenspiel der Kräfte aufgezeigt werden, in dessen Feuer die Entscheidung geschmiedet oder — trotz aller Glut und Hammerschläge — für spätere Zeit vorbehalten wird. Der Abschnitt über die „innenbürtigen“ Kräfte der Entscheidung wird zu betrachten haben: 1. die geopolitische Struktur des chinesischen Staatsraumes und 2. die staatspolitischen Gestaltungskräfte des Volkes. Ein zweiter Hauptabschnitt wird den Ansatz der außenbürtigen Kräfte aufzuweisen haben, wie sie durch den Vorstoß des Kommunismus und des japanischen Imperialismus ausgelöst wurden, sowie die Stellung der westlichen Mächte, um auch von hier aus die Richtung und das Ausmaß der Entscheidung abzustecken.

I. Die innenbürtigen Kräfte der Entscheidung. Diese liegen, wie bereits angedeutet, in Raum und Volk. Weder Dynastien noch Regierungen oder gar Partei-gruppierungen vermögen gegen jene Kräfte der Erhaltung und gegen das ihnen innewohnende Gesetz der Selbstbehauptung eine Entscheidung zu fällen, wollen sie nicht sich selbst, mitsamt Volk und Raum, dem Untergang überantworten. Darum geht es im heutigen China nicht um die Frage: Monarchie oder Republik oder darum, ob der entschlosseneren, zupackendere, härtere und kompromißlosere Mensch des Nordens oder der ausgleichende, beweglichere, geistig wendigere Typ des Südens mit seiner Meinung zur Anpassung und Vermittlung den Ausschlag gibt, und ebenfalls nicht, ob die Würfel des politischen Schicksals im zentralen Kernraum oder von den Teilräumen her geworfen werden. So wichtig diese und noch manch andere Teilprobleme sein mögen, um diese geht es keineswegs. Was in Frage steht, ist: vermag China in seiner Totalität von Land und Volk den Weg eigener Lebensgestaltung im Sinne politischer Selbstbehauptung und Selbstbestimmung zu gehen, oder soll es, und dies ebenfalls in seiner Totalität, nur Glied und Teil sein in einer Frontstellung, der es nur dienend eingereiht wird.

1. Der Raum als politisches Kraftfeld. In der Auffassung des Raumes als Lebensraum bekundet sich bereits eine politisch bestimmte Einstellung zum Raumproblem als solchem. Der Lebensraum ist nicht bloßes Gebiet, das abgetreten, verhandelt oder vertauscht werden kann, wie eine beliebige Sache. Er gehört zum Bestand eines Volkes und ist die Grundlage seines Daseins. Wohl trägt er Verletzungen, sogar Amputationen. Aber Eingriffe in den völkischen Lebensraum haben ihre Grenze genau so, wie solche am menschlichen Körper. Hier wie dort ist ein Zuviel lebensgefährlich und hat Auflösung und Verfall zur Folge. Nur in dieser Sichtweite ist eine Raumauffassung verständlich, die wir heute als die organische zu bezeichnen pflegen.

a) Der Lebensraum des chinesischen Volkes ist in seiner Art und Beschaffenheit so einmalig und sonderheitlich, daß er im Laufe der vier Jahrtausende den Daseinskampf des Volkstums wesentlich mitbestimmt hat. Die weiten Großebenen des Yang-tse und Hwang-ho, der beiden größten Flüsse Chinas, bilden Kernstück und Herz des Landes. Seit alters zeigen sie eine derartig starke „ansaugende Kraft“, daß sie wie ein Magnet auf die Außengürtel und die am Rande wohnenden Völkernschaften einwirkten, sie anzogen, in ihrem Banne festhielten und sie zugleich assimilierten. Die beherrschende Stellung dieses zentralen Raumkörpers überwindet auch jene Unterschiede und Trennungen, die als vertikale Aufgliederung oder morphologische Differenzierung die Gesamtlandschaft profilieren. Auch sie unterstehen dem Gesetz der Mittelraumlage. Wo eine außen- und randständige Lagerung die Eingliederung der Mitte zu erschwert, da behalten die Gliedräume einen reinen Randcharakter und bleiben aller Anstrengung zum Trotz politisch von untergeordneter Bedeutung. Die Kwang-Provinzen im Südosten haben es nicht vermocht, Mittelchina, der naturgegebenen Raumpotenz der chinesischen Staatseinheit, ihre Sonderform als Gesetz staatsbildender Gestaltung aufzuzwingen. Die Mandschurei, die Heimat der letzten Dynastie, ist trotz dieser Bevorzugung seit dem 17. Jahrhundert immer nur Außenprovinz und Randland geblieben.

b) Eine zweite, raumpolitisch begünstigende Ausstattung des chinesischen Lebensraumes liegt in seiner Abgrenzung nach außen. Im Süden und Südwesten erheben sich die Hochkämme der hinterindischen Gebirgssysteme mit ihren tiefeingeschnittenen Erosionstälern, ihren undurchdringlichen Urwäldern und den sich ausbreitenden Hochsteppen, riegeln sie das Land gegen einen Einbruch südasiatisch-malaischer Völkernschaften ab. Selbst da, wo sich bis auf eine Breite von nur 65 Kilometer die Oberläufe der großen Ströme Mekong, Saluen und Yang-tse nähern, ist die verkehrsgeographische Abriegelung so stark, daß die Karawanen den monatelangen Umweg über das tibetische Hochland der Ungangbarkeit dieser wilden Taleschluchten vorziehen. Im Westen bilden die Steilabbrüche Hochtibets, das wohl eine Sperre, nie aber ein „Bollwerk oder Durchgangsland“ gewesen ist, trotz der von ihm herabkommenden Talwege eine nicht minder schützende Barriere. Nicht umsonst führen die Verkehrsstraßen von und nach Tibet, statt unmittelbar ostwärts, nach Norden und Nordosten, schrecken doch die tief eingerissenen Schluchten und die gewaltigen Steilhänge der Quell- und Zuflüsse des Yang-tse und des Hwang-ho immer wieder den Kaufmann. Chinesische Strafexpeditionen in die Hochebene Tibets, die den direkten Zugang wählten, endeten fast regelmäßig mit der vollen Vernichtung der Truppen, wenn ihnen der gesammelte Widerstand der Tibeter Halt gebot, führten allerdings zeitweise auch bis Nepal.

Auch die Nordumwallung des chinesischen Staatsraumes ist des natürlichen Schutzes nicht völlig bar. Ein vielfach verzweigtes System von Brüchen und Plateauabstürzen sperrt den Zugang in die Flussebene ab. Sie scheiden im Ausschwingen der meridionalen Bruchstufe des Kontinents Zentralasien die dazwischenliegende Hochebene der Mongolei von diesem und von den sibirischen Gebirgszügen im Norden. Da im Lauf der chinesischen Geschichte sich dieser naturgegebene Schutz als unzureichend erwies — aus der mongolischen Steppe brachen in Abständen die Tartaren und die Reitercharen eines Tschingis Chan hervor und stürzten Fallböen gleich in die Kernlande mit ihren fruchtbaren Talniederungen —,

wurde die künstliche Sperrzone der „großen Mauer“ dazugefügt. Für die Beurteilung der Widerstandsfähigkeit und inneren Festigkeit des chinesischen Gesamt-raumes ist auch heute noch die Auflockerung und Einkerbung der Umrandung von wesentlicher Bedeutung. Es befindet sich hier eine „Schütterzone“ des asiatischen Großraumes, deren Stöße schon zweimal bis an die Grenzen Europas zu verspüren waren.

c) Nebenbei sei nur kurz gestreift, daß die Raumgröße als solche für die Lebensfähigkeit eines Staates von bestimmendem Einfluß ist. Sie bietet der Grenze der Integrität des Volksraumes einen relativen Spielraum im positiven wie negativen Sinne, da dem politischen Großraum die Möglichkeit weitergesteckt ist, einen Einbruch sowohl wie einen Vorstoß über eine längere Dauer hinwegzutragen oder zu übertragen. Darum erweist sich der Großraum stets als ein krisenfesteres Hindernis bei fremdvölkischer Überlagerung oder Durchdringung. Kommt, wie dies bei China der Fall ist, noch die einheitliche und vereinheitlichende Wirkung des Klimas hinzu, so wird die Widerstandsfähigkeit noch gesteigert. Atmosphärische Bedingungen und Raum begünstigen im allgemeinen Ausbreitung und Verfestigung des Volkstums.

2. Die staatspolitischen Gestaltungskräfte des Volkes. Es wäre ein grundsätzlicher Irrtum zu glauben, die Raumbegünstigung garantiere automatisch die Erhaltung des staatlichen Besitzstandes. Die Erschütterung des Staatsgefüges im Verlauf der verschiedenen Zeitabschnitte der chinesischen Revolution hat nicht nur den dezentralistischen Kräften innerhalb der Teilräume die Möglichkeit einer partikularistischen Sonderbewegung geboten, auch fremdvölkische Mächte haben die inneren Wirren und Kämpfe ausgenutzt, um eine Reihe von großen Außenprovinzen aus dem Gesamtverband des Reichskörpers zu lösen und zu „selbständigen Staaten“ auszurufen. Wenn es im Laufe der letzten Jahre Chiang-kai-shek auch gelungen ist, vom Zentrum her die vereinheitlichende Kraft des Kernraumes zum Ansatz zu bringen und dessen Gesetz bis in die Teilräume hinein Geltung und Anerkennung zu verschaffen, so darf man doch nicht übersehen, daß die Decke der Einheit noch immer recht dünn und brüchig ist. Zumal, da ihr ein Wesentliches noch immer fehlt: Das Volk in seiner Gesamtheit hat Sinn und Ziel der staatlichen Einheit und willensmäßigen Geschlossenheit weder völlig begriffen, noch sich bereit gefunden, sich ihr um des größeren Ganzen willen bedingungslos unterzuordnen. Der eigentliche Grund des Sturzes der Mandschus liegt nicht ausschließlich in ihrem persönlichen Versagen. Mit der Dynastie brach zugleich die chinesische Mauer der Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit ein, nachdem sie über zwei Menschenalter durch die Unterminierung und Einbreschung der westlichen Mächte morsch und brüchig geworden war. Mit ihrem Sturz begrub sie unter den Trümmern all das, was über Jahrtausende hinweg das Reich der Mitte zusammengehalten hatte. So steht heute das chinesische Volk vor der schier unlösbaren Aufgabe, aus dem Chaos, aus eigener Kraft, Staat und Volk neu auf- und auszurichten. Es ist hier nicht der Ort, den wechselvollen Hasen nachzugehen und den Verlauf des Ringens der chinesischen Republik um die Durchführung ihrer Aufgabe zu verfolgen. Entscheidung verlangt Gegenwart. Geschichtliche Ereignisse können nur insoweit herangezogen werden, als sie für die Begründung der Entscheidung von Bedeutung sind. Diese selbst fällt von seiten der Führung und des Volkes. An ihnen liegt es, wie die Gunst der Raumlage genützt und wie die Kräfte der Gestaltung zum Einsatz gebracht werden. Was die Tragweite der

Entscheidung absteckt, entspringt letztlich der politischen Haltung des Gesamtvolkes, also jener grundsätzlichen Stellungnahme, die, instinkt- oder willensmäßig begründet, Ausmaß und Größe der Einsatzbereitschaft bedingt und von der die Bereitwilligkeit zum Kampf und Opfer ebenso abhängt, wie der Entschluß zum Verzicht und zur Aufgabe. Hier ist der Bereich, wo die Kräfte eigenvölkischer Lebensgestaltung und -erhaltung mit den Ansprüchen und Zielen fremdvölkischen Ursprungs zusammenstoßen und um ihr Daseinsrecht und ihre Selbstbehauptung kämpfen. Hier treffen wir auf den realen Sach- und Tatbestand völkisch-staatlicher Existenz, der in der ursprünglichen und nicht weiter rückführbaren Sphäre des Eigenvölkischen und Fremdvölkischen als Grenze und Gegensatz zur Erscheinung gelangt und auf den zurück C. Schmidt seinen Begriff des Politischen zurückzuführen verabsäumt hat.

a) Die seelische Struktur des Volkskörpers. Der im Raume gebundenen Kraft der Sammlung, die dem Kernlande die überragende Stellung zuweist, entspricht im Volke selbst eine gleichgerichtete Stärke. Es ist die Kraft der Einschmelzung und Durchdringung, der völkischen Zähigkeit und Konstanz, die ein Volk von mehr als 400 Millionen zur Einheit des Volkstums, der Kultur, Sitte usw. zusammengeschweißt hat. Sie ist die Grundlage des einigen und einheitlichen chinesischen Volkstums, das im Laufe von fünf Jahrtausenden diesen Raum durchsetzt und erfüllt hat. Zwar stellt das Chinesentum in seinen Urbestandteilen keine gleichgebliebene und ungemischte Völkergruppe dar. Aber die arteigene Grundsubstanz des mongolo-chinesischen Rassenfundus ist trotz aller Angliederung, Vermischung, trotz allen Blutzustroms fremder Art so lebenskräftig und überragend, daß im wesentlichen alle Fremdkörper überwunden und dem einheitlichen Volkstum eingeschmolzen worden sind. Denn dieses hatte aus der Stärke seiner rassischen Beständigkeit heraus kulturelle Werte, geistige Güter und völkische Lebensordnungen gezeugt, die sich in der Fähigkeit, andere an- und umzubilden, so lebensstark erweisen, daß sie mit ihrer Ausbreitung zugleich die Sicherung der völkischen Art begründeten. Es entstünde jedoch ein schiefes Bild, sollte der Eindruck vorherrschen, daß Chinas Volk „uniform“ im eigentlichen Sinne des Wortes sei. Verschiedenheiten des Körperbaus bis in Gebärde und Sprechrhythmus, Differenzen in Sprache und Wortschatz bis zum Nichtverstehen, landschaftlich begründete Merkmalsunterschiede und provinzielle Typeneigentümlichkeiten in Charakter und Lebensweise sind nach dem Urteil der Kenner des Landes überall festzustellen. Und dennoch! Über allen und allem herrscht das Gesetz der gemeinsamen Tradition, des Blutes und der Kultur. Diese ist nicht das Inventar der Sachgüter und der geistigen Werte, sie ist die Gemeinsamkeit und Gemeinschaft der Lebensformen und Daseinsordnungen, die Einheit des Lebensstils und des Jahresrhythmus, die sich überall als — chinesisch erweisen.

b) Das Volk in seinem staatspolitischen Bewußtsein. Ist ein Volk eine auf biologischem Wachstum und kultureller Schöpfung beruhende organische Einheit, so stellt sich der Staat als ein diese durchformender Ordner und als Träger jener Kräfte dar, die im Dienste eigenvölkischer Erhaltung und Sicherung die willensmäßige Organisation und machtpolitische Selbstbehauptung übernehmen. Sie kann den Volkskörper überlagern als fremdvölkische Herrschaft, oder eine privilegierte Gruppe oder Partei, die sich als ständische oder klassenmäßige Schicht aus dem eigenen Volke ausgesondert hat, kann die Oberherrschaft an sich reißen. Aber erst

dann, wenn die staatsbildenden Organe aus dem Ganzen des Volkes herausgewachsen und von der Übereinstimmung mit ihm getragen sind, sind Volk und Staat eine Einheit. Mögen die ersteren in geschichtlicher Entscheidung nur zu oft im eigenen Interesse und zur Wahrung ihres Vorteils gehandelt haben; Bestand und Dasein eines Volkes wird dort vor Verfall und Einbuße ganz anders bewahrt bleiben, wo eine Entscheidung in der Übereinstimmung mit den Belangen des Ganzen fällt. So fruchtbar und gestaltungskräftig die biologisch-kulturelle Einheit des chinesischen Volkes sich in der Ausbreitung des Volkstums erwies, so hemmend und voller Widerstände zeigte sich die seelische Grundstruktur im Bereich der staatsbildenden Zusammenfassung der Kräfte. Zweifelsohne verfügt China, wie der kurze Überblick über Raum und Volk gezeigt hat, über unmittelbare Voraussetzungen und Bedingungen zur Schaffung einer kraftvollen staatspolitischen Einheit. Doch bis heute ist sie noch nicht vorhanden. Allem Anschein nach haben die fünfundzwanzig Jahre Revolution nicht ausgereicht, um einmal die seelisch-soziologische Struktur des Volksganzen so umzuformen, daß sie den gegenwärtigen Bedingungen der Staatsorganisation angepaßt ist, zum andern war es den staatlichen Organen ebenso wenig gelungen, den Volkskörper im Bereich seiner politischen Formung so zu durchdringen, daß dem Staate die politische Handlungsfreiheit ermöglicht wurde. Chinesisch-Turkestan, die äußere Mongolei, Mandschukuo und Nordchina sind dafür ausreichende Beweisstücke. Eine Kluft klafft zwischen Volk und Staat. Sie läßt den Staat nicht nur nicht zum vollen Ausbau und Einsatz der notwendigen Machtmittel kommen, sie begünstigt Tendenzen, die dem Ganzen von Volk und Staat durchaus abträglich sind. An Stelle der notwendigen Beweisführung sollen hier einige Sätze stehen, die in ihrer antithetischen Gegenüberstellung das Gemeinte verdeutlichen: Ein Volk, an Zahl das größte in der Welt — an politischer Geltung unter den geringsten. Ein Volk mit unversiegllicher völkischer Lebenskraft und rassischer Festigkeit — das sich aber in seiner staatlichen Organisation noch nicht zur willensmäßigen Tuchfühlung und zur geschlossenen Marschkolonne zusammengefunden hat. Ein Volk, mit einer Bodentreue und Bodenverbundenheit, dessen Söhne ein Säckchen Heimateerde bis in die entferntesten Kontinente mit sich tragen —, das aber andern Mächten weitgehende Eingriffe in seinen Staatsraum zugestehen muß. Ein Volk mit den festesten Gemeinschaftsbindungen in Großfamilie, Sippe und über Geschlechter hinweg — staatspolitisch aber uninteressiert, voller Gleichgültigkeit und Mißtrauen. Ein Volk, dessen Kulturform und Kulturkraft einen einheitlichen Lebensstil für vierhundert Millionen zeugte, der auch den letzten Sohn der gelben Erde unter sein Gesetz zwingt — das jedoch die staatsbildenden Kräfte zur willensmäßigen Bindung der Teile nicht zu entwickeln vermochte. Ein Volk, das wirtschafts- und wehrpolitisch über unerschöpfliche Reserven verfügt —, die aber in der Organisation nicht bewältigt werden konnten. Ein Volk, das geopolitisch über die besten Voraussetzungen staatlicher Macht- und Herrschaftsbildung verfügt, das aber die partikularen und regionalen Tendenzen nicht zum Ganzen bilden kann. Ein Volk, durch Geschichte und Tradition zu eigenständigen staatsgründenden Ideologien befähigt — jedoch im Banne fremdvölkischer Staatslehren und Staatsformen.

II. Die machtpolitischen Kraftlinien im Pazifik. Es ist das Verhängnis Chinas, in seinem Ringen um die eigenstaatliche Neuordnung mitten hineingestellt zu sein in das Spiel und Gegenspiel der machtpolitischen Tendenzen, die um die Vorherrschaft

im Fernen Osten kämpfen. Zur innerstaatlichen Aufgabe kommt eine außenpolitische dazu. Kein Staat, auch China nicht, kann im politisch luftleeren Raum leben. Zwischenstaatliche Beziehungen sind unlösbar verbunden mit dem Dasein von Staatsraum und Staatsvolk. Sie fordern zwangsläufig Entscheidung und Stellungnahme. Die bisherige Entwicklung hat klar und eindeutig gezeigt, daß die eigen-völkische Existenz und die staatliche Integrität Chinas in steigendem Ausmaß gefährdet sind. Es ist nicht nur die immer weiter fortschreitende Einbuße an Raum, die China zwingt, aus der außenpolitischen Passivität herauszutreten, weit mehr sind es die immer dringlicher werdenden Forderungen, sich bestimmten macht- und weltpolitischen Anschauungen zu verschreiben. Das bedeutet also nichts anderes, als sich auf die eine oder andere Seite zu stellen und den Plänen und Zielen der im Pazifik ringenden machtpolitischen Bestrebungen dienstbar zu werden. Zustimmung und Anschluß fordern: die demokratisch-kapitalistischen Mächte des Westens, der politische Aktivismus der japanischen Parole — Asien den Asiaten — und der weltrevolutionäre Imperialismus der Sowjets.

a) Sowjetrußland tarnt sich. Es ist unbestreitbar, daß unter diesen drei Mächtegruppen im pazifischen Raum der japanische Anspruch mit einem geradezu brutalen Machtwillen zur Durchsetzung gebracht werden soll. Mit allen Mitteln politischer Beeinflussung, mit solchen des Zwanges und militärischen Druckes so gut wie mit denen der Verständigung und friedlichen Zusammenarbeit, versucht Japan eine pro-japanische Entscheidung zu erzwingen. Es wäre aber durchaus irrig anzunehmen, daß Sowjetrußland auf eine „Eroberung“ Chinas in seinem Sinne verzichtete. Die äußere Mongolei ist nach der Rückeroberung Sibiriens durch die roten Armeen de facto ein Glied der UdSSR. geworden, genau so wie seit 1936 Chinesisch-Turkestan. Es ändert an der Tatsache nichts, daß Sowjetrußland formell die Oberhoheit Chinas in beiden Gebieten anerkannt hat. Europa vergißt zu rasch, und überdies befindet es sich in einem unglaublichen politischen Irrtum, wenn es meint, der rote Imperialismus habe auf ein weiteres aktives Vordringen in China verzichtet. Der Weltkommunismus arbeitet seit 1935 nach einem andern taktischen Grundsatz, weswegen er nicht minder expansiv zu sein braucht. Statt des unmittelbaren machtpolitischen Vorstoßes hat man sich zur „kalten Sowjetisierung“ entschlossen. Dies heißt nichts anderes, als daß man an Ort und Stelle den kommunistischen Zellen und Verbänden es überläßt, auf eigene Faust zu handeln. Diese Entwicklung beginnt nach dem eigenen Zeugnis des chinesischen Kommunismus in China bereits im Jahre 1934. Seit diesem Zeitpunkt ist in der politischen Aktivität des chinesischen Kommunismus — daß es einen solchen bei den geradezu chaotischen Zuständen im Reich der Mitte gibt, leugnet niemand mehr — eine grundsätzliche Wandlung eingetreten. An Stelle der in einzelnen Provinzen örtlich begrenzten kommunistischen Unruhen und Beunruhigungen ist eine geschlossene und unter einheitlicher Führung stehende Aktion getreten. Anlaßlich des zweiten allchinesischen Sowjetkongresses wurde im westlichen China ein autonomer und von Nanking sich unabhängig erklärender Staat gegründet — Sowjet-China. Dieser neue Rätestaat bildete seine eigene Regierung, schuf eine Verwaltung und grenzte sein Staatsgebiet aus dem Gesamtverband Chinas bewußt ab. Es muß als ein Zeichen des politischen Aktivismus der chinesischen Sowjets angesehen werden, daß sie in der Erkenntnis der geopolitisch geradezu einzigartigen „Brückenstellung“, die Basis für ein

expansives Vorstoßen erkennend, mit allen Mitteln der Gewalt und Propaganda, durch Bündnis und gemeinchinesische Ideologien ihren Machtbereich zu erweitern versuchen. Die beiden Westprovinzen Sze-tschuan und Shen-si, die mit ihren dreiviertel Millionen Quadratkilometern den Kern des neuen Staates bilden, eignen sich vorzüglich für einen solchen Vorstoß. Durch ihre Entfernung von den Zentralprovinzen des Reiches sind sie vor einem überraschenden Einfall von Osten her gedeckt. Die nord-südlich verlaufende Bruchstufe erschwert zudem den direkten Angriff. Außerdem stellt das erwähnte Gebiet eine geradezu lückenlose Verbindung mit den alten Unruheherden des kommunistisch stark durchsetzten Südens und der an die Gobi und Außenmongolei grenzenden UdSSR. dar.

Diese vielseitige Deckung ausnutzend, machte sich Sowjet-China daran, seine innere Stellung auszubauen, was nichts anderes bedeutet, als die Mobilisierung der Bevölkerung im Dienste der Festigung des kommunistischen Regimes. Hierbei ist die Tatsache beachtlich, daß der Kommunismus Anpassungsfähigkeit genug entwickelte, um seine Taktik und Methode den ländlichen- und volkseigenen Bedingungen anzupassen, und dies trotz aller marxistischen Theorie und entgegen der anderswo geübten Praxis. Dem Widerstand der chinesischen Besitz- und Familientradition nachgebend, verzichtete man auf jegliche Enteignung des Bodens und auf die Errichtung von Kollektivbetrieben in der Landwirtschaft. Sogar der bäuerliche Mittelbesitz wurde erhalten, nur die Latifundien der feudalen Familien und der Klöster wurde aufgeteilt. Wo man voreilig zur Errichtung von Kolchosi geschritten war, wurde diese wieder rückgängig gemacht. Dem privaten und gildemäßigen Handel ließ man freie Hand, sicherte sogar kapitalistischen Handelsunternehmen volle Bewegungsfreiheit zu. Für kommunistische Experimente waren die Umstände zu ungünstig. In erster Linie kam es auf die Schaffung einer widerstandsfähigen Armee an. Entsprechende Kontingente waren in Sze-tschuan und in Shensi vorhanden. Außerdem kämpften seit 1932 vereinzelte Trupps unter kommunistischen „Generälen“ im Südwesten Chinas. Sie alle mußten vereinigt und zu größeren schlagkräftigeren Verbänden zusammengeschlossen werden. Man reorganisierte die Truppen, warb für die rote Armee, füllte die Bestände auf und durchsetzte sie mit „zuverlässigen Kommunisten“ in Führung und Verwaltung. Dazu kam eine planmäßige militärische und technische Schulung. Sogar eine „Familienunterstützung“ für die Rotarmisten sollte ins Leben gerufen werden.

Eine Mitteilung der Zeitschrift „The round Table“ vom September 1935 bestätigt, daß durch die Vermittlung der Sowjetunion und durch Verhandlungen zwischen Nanking und Moskau die Beendigung der Feindseligkeiten zwischen Sowjet-China und der chinesischen Zentralregierung zustande gekommen seien. Im Dezember 1936 wurde der Führer der Zentralregierung, Chiang-kai-shek nach kurzer Gefangenschaft durch chinesisch-kommunistische Truppen wieder freigelassen. Über den „Preis“ d. i. über die politischen Abmachungen ist nichts bekanntgeworden. Die Times vom 17. September 1937 berichtet folgendes:

„Nach Meldungen aus Nanking machte der Sekretär der chinesischen kommunistischen Partei Tsching-tang-hsin vor Pressevertretern nähere Mitteilung über das zwischen der kommunistischen Partei und der Zentralregierung in Nanking getroffene Übereinkommen. Darnach soll die kommunistische Partei als solche weiter bestehen bleiben und ihr Hauptquartier in den bisher ausschließlich ihrem Einfluß unterstehenden Gebieten aufschlagen. Diese Gebiete in den Provinzen Shen-si und Kansu werden von der Nankingregierung als besonderer Verwaltungsbezirk organisiert. Die Zentralregierung hat sich verpflichtet, auf die bisherige Entwicklung Rücksicht zu nehmen.“

Was war im Verlauf der Jahre geschehen? Im Auftrag der Zentralregierung hatte Chiang-kai-shek den Angriff gegen den chinesischen Kommunismus durchgeführt. Seine verschiedenen Phasen zu verfolgen, ist hier nicht der Ort. Als politisches Ergebnis ist festzuhalten: Der Kommunismus steht heute als eine Macht im Nord-

westen Chinas, hat seine anerkannte Selbständigkeit und muß als ein Faktor in die künftige Entscheidung der Zentralregierung eingesetzt werden.

b) Japan sichert sich. Seit dem Jahre 1915 existiert ein politisches Programm Japans, dessen macht- und wirtschaftspolitischer Imperialismus klar und offen zutage liegt. Unter dem Eindruck der 21 Punkte hatte sich nicht nur in China der nicht zu erschütternde Glaube herausgebildet, daß das einzige Ziel Japans sei, China in die politische Hörigkeit zu zwingen. Dieser Absicht diene die Abtrennung der Mandschurei, von ihr war der Vorstoß in die Provinzen der inneren Mongolei getragen, und auch der gegenwärtige Kampf in Nordchina gehe auf nichts anderes hinaus, als diese Gebiete vom eigentlichen China loszulösen, um sie dem unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Einfluß des Inselreiches einzugliedern. So unbestreitbar und richtig diese Tatsachen auch für den wirtschafts- und machtpolitischen Imperialismus Japans Zeugnis ablegen mögen, mit dieser These allein trifft man nicht den Kern und die politische Wahrheit der Vorgänge im Fernen Osten. Die Presse veröffentlichte im Jahre 1936 einen Bericht über einen Geheimvertrag, der zwischen Sowjetrußland und der Kuo-min-tang abgeschlossen und den ein Mitglied des Zentralvollzugsausschusses unterzeichnet haben soll. Die wesentlichen Bestimmungen lauten:

„Artikel 3: Die chinesische Regierung stellt die innere Mongolei unter die Aufsicht räterussischer Truppen. Art. 4 besagt: Die Wehrmacht des Rätereiches übernimmt die Verteidigung der Mongolei gegen Japan und Mandschukuo. Art. 5: China wird einen russischen Einmarsch in mandschurische Gebiete nicht hindern; ... sollten „verlorene chinesische Gebiete durch sowjetrussische Truppen befreit werden, so wird die chinesische Regierung die russische Verwaltung in jenen Gebieten nicht hindern. Art. 6: Die Verwaltung der inneren Mongolei wird dem Zentralkomitee der mongolischen kommunistischen Partei unterstellt. Art. 7 bestimmt, um den unmittelbaren Anschluß an die äußere Mongolei zu sichern, die Räteregierung gewährt China eine Anleihe, die zum Bau einer Bahn von Kalgan nach Urga verwandt wird. Zur Ergänzung mag aus der Vereinbarung zwischen Chinesisch-Turkestan und der UdSSR. folgender Passus angefügt werden. Sin-kiang (Chin-Turkestan) gewährt der Räteregierung eine Konzession zum Bau einer Eisenbahn von Sin-kiang zur inneren Mongolei, die den Anschluß an die beiden von der Turk-Sib ausgehenden Schienenstränge fortsetzen soll.“

So schwierig wegen der großen verkehrsgeographischen Hindernisse auch eine Fortsetzung nach dem Osten zur Lunghai-Bahn und nach der inneren Mongolei auch sein mag, es sind schon größere Verkehrsprojekte durchgeführt worden. Selbst wenn hier nur vage Wünsche und Pläne einen unverantwortlichen Ausdruck gefunden haben sollten, so kennzeichnen sie doch eine machtpolitisch durchaus zutreffende Lage. Nachdem Japan in seiner zupackenden und entschlossenen Art der Räteunion in der Mandschurei zuvorgekommen ist — sei es, daß diese zu unentschlossen war, sei es, daß die innere Schwäche sie daran hinderte —, versucht sie ihre Position mit Hilfe des chinesischen Kommunismus zu verbessern. Im Amurgebiet sind die strategischen und militärtechnischen Vorbereitungen teilweise abgeschlossen, teilweise noch in vollem Gange. Nun soll auch von Westen und Südwesten die Basis geschaffen werden, um Japan in die Zange nehmen zu können. Denn es geht hier um nichts Geringeres als um die Vernichtung der machtpolitischen Stellung Japans am Pazifik, die im Jahre 1904—1905 vom zaristischen Rußland aufgegeben werden mußte, wieder zu beziehen. Eine doppelte Gefahr — sowohl für Japan als auch für China. Für Japan müssen hinter diesen alle wirtschaftlichen

und handelspolitischen Dringlichkeiten zurückstehen. Unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der eigenen staatlichen Existenz des Inselreiches werden auch die sich stets wiederholenden Erklärungen der maßgebenden militärischen und politischen Führer des japanischen Volkes, in China für China gegen den Kommunismus zu kämpfen, verständlich. Nur sträuben sich viele, dies zu glauben. Es mag zugegeben sein, die Methoden Japans sind ebenso seltsam, wie sie unerbittlich und rauh sind. Vielleicht sind sie auch nur asiatisch. Die Geschichte Asiens kennt deren ganz andere.

3. Die anglo-amerikanische Mächtegruppe auf dem Rückzug? So mag es vielen scheinen, zumal wenn man die „Ohrfeigen“ beachtet, die beide Mächte bei Schanghai und auf dem Yang-tse einsteckten und auch einstecken mußten, sei es, daß sie material mit ihrer Aufrüstung ein paar Jahre im Verzug geblieben waren, sei es, daß sie geistig zu weit abgerüstet hatten. Im Verlauf des ersten Jahres des „Konflikts“ im Fernen Osten hat sich sowohl in der englischen Bereitschaft wie auch in den USA. manches geändert. Dennoch wäre es verfehlt, unter den augenblicklich obwaltenden Umständen eine aktive Stellungnahme zugunsten Chinas zu erwarten. Vorläufig stehen die geschäftlichen Operationen noch im Vordergrund; liefert man doch auf Rechnung beider feindlicher Partner Munition und Kriegsgerät. Im Großen gesehen sind die demokratischen Weltmächte des Westens im Rückzug begriffen, wenigstens auf dem von Japan eroberten oder unmittelbar bedrohten Gebiet. Hat doch England noch kürzlich das Anerbieten Chinas, in Hankau die im Jahre 1928 aufgegebene Konzession wieder aufzubauen, abgelehnt. Auch in Schanghai und Tientsin versucht man sich mit Japan einzurichten.

Aber um so unerschütterlicher sind und bleiben alle jene rückwärtigen Macht- und Wehrstützpunkte im Indischen und Pazifischen Ozean; in gleicher Weise zur Verteidigung wie zum Vorstoß geeignet. (Die eine Linie Singapore—Hongkong—Philippinen, die andere Singapore—Hawai—Alaska mit ihren entsprechenden Flugstützpunkten als Zwischenglieder.)

Wohl hat der Völkerbund — also England, damals die Errichtung des Kaiserreichs Mandschukuo nicht verhindert. Vielleicht war ihm eine japanische Mandschurei lieber als eine sowjetrussische. Marschall Tschang-so-ling war nicht der Mann, die mandschurischen Provinzen vor einem Zugriff der Sowjets zu schützen, China selbst ebensowenig, zumal die dortigen Zustände eine entschlossene Tat von Tag zu Tag dringlicher erscheinen ließen. Dies mag Lord Litton wohl eingesehen haben, als er an Ort und Stelle die Unterlagen zu seinem Bericht zu prüfen in der Lage war, den er später der „politischen Gesindestube“ des Völkerbundes vorlegte. Was er für den angelsächsischen Hausgebrauch vorbehielt, hat man nicht in Erfahrung bringen können. Trotz des vermeintlichen Rückzugs Englands im Fernen Osten erwies es sich als ein schwerer politischer Irrtum, annehmen zu wollen, dieses wäre tatsächlich auf dem Punkt, seine Stellung in China aufzugeben. Es ist trotz allem noch mächtig genug, sie zu behaupten. Zwei Vorgänge, deren politischen Hintergrund man vielfach übersehen hat, mögen dies erhärten. Im Jahre 1932 stoppte der verbissene Kampf um den Besitz von Schanghai plötzlich und unerwartet ab. Die Mächte — wiederum England — hatten vermittelnd eingegriffen. Ebenso unerwartet brach der japanische Vorstoß nach Nordchina und in die innere Mongolei ab. Japan begnügte sich mit zwei und einer halben, statt der fünf Provinzen. Der eng-

lische Außenminister, von Staatssekretär Hull sekundiert, hatte gesprochen. Ist es darum überraschend, wenn das offizielle Japan heute mit Nachdruck erklärt, daß es keine Einmischung der Mächte in den chinesisch-japanischen Konflikt dulden werde? Bereits spricht es eine Stimme der Tokioter Presse laut und vernehmbar aus, daß der eigentliche Feind England sei. So paradox es klingen mag, für England ist der Bestand und die Selbständigkeit Chinas ein wesentlicher Faktor in der Erhaltung seines eigenen Imperiums. Um diese geht es im Fernen Osten, nicht aber um investierte Kapitalien und fällige Zinsen. Zielsicher und selbstbewußt arbeitet die englische Diplomatie und ist bemüht nachzuholen, was versäumt wurde.

Und China? Durch den an und für sich belanglosen Vorfall an der Marko Polo-Brücke südlich von Peking im Juli 1937 wurde China zur Entscheidung gezwungen. Es trat an, um mit den Mitteln des Krieges gegen wirkliche oder vermeintliche Eingriffe Japans in seine Hoheitsrechte vorzugehen. Ein eitles Bemühen, zu behaupten, daß dies die Entscheidung sein müßte. Auf jeden Fall ist es eine ebenso klare wie eindeutige Stellungnahme, die China hier auf sich genommen hat. Die Zeit einer Politik ist vorbei, die sich gewöhnt hatte, die Dinge dillatorisch zu behandeln. Denn bislang hatte es China so gehalten, bald mit dem einen, bald mit dem andern zu paktieren; dem einen Zugeständnisse einzuräumen, um dem andern seinen Teil wieder streitig zu machen. Immer bestrebt, nicht aufzugeben und abzuwarten, bis seine Zeit gekommen sei. Wenn dabei auch manch ein Stück aus dem chinesischen Reichskörper absplitterte, oder die eine oder andere Verstrebung des Staatsbaus ins Wanken geriet, stets sind die eigentlichen und letzten Fundamente des Reiches unberührt und unerschüttert geblieben. Die Kraft des Raumes und die Stärke der biologischen Volkssubstanz haben Jahrtausende überdauert. Sie geben China den langen Atem, der es fähig machte, auch nach Zeiten der Überfremdung und Überlagerung wieder zu sich selbst zu kommen.

Japan ist sich dieser Tatsache wohl bewußt. Es weiß, daß seine unbestrittene militärische Überlegenheit, seine überragende technische Ausrüstung und seine geschlossene staatliche Organisation es bis jetzt instand gesetzt haben, die Teile im Norden und Osten zu erobern, in der Mittellinie vorzustoßen und die chinesischen Truppen an den entscheidenden Stellen zu schlagen. Doch damit ist weder die immanente Widerstandskraft des Raumes überwunden, noch der politische Zusammenhang gesprengt. Nur dann kann Japan des Raumes als solchem Herr werden, wenn es gelingt, in die Front der Abwehr einen Keil zu treiben und den nationalen Zusammenschluß Chinas zu unterbinden. Das „divide et impera“ war stets ein Faktor machtpolitischer Entscheidungen. In der Geschichte der großen Weltmächte gibt es dafür glänzende Vorbilder. Diese Gefahr hat die chinesische Staatsführung erkannt und tut alles, um die in der Bildung begriffene „Volkwerdung“ mit aller Macht zu betreiben. Zweifelsohne hat der „Zwischenfall“ den Prozeß wesentlich gefördert.

Mag der „chinesisch-japanische Konflikt ausgehen, wie er auch immer wolle. Auf keinen Fall ist er Abschluß und Ende. Je länger er dauert, je mehr wird offensichtlich, daß er nur Exposition eines weltpolitischen Dramas wird, dessen Prolog die Kanonen von Shushima gesprochen haben.

HANS-GEORG BAARE-SCHMIDT:**Alaska — Land der Zukunft****Die geographische Lage**

Alaska liegt im Nordwesten des amerikanischen Kontinentes. Es ist begrenzt vom Nördlichen Eismeer im Norden, von der Beringstraße und der Beringsee im Westen, vom Pazifik im Süden und von Kanada im Osten. Hier läuft die Grenze vom Dixon Inlet im Süden in etwa 50—100 km Entfernung längs der Küste bis zum Mount S. Elias. Erst 1903 wurde diese Grenze durch Schiedsspruch zwischen den USA. und Kanada festgelegt. Vom Mount S. Elias läuft die Grenze dann auf dem 141. Längengrad bis zum Demarcation-point am Eismeer.

Der Sektor zwischen dem 141. Längengrad, dem Nordpol und etwa dem 171. Längengrad dürfte auch zu dem US.-amerikanischen Alaska gerechnet werden dürfen, wenn auch eine diesbezügliche amerikanische Regierungserklärung anscheinend noch nicht erfolgt ist. Dieser Sektor im Norden Alaskas ist bis heute noch völlig unerforscht und am wenigsten entwickelt von allen Gebieten um den Pol.

Die Nordküste Alaskas wurde zum ersten Male von Mc. Clure erkundet (1850 bis 1853), später auch von dem großen Forscher Amundsen erforscht. Von der Küste bis zum Endicottgebirge nördlich des Yukon ziehen sich die endlosen arktischen Tundren, die „Barren grounds“, hin. Das große gebirgige und bewaldete Gebiet zwischen dem Endicott- und dem Alaskagebirge wird vom Yukon und Kuskokwim und ihren Nebenflüssen entwässert. Hier und an der Südküste sind die klimatischen Verhältnisse am günstigsten. Südlich vom Alaskagebirge und auch in ihm selbst befinden sich unzählige Hochplateaus und auch der höchste Berg Nordamerikas, der Mount Mackinley (6190 m), liegt hier.

Die Südküste hat eine ganze Reihe vorzüglicher Häfen, von denen Sitka, Juneau, Skagway, Cordova, Seward und Kodiak die wichtigsten sind. Die Halbinsel Alaska, berühmt wegen ihrer vielen tätigen Vulkane, führt zu den baumlosen, vulkanischen Aläuten, einer Inselgruppe, die sich fast 2000 km in die Beringsee erstreckt. Die Inseln haben ebenfalls eine Menge bester natürlicher Häfen und bringen den äußersten Punkt der USA., Attu Island, bis auf etwa 1200 km an die nördlichste japanische Kurileninsel. Wenn auf Attu Island die Sonne untergeht, sendet sie gleichzeitig ihre ersten Strahlen nach Maine am Atlantik, so daß die USA. tatsächlich ein Gebiet umfassen, in dem „die Sonne nicht untergeht“.

Zwischen dem Bogen der Kurilen und Kap Wales an der Beringstraße liegen noch eine Reihe Inseln, die ebenfalls zu den USA. gehören. Es sind im wesentlichen Pribilow-, Nunivak-, S.-Lawrence-, S. Matthew Island, dagegen sind die Diomedes Islands zur Hälfte und die Wrangelinseln ganz russisch. Die Entfernung von den Diomedes Islands in der Beringstraße bis zum amerikanischen Cape Prince of Wales beträgt nur knappe 40 Meilen.

Das Klima ist außerordentlich schwankend, die Temperaturen liegen zwischen -60° im hohen Norden und $+30^{\circ}$ im Hochsommer im Yukontal. Das günstigste Klima haben Yukontal und die Südküste, die sich außerdem noch zahlreicher Regenfälle erfreut.

Drei National Parks, die mehr als 9000 Quadratmeilen bedecken, sollen die schönsten Bilder der Natur in Alaska erhalten. Der bekannteste ist der Mount McKinley National Park, der ein Gebiet von der Größe der Schweiz rund um den höchsten Berg der USA. umfaßt.

Die Geschichte

Im Jahre 1741 kommt als erster Europäer der in russischen Diensten stehende dänische Abenteurer und Entdecker Bering nach Alaska. Ihm folgen dann die Pelzjäger und Kaufleute der Russisch-Amerikanischen Gesellschaft, die von dem 1799 gegründeten Sitka aus einen ausgedehnten Pelzhandel betreibt. 1824 wird Alaska zum ersten Male Gegenstand diplomatischer Verhandlungen, als seine südliche und östliche Grenze bestimmt wird gegenüber den sich neu entwickelnden Staaten USA. und Kanada. Dann verschwindet der Name wieder vom Schauplatz der großen Politik bis 1867, als Rußland Alaska den USA. zum Kauf anbietet.

Folgende Gründe mögen den russischen Entschluß im wesentlichen bestimmt haben. Im Krimkrieg hatte die Russisch-Amerikanische Company und die englische Hudson-Bay Company, die der eigentliche Repräsentant Englands an der alaskischen Grenze war, einen stillschweigenden Vertrag abgeschlossen, die europäischen Feindseligkeiten nicht auf Kanada und Alaska zu übertragen. Doch es hatte sich den Russen deutlich genug gezeigt, daß sie völlig hilflos einem ernsthaften Angriff unterliegen würden. Petersburg war viele tausend Meilen entfernt, kein russisches Kriegsschiff konnte Hilfe leisten. So entstand aus der Furcht, Alaska ohne jede Entschädigung zu verlieren, der Plan, das Land zu verkaufen. Mangelnde Erkenntnis des Wertes von Alaska und organisatorische Unfähigkeit dürften die übrigen Gründe gewesen sein.

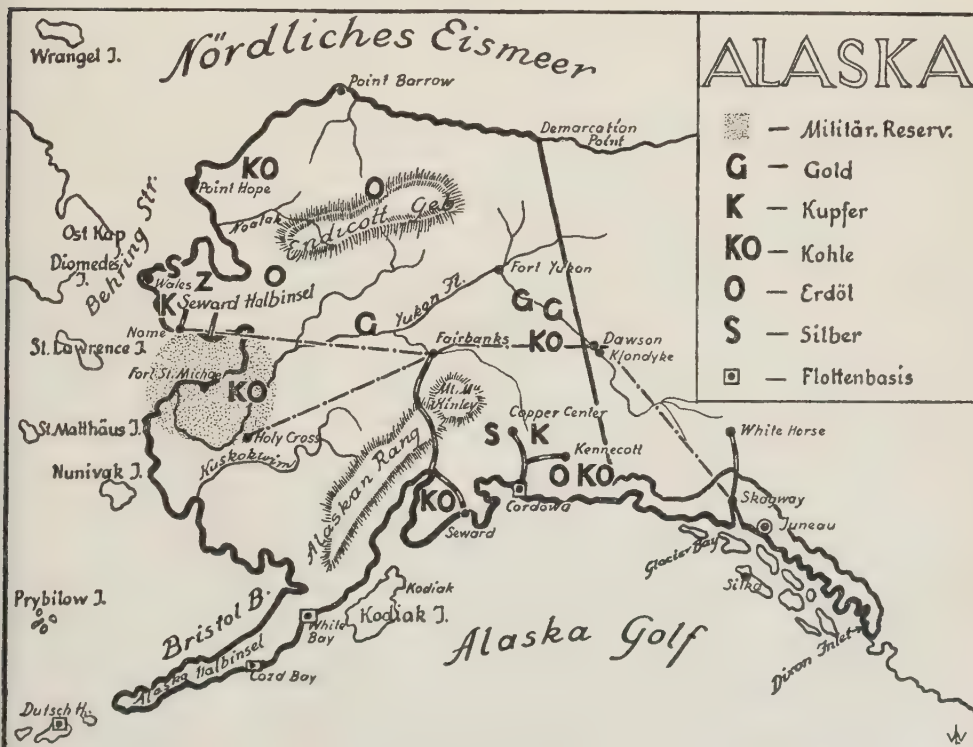
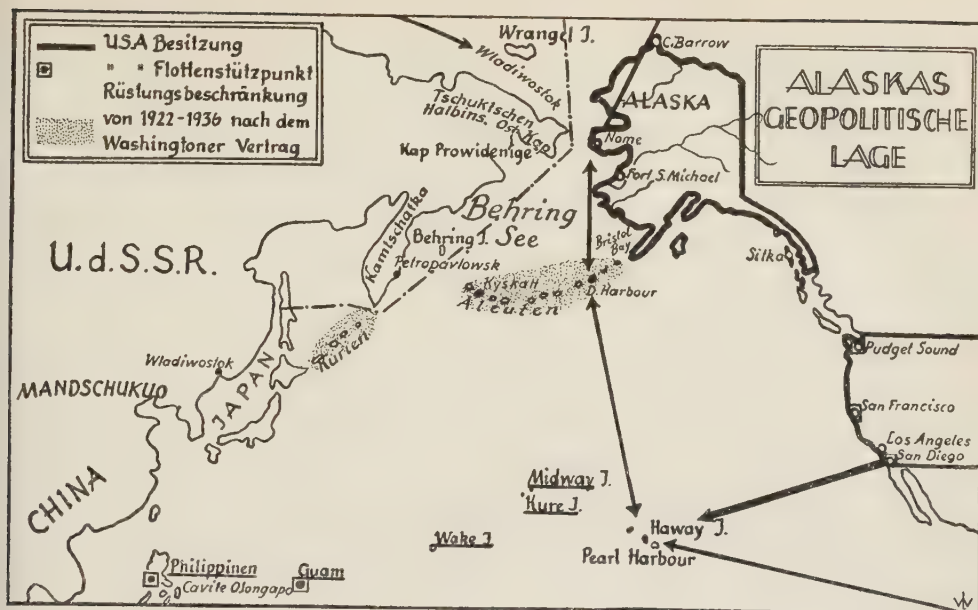
Der Vertrag kam 1867 dann zustande, und die USA. kauften Alaska für 7 200 000 Dollar von Rußland. Es war das Verdienst des weitsichtigen Staatssekretärs Seward und des Senators Walker, die gegen eine heftige Gegnerschaft im Kongreß den Kauf erzwangen. Walker schrieb damals die prophetischen Worte: „Es muß das große Pelzland der Welt sein. Es hat eine Überfülle an Gold und Kupfer. Der endgültige Kampf um die Welt wird am Pazifik ausgetragen werden. Die Erwerbung Alaskas und der Alëuten bringen Amerika den halben Weg nach China und Japan.“

So wurde 1867 für eine lächerliche Summe ein Land, zweieinhalbmals so groß wie Frankreich, mit unermeßlichen Bodenschätzen und von größtem strategischem Wert verkauft. Der Sowjetgeschichtspräsident Serebrovsky bezeichnete mit Recht in einem Aufsatz („Alaska.“ Krasnaja Nov. III. 1929) diesen Verkauf als einen „unverzeihlichen Fehler“. Heute würde die UdSSR. wohl gern das Zehnfache für das Land zahlen, um es wieder zu bekommen. Doch geschichtliche Fehler lassen sich meist gar nicht oder nur sehr schwer sühnen.

Bevölkerung und Verwaltung

Die Gesamtbevölkerung beträgt etwa 60 000 Menschen, von denen die Hälfte Indianer und Eskimos sind. Die dem Stamm der Athapascen angehörenden Indianer haben dem Land außerdem den Namen gegeben, „Alaska“ heißt so viel wie „Das Große Land“. Die weiße Bevölkerung lebt fast ausschließlich an der Südküste, wohin noch jährlich die etwa 10—20 000 Saisonarbeiter der Fischindustrie kommen.

Bis 1884 blieb das Land ein völlig unorganisierter „district“, kam dann unter die Verwaltung des Staates Oregon und wurde 1912 der Bundesregierung in Washington D. C. unterstellt. Heute ist Alaska ein „territory“ der USA., dessen Gouverneur vom Präsidenten ernannt wird und der weitgehende Vollmachten besitzt. Ihn unterstützt eine gesetzgebende Versammlung von 8 Senatoren und 16 Repräsentanten nach amerikanischem Vorbild. Ein Delegierter dieser Versammlung ist außerdem als Vertreter Alaskas Mitglied des Repräsentantenhauses in Washington D. C., allerdings ohne Stimmrecht.



Gerichtswesen und Erziehung werden ebenfalls nach amerikanischem Vorbild gehandhabt. Ganz Alaska umfaßt einen Gerichtsbezirk mit Unterabteilungen und 4 Gerichtshöfen. Etwa 90 Grund- und 13 Höhere Schulen, sowie die „University of Alaska“, sorgen für die Erziehung. Als typisches Kennzeichen eines jungen Landes befinden sich hier noch die Missionen und Missionare der verschiedensten Glaubensgemeinschaften.

Hauptstadt des 1530329 qkm großen Landes (Deutschland jetzt 554 000 qkm) ist Juneau an der Südküste, das zugleich mit 4000 Einwohnern die „größte“ Stadt des Landes ist. Sonst gibt es noch 17 Städte mit 400–500 Einwohnern.

Die Wirtschaft

Fischerei. Die Lachsfischerei und die Verarbeitung der Lachse zu „Salmon canners“ ist eine Hauptindustrie des Landes, deren Jahresproduktion allein den Wert von 30 Millionen Dollar übersteigt.

Von steigender Bedeutung ist auch die Kabeljau- und Walfängerei in den unerhört fischreichen Gewässern der Beringsee. Hier erwächst den amerikanischen Fischern in letzter Zeit eine sehr fühlbare Konkurrenz in der überaus regen japanischen Fischerei, die neuerdings sogar Walfang-Mutterschiffe mit Flugzeugen einzusetzen beginnt.

Felle und Pelze. Noch an einem anderen Punkte begegnen sich die amerikanischen und die japanischen Interessen, in der Robbenschlägerei auf den amerikanischen Prybiloffinseln. Diese „Industrie“ hatte am Ende des vorigen Jahrhunderts derartige Ausmaße angenommen, daß mit einer baldigen völligen Ausrottung der Robben zu rechnen war. So schlossen 1892 die USA. und England einen Vertrag, dem später auch Rußland und Japan beitraten. In dem Vertrage stimmten die Unterzeichner gewissen Schonzeiten und einer Teilung des „Robbengeschäftes“ zu. Dieser Vertrag hat darüber hinaus einige politische Bedeutung, da er auf dem Grundsatz geschlossen wurde, daß die Beringsee nicht ein amerikanisches „mare clausum“, sondern ein offenes Meer sei. Der Vertrag ist noch heute in Kraft. Im übrigen hat die amerikanische Regierung heute ein Monopol in der Robbenschlägerei, das etwa 85% des Weltbedarfes an Robben- und Seehundfellen deckt.

Die Pelzausbeute aus den riesigen Wäldern ist sehr beträchtlich, dürfte sich aber noch erheblich steigern lassen, besonders durch die Anlage von Pelztierfarmen. Es bestehen schon heute ungefähr 300 Blaufuchsfarmen, auf denen man sehr günstige Erfahrungen gemacht hat. Die Fellausfuhr hat einen Jahreswert von etwa 8 000 000 Dollar.

Bergbau. Auch der planmäßige Abbau der Bodenschätze Alaskas ist erst kaum entwickelt, trotzdem hier noch größte Möglichkeiten bestehen.

Am bekanntesten dürften die Goldvorkommen im Yukontal sein, die durch den berühmten Klondyke-Goldrush von 1898 zuerst den Namen Alaska in aller Mund brachten. Es sei aber darauf hingewiesen, daß damals die Hauptfunde auf kanadischem Gebiet gemacht wurden. Die jährliche Golderzeugung, die heute ausschließlich nach den USA. geht, beträgt etwa 460 000 Unzen, wobei die Unze einen Preis von 34.— Dollar erzielt. Die Gesamtgoldproduktion belief sich bis 1935 auf etwa 435 000 000 Dollar; der Kaufpreis für Alaska 1867 war 7 200 000 Dollar.

Kohlevorkommen sind an der Beringstraße bei Point Hope und bei Fort S. Michael festgestellt worden. Bei Point Hope werden jährlich schon etwa 120 000 t abgebaut, deren Brennwert nach Angaben amerikanischer Marinesachverständiger dem bester USA.-Kohle gleichkommt. Zudem liegen die Vorkommen so günstig, daß Schiffe direkt von den Grubenvorräten bunkern können.

Kupfer und Silber werden vor allem um Copper Center im Süden gewonnen, die Gesamtausfuhr übersteigt mit einem Wert von 680 000 000 Dollar bis 1935 nicht unerheblich die Goldausfuhr. Noch sind aber längst nicht alle bekannten Vorkommen in Angriff genommen worden.

Andere schon bekannte Bodenschätze bestehen in Blei, Zinn, Marmor, Gips und Quecksilber.

Vielleicht wichtiger als alle diese Vorkommen dürften aber einmal die Erdölvorräte Alaskas werden. Der geologische Dienst der USA. vermutet, daß schon 1944 die Erdölvorräte der USA. erschöpft sein werden. Dann werden wohl auch die Ölquellen auf dem Ketallafeld im Süden Alaskas und die auf der Sewardhalbinsel in einem anderen Grade abgebaut werden als bisher. Auf den Wert eines ölerzeugenden Stützpunktes für einen zukünftigen Polarluftverkehr UdSSR.—USA. sei hier nur kurz hingewiesen, da auf diese Frage später noch ausführlich eingegangen werden soll.

Völlig unausgenutzt sind noch die riesigen Wasserkräfte Alaskas, die sicher Millionen von Kilowatt erzeugen könnten.

Landwirtschaft. Die Landwirtschaft ist im wesentlichen durch das Klima und die gebirgige Lage Alaskas bestimmt. Trotzdem ermöglichen die kurzen, heißen Sommer durchaus den Anbau aller Getreidearten (außer Mais), ja sogar von Gemüse und Kartoffeln. Zentrum des Ackerbaus ist Fairbanks am Tanana River (auf der Höhe von Island), in dessen Umgebung sich heute etwa 500 Farmen befinden.

Daß sich die Lebensmittelbasis Alaskas noch ganz erheblich verbreitern ließe, steht außer Zweifel, besonders auch durch den Anbau der in den UdSSR. und Kanada gezüchteten polaren Getreidesorten.

Die riesigen Tundren im Norden und Westen, die eine größere Fläche als Deutschland bedecken, können einmal das „Fleischland“ Amerikas werden. Hier sind Weidemöglichkeiten für schätzungsweise 10—12 000 000 Rentiere vorhanden. Bis heute haben sich die am Ende des vorigen Jahrhunderts aus Sibirien eingeführten 1280 Rentiere schon auf eine Herde von 600 000 vermehrt. Schon wird das vorzügliche gefrorene Rentierfleisch auf den amerikanischen Markt angeboten. Ob sich bei einer weiteren Entwicklung allerdings der Plan des Gouverneurs Troy, die Rentierzucht als ein Reservat für Indianer und Eskimos zu lassen, durchführen läßt, kann man bezweifeln.

Forstwirtschaft. Die Forstwirtschaft stützt sich vor allem auf die riesigen Wälder der Südküstenregion und des Yukontals. Die Wälder bestehen aus hochwertigen Nadelhölzern (drei Viertel „Western hemlock“, der Rest „Sitka spruce“), die sich vorzüglich zur Holzstoff- und Papierverarbeitung eignen. Ein nennenswerter Abbau erfolgt vorläufig erst in den südlichen Regionen Alaskas, wo sich eine Reihe von Sägemühlen befinden. Das dortige Waldgebiet besteht zum größten Teil aus zwei riesigen Staatsforsten, die ein Gebiet größer als Bayern bedecken.

Daß diese Wälder noch eine Menge anderer Werte enthalten, ist selbstverständlich. Erinnert sei hier nur an die jagdlichen Möglichkeiten, die kaum zu über treffen sind.

Die Finanzen

Die Gesamteinfuhr betrug 1935 32 000 000 Dollar, die Ausfuhr 224 000 000 Dollar, plus Reingoldausfuhr nach den USA. im Werte von 16 000 000 Dollar. Wie man sieht, eine äußerst günstige Bilanz. Zudem ist das Territorium schuldenfrei. Auch die vier National- und die elf Territorialbanken können ihre Bilanzen sehen lassen. Zusammen hatten sie 1935 einen Überschuß von 780 000 Dollar und wiesen einen Einlagenbestand von 12 000 000 Dollar auf. Die Währungseinheit ist der US-amerikanische Dollar.

Der Verkehr

Die gesamte Entwicklung des Verkehrs darf als günstig bezeichnet werden, ist trotzdem aber noch sehr entwicklungsfähig, besonders in den nördlichen Gebieten. Die eigentlichen Verkehrsmittel Alaskas sind das Schiff und das Flugzeug, in ihrer Ergänzung als Großlast- und als Großraumbewältiger.

Schiffsverkehr. Etwa 3000 Schiffe laufen jährlich die Häfen Alaskas an, meist Küstendampfer, die zwischen den Südhäfen Alaskas und Seattle, Vancouver und San Francisco verkehren. Einige Bedeutung hat auch die Schifffahrt auf dem Hudson, der bis ins kanadische Gebiet hin befahren wird.

Flugverkehr. Mit seinen großen Entfernungen und seinem Mangel an guten Landverbindungen bildet Alaska ein ideales Feld für den Luftverkehr. Es bestehen schon etwa 80 Landungsplätze, die von 6 Fluggesellschaften mit 70 Flugzeugen benutzt werden. Die Hauptflugstrecke führt von Sitka über kanadisches Gebiet nach Fairbanks am Yukon, von dort entweder nach Nome an der Beringstraße oder nach Holy Cross am unteren Yukon. Ein weiterer Ausbau des Flugnetzes ist geplant, wobei von Alaska vor allem der Anschluß an die US-amerikanischen Strecken gewünscht wird. Sollte der Transpolar-Luftverkehr Europa—USA. verwirklicht werden, so wird sich die Bedeutung Alaskas für die Luftfahrt noch steigern.

Eisenbahnen. Die südlichste Eisenbahnlinie führt von Skagway nach White Horse und stellt so die Verbindung zum kanadischen Klondykedistrikt her. Die North Western Railroad geht von Cordova nach Copper Center und stellt mit dem Tanana River die Verbindung der Küste mit Fairbanks und dem Yukontal her. Fairbanks ist außerdem noch durch die Bahn der Alaska Railroad mit Seward verbunden. Endlich gibt es noch zwei kleinere Stichbahnen von der Küste in das Innere der Sewardhalbinsel an der Behringstraße.

Ein weiterer Ausbau des Bahnnetzes dürfte nicht zu erwarten sein, da Flugverkehr und Autostraßen rentabler sein werden.

Straßen. Das Wegenetz ist noch sehr unentwickelt und besteht außer einigen festen Straßen im Süden vor allem aus markierten Schlittenwegen, auf denen sich der Lokalverkehr abwickelt, der sich des berühmten arktischen Hundeschlittens besonders bedient.

Ein Anschluß Alaskas an den geplanten Panamerican Super-Highway ist erwogen worden. Sollte der Gedanke in die Tat umgesetzt werden, so sieht Alaska u. a. einer großen touristischen Zukunft entgegen.

Postverkehr. Die Südküste bis Dutch Harbour ist mit einem dichten Netz von Funkstationen versehen, die mit drei Radiosendern die Hauptverbindung zwischen den kleinen Ortschaften herstellen.

180 Postämter versehen einen guten Postdienst, wobei der Hundeschlitten eine wichtige Rolle spielt.

Die Besetzung Nordalaskas mit telegraphischen und metereologischen Stationen ist dünn und bedarf weiteren Ausbaus.

Die strategische Bedeutung

Sie ist in der Tatsache begründet, daß Alaska mit den Aläuten die Brücke zwischen Amerika und Asien bildet. Außerdem ist das Land Ausgangsbasis der USA. für den Pol.

Unalaska (Aläuten) ist der nördliche Punkt einer Linie, die von Pago-Pago (Samoa) über Pearl Harbour (Hawai) nach Dutch Harbour führt. Die Verteidigung dieser Linie dürfte einer der Hauptaufgaben der US.-Navy sein. Wie der inzwischen abgedankte Flottenchef, Admiral Hepburn, der Presse erklärte, sollen die diesjährigen Manöver (vgl. Geopolitik, Heft 7/1938) ein „full dress rehearsal for a wartime defense“ werden. Bei den Meldungen war im Hinblick auf Alaska noch besonders beachtenswert, daß Kyska Harbour auf der äußeren Aläuteninsel als Marinestützpunkt in den Manövern dienen soll. Seit dem Ablauf des Washingtoner Flottenvertrages (1922—1936) fallen zudem noch die Rüstungsbeschränkungen der USA. und Japans hinsichtlich der Aläuten bzw. der Kurilen fort. Eine neue Befestigung der Inselgruppen ist zu erwarten; der Bau eines großen Flughafens auf den Aläuten wurde schon in der Presse angekündigt.

Auch auf dem Festland soll ein moderner Flughafen mit unterirdischen Schuppen und Platz für 1200 Maschinen angelegt werden. Die Landesverteidigung dürfte sich vor allem auf Fort S. Michael an der Beringstraße und Cold Bay, Wide Bay, Cordova im Süden stützen.

Diese Sicherungsmaßnahmen zeigen deutlich, wie man in Washington die Bedeutung Alaskas einschätzt. Alarmierend dürften hier besonders die Bemühungen und Erfolge der Sowjetunion in der Arktis gewirkt haben. Der Weg vom Weißen Meer nach Wladiwostok führt durch die Beringstraße. Als Stützpunkt für den Schiffsverkehr wird auf der Tschuktschen Halbinsel bei Kap Prowidenije ein Hafen gebaut, Petropawlowsk auf Kamtschatka ist erweitert und ein wichtiger Flughafen geworden. Durch all diese Maßnahmen rückt die UdSSR. erheblich näher an das wertvolle Alaska. Wie die USA. auch immer mit der Sowjetunion stehen mögen, die Geschichte gerade Alaskas hat gezeigt, wie gefährlich es ist, wenn ein Staat die rechtzeitige Sicherung seiner Gebiete vergißt. Im Hinblick auf Japan sei nur erwähnt, daß moderne Bomber ohne Zwischenlandung von Kyska nach Tokio und zurück fliegen können.

Ein kommender Transpolar-Luftverkehr wird, wie schon angedeutet wurde, weiter die Bedeutung Alaskas erhöhen. Schon aus rein wirtschaftlichen Gründen dürfte dieser bald zu erwarten sein. Die kürzeste Verbindung von New York nach London führt über Alaska, die mit Tokio dicht an Alaska vorbei (s. Globus). Point Barrow und Nome scheinen ausgezeichnete Stützpunkte für diese Zwecke zu sein und werden sicher einmal eine bedeutsame Rolle spielen. Schließlich noch ein paar Tatsachen, die diese Vermutungen begründen:

Nobile, Ellsworth und Amundsen überflogen 1926 mit der „Norge“ den Pol von Spitzbergen aus und landeten nördlich von Nome. — 1928 startete der Amerikaner Wilkins von Point Barrow, um nach einundzwanzigstündiger Fahrt über die Arktis Spitzbergen zu erreichen. — Im Juli 1937 flogen die Sowjetrussen Gromow, Yumashev und Danilin in einem Nonstopflug über den Pol von Moskau bis San Jacinto in Kalifornien und stellten mit 6625 Meilen einen neuen Weltrekord auf. Der Flug ging dicht an der Grenze Alaskas über kanadisches Gebiet.

ALBRECHT HAUSHOFER:**Berichterstattung aus der atlantischen Welt**

Wenn ein Spottbild aus dem Fernen Osten in diesem Heft für die drei hauptsächlichsten Fieberstellen des Erdballes die Temperaturen anzeigt, und dabei für den Fernen Osten auf steigende, für Spanien auf gleichbleibende, für die Tschechoslowakei auf fallende Temperaturen weist, so prägt sich darin der Standpunkt des Zeichners aus. Denn von fallenden Temperaturen in der Tschechoslowakei und damit in Mitteleuropa, kann auch angesichts der Mission Lord Runcimans nicht wohl gesprochen werden. Das Gleichbleiben der Temperatur auf der Iberischen Halbinsel wollen wir allerdings auch zu Beginn dieses Herbstes nicht bestreiten.

Was immer sich in Spanien geändert haben möge: einer Tradition ist Spanien treu geblieben: Spanische Kriege haben noch immer lange gedauert; und spanische Bürgerkriege waren im einzelnen ihrer Züge immer noch etwas wilder und unberechenbarer als andere. Die letzten Wochen haben das Bild des spanischen Krieges nicht wesentlich verändert. Zwar ist es den vereinigten Armeen der Generale Saliquet und Queipo de Llano im Südwesten des Landes gelungen, eine störende Ausbuchtung der Front am mittleren Guadiana in schnellem Ansturm zu beseitigen. Dadurch ist die Verbindung zwischen dem Norden und dem Süden Nationalspaniens wesentlich breiter geworden; die Bedrohung von Merida hat aufgehört, die von Cordoba ist wesentlich vermindert worden; zugleich sind einige wichtige Bergbauggebiete, vor allem das Quecksilbergebiet von Almaden, dem Zugriff Francos nähergerückt. Aber zu einem Durchbruch größeren Stils ist es auch hier, an der Grenze der Provinz Ciudad Real, nicht oder zum mindesten noch nicht gekommen. An der Mittelmeerküste aber ist der Angriff auf Valencia zum Stocken gekommen — nicht zuletzt deshalb, weil es den Katalanen und ihren internationalen Verbündeten gelungen ist, mit einem überraschenden Angriff südwärts über den Ebro zu stoßen und sich wieder in den Bergen westlich und nordwestlich von Tortosa einzunisten, die im Frühjahr mit schweren Verlusten von den Nationalisten bei ihrem Vorstoß zum Meer genommen worden waren. Die methodische Kriegführung Francos gebietet, diesen Brückenkopf am Ebro wieder zu beseitigen; solange das nicht geschehen ist, kann der Angriff nach Süden nicht weitergetragen werden. Ohne daß nun der endgültige Erfolg des Krieges zweifelhaft würde, ist damit allerdings über eines entschieden worden: daß es noch einen dritten Winter des Krieges für Spanien geben wird; einen dritten Winter, in dem alle Kräfte der europäischen Diplomatie dazu nötig sein werden, die weitere Ausbreitung des Konfliktes zu unterbinden. Dies um so mehr, als die Sowjetunion sich offenbar entschlossen hat, den Konflikt mit Japan nicht weiterzutreiben. Das bedeutet eine neuerliche Westwendung der sowjetrussischen Politik mit allen Folgen, die für Europa daraus erwachsen können. Auf der anderen Seite rückt die Möglichkeit, das englisch-italienische Abkommen in Kraft zu setzen, damit neuerdings in weite Fernen. Chamberlain weiß genau, daß die verzögerte Besserung der Mittelmeerbeziehungen sehr leicht in eine neue Verschlechterung umschlagen kann — zumal wenn der englische Plan der Freiwilligenrückziehung neuerdings in Notenwechseln und Kommissionsberatungen stecken bleibt.

Angesichts der spanischen Erfahrungen ist nun dringend zu hoffen, daß die

Mission Lord Runcimans zu klaren Einsichten und klaren Entscheidungen führt, bevor der Fieberthermometer in Mitteleuropa seinen oberen Grenzwert erreicht...

Es ist nicht leicht, über die Vorgänge der letzten Wochen in Europa zu berichten, ohne sie zu der tschechischen Staatskrise in Beziehung zu setzen — ob es sich nun um die Festigung der polnisch-rumänischen Beziehungen, um ungarische Staatsbesuche in Rom und Berlin, um die Konferenz der Kleinen Entente mit ihrem Ergebnis: der Anerkennung der militärischen Gleichberechtigung Ungarns (nachdem die Gleichberechtigung Bulgariens schon anerkannt war), um britische Handelsvorstöße im ganzen Donaugebiet handeln möge. Alles das sind Vorgänge mit doppeitem Gesicht. Wenn man optimistisch in die Zukunft schaut, wird man geneigt sein, in alledem Positionsmanöver zu sehen, dazu bestimmt, möglichst günstige Ausgangstellungen für kommende Verhandlungen des allgemeinen Ausgleichs zu beziehen. Eine sehr viel ernstere Bewertung liegt allerdings näher.

Hier nun sind wir gezwungen, britische Wirtschaftsunternehmungen an der Donau, aber auch die Runciman-Mission, in Zusammenhang zu setzen mit den Äußerungen amerikanischer Staatsmänner, die unangenehm und vernehmlich genug über den Atlantik herüberschallen. Manche der dabei gebrauchten Formulierungen kommen uns seltsam vor. Wer denkt daran, Kanada anzugreifen, das durch zwei Ozeane von allen möglichen Stellen der Gefahr getrennt ist? Wer könnte auch nur den Versuch machen, Kanada anzugreifen, selbst wenn es sich herausstellen sollte, daß Kanada zur Waffenfabrik der britischen Insel ausgebaut wird, daß die Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten nach Kanada für den Kriegsfall ausdrücklich von allen Neutralitätsbestimmungen ausgenommen ist? Welchem Zweck können dann die Reden Roosevelts und Hulls dienen, wenn sie nicht möglichen Kriegsgegnern des Britischen Empire klarmachen sollen, daß sie auch mit der aktiven Gegnerschaft der Vereinigten Staaten zu rechnen haben? Roosevelt selbst ist ja nicht eine politische Figur, die im Jahr 1932 ohne Vergangenheit gewesen wäre, als die Hoover-Depression den Demokraten den Weg zur Verantwortung freigab. Gewiß war Roosevelt durch lange Jahre der Krankheit, der erzwungenen Untätigkeit gegangen. Aber man soll und darf darüber nicht vergessen, daß Roosevelt einer der aktivsten unter den jüngeren Mitarbeitern Woodrow Wilsons gewesen ist. Der damalige stellvertretende Marineminister und der heutige Präsident sind schließlich ein und derselbe Mann; und Schlagworte, die der eine zu handhaben wußte, Waffen, die er sehr wohl einzusetzen verstand, stehen auch dem anderen zur Verfügung. Und die propagandistische Lage ist in den Vereinigten Staaten heute nicht so, daß es zweier Jahre bedürfte, um die Bevölkerung zum Einsatz gegen die nichtdemokratischen Großmächte zu bewegen.

So treten wir in den Herbst 1938 unter Vorzeichen, die seit dem Sommer 1914 nicht mehr in dieser Stärke zu beobachten waren...

Das enthebt uns nicht der sorgsamten Beobachtung von Einzelvorgängen auch dort, wo ein unmittelbarer Zusammenhang weder mit der Tschechoslowakei noch mit Spanien noch mit China besteht.

So verzeichnen wir denn als erstes eine weitere Zuspitzung nicht nur des palästinensischen Problems, sondern der gesamten Beziehungen zwischen den Arabern und den Westmächten. Auch verschärfter Belagerungszustand in weiten Teilen des doch verhältnismäßig kleinen Landes Palästina reicht offenbar nicht aus, um Juden

und Araber an gegenseitigem Totschlagen zu verhindern; vor allem aber scheint es trotz allen Absperrungen noch nicht gelungen zu sein, die weitere Waffenzufuhr zu unterbinden. Je länger die Krise dauert, desto mehr aber schalten sich die unabhängigen oder halbunabhängigen Araberstaaten ein; und je geringer die Lust der Franzosen ist, sich nach der Sandschakregelung noch mit syrischen Belastungen zu plagen, desto größer ist der Anreiz für Irak und Transjordanien, Ägypten und Saudi-Arabien, sich um Gebiete zu kümmern, über deren letzte territoriale Zukunft noch keineswegs entschieden ist.

Beobachtung verdient das immer selbständigere und wirksamere Hervortreten der türkischen Außenpolitik, die aus einem Zustand kluger und vorsichtiger Sicherung nach allen Seiten allmählich dazu übergeht, von sich aus in anderen Gebieten regelnd einzugreifen. Man wird sich daran gewöhnen müssen, daß eine längere Periode folgerichtiger Entwicklung, verbunden mit Verkehrserschließung und Innenkolonisation, aus dem heutigen türkischen Staat, d. h. aus Kleinasien, die bedeutendste Macht des östlichen Mittelmeeres machen kann.

Im britischen Afrika sind nun mehrere Kommissionen am Werk, welche die Aufgabe haben, künftige Grenzen und Gemeinsamkeiten abzustecken. Sie werden sowohl vom Nationalismus der Buren Südafrikas wie von Indien her mit sorgender Wachsamkeit beobachtet.

Aus Südamerika ist ein neuer vorläufiger Chaco-Friede zu melden: Bolivien und Paraguay haben sich nunmehr dem Schiedsspruch der amerikanischen Vermittlermächte unterworfen und sind bereit, die von diesen auszuarbeitende Grenze anzuerkennen. Zu gleicher Zeit aber gibt es neuen Streit an der Wetterecke des oberen Amazonas und eine weitere Verschärfung in dem wirtschaftspolitischen Spannungszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko. Der aus Mexiko abgereiste britische Gesandte aber übernimmt im Augenblick die Wacht in der britischen Beobachtungsbotschaft zu Hendaye...

KARL HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

Die Widerstands- und Erneuerungskraft der „Gelben Erde“ — die im wesentlichen bestimmt wird durch zwei Riesenströme inmitten und zwei Riesenströme an den Grenzen des chinesischen Kultur- und Volksbodens — richtig einzuschätzen, ist jetzt die geopolitische Leitaufgabe für den Indopazifischen Bereich.

Es ist unvermeidlich, daß sich dabei voraussetzungslose und zweckbestimmte Beobachtung scheiden muß. Dabei berühren sich — soweit sie objektiver Wahrheit dienen wollen — amerikanisch-östliche und mitteleuropäische Darstellung; und so werden wir vom deutschen Standpunkt u.s. amerikanische Auffassungen, wie sie das Januarheft der „Geogr. Review“ (Anh. 1) für die Erntetragfähigkeit und ihren Zusammenhang mit der Besitzverteilung bietet (Glenn T. Trewartha) und für die ausschlaggebende Bedeutung des Jangtsetals (Anh. 2; J. E. Spencer, Paksien, Chungking, China) mit ihren vorzüglichen Quellenangaben als verlässige Grundlage übernehmen können.

Wir sehen aus ihren Karten die verhängnisvolle Tatsache, daß gerade die chinesischen Länder mit der labilsten Zwergbesitzverteilung am härtesten getroffen

sind, daß also schon aus rein geopolitischen Gründen besonders schwere soziale Erschütterungen gerade an den Nahtstellen des Reiches vorausgesagt werden können. Die Binnenbruchlinie zwischen Reisgebiet und Weizengürtel, dann Hirsellandschaft verschärft den außenbürtigen japanischen Druck. Es ist merkwürdig, wie auf der Weizenkarte Chinas die alte Wanderstrecke der Rasse von Sinkiang über Kansu, Shensi, Honan zum Meere, mit der Gabelung Schantung—Anhui, sich heute noch im Vorwalten des Weizens in den Ernteerträgen abzeichnet. Ebenso trennt den weiten Volksboden die schon von Richthofen beobachtete Scheidelinie zwischen dem vorwiegenden Steppenverkehr mit Karawanenstraßen des Nordwestens und dem Wasserverkehr auf den mehr als 70000 km der von A. Fang errechneten Wasserwege der Mitte und des Südens.

Was freilich mit solchen Übersichtskarten nicht erreicht werden kann, das ist die Kenntnis der weitgehenden, teils katastrophalen, teils periodischen Ertragschwankungen, die für kriegerische Auseinandersetzungen, wie eben jetzt, eine entscheidende Rolle spielen (vgl. Hungerkarte von Szechuan, Geopolitik 1938, H. 8).

Dennoch ist, als Hankau unhaltbar wurde, die chinesische Zentralregierung auf Chungking westlich der Jangtsestromschnellen ausgewichen; sie hat dadurch den Willen bekundet, soweit als möglich, einerseits von den nordwestlich überwiegenden Roten, andererseits von den südwestlich vorherrschenden Westmächten, unabhängig zu bleiben und sich auch im Raum auf Chinas letzte, innerste Reserven zu stützen. In Chungking sollen unterirdische Fliegerschutzanlagen für einstweilen 60000 Menschen in dem dafür günstigen höhlenreichen Gelände vorbereitet sein, entsprechend dem alten Weisheitswort: „Wer am tiefsten geht — baut am sichersten!“ (Anh. 3 — North China Herald, Bd. CCVII, S. 393.)

Die von Lesern zuweilen berührte Frage, wie es denn möglich werden soll, daß Ostasien sich wirtschaftlich erhole, wird von allen Außenseitern sehr ernst betrachtet werden müssen — gleichviel wie der „Zwischenfall“ endet — (für dessen Überwindung sich Japan immer stärker in der Regierung macht (Anh. 4), aber jetzt schon erklärt, daß es keine Entschädigung für Verluste Dritter zahlen wird, wohl aber Monopole über Monopole errichten). Der Ferne Osten war durch Jahrtausende im wesentlichen autarkisch. Wer immer dort die Führung erlangt, wird zunächst nach Wiederherstellung der Autarkie streben, wird seinen Raum durch Monopole (Wolle, Seide, Baumwolle, Nahrungsmittel, Chemie) aufs höchste ausnutzen, fremde Güter zurückstoßen, mit eigenen schleudern müssen, wenn irgendeine Erholung stattfinden soll. Das bedeutet eine Zurückschneidung an Aufnahmefähigkeit, Abschnürung des Fernostmarktes für Ortsfremde auf lange Zeit, gleichviel ob sie für China oder Japan Partei genommen haben: Abschreibungen, schwankende Katastrophen- und Kriegskonjunktur, Verluste, Zusammenziehung!

Siegt Japan, so werden Binnen- und Küstenverkehr zwangsläufig unter seine Kontrolle geraten, und seine Kriegswirtschaft wird lange auf den besetzten Teilen Chinas lasten, aber der ungeheuren Abstoßungskraft chinesischen Nationalboykotts, passiven Widerstands — auch wohl des Partisankrieges, des furchtbaren „Aschen“-prinzips — begegnen, was aber von beiden Seiten her den Markt ruiniert und Marktfreiheit ausschließt, bei allgemeinem Güterverlust und gelenkter, alles eher als auslandfreundlicher Wirtschaft auf lange Sicht. Dazu schlägt sich die ohnehin immer endemische Cholera mit pandemischen Vorstößen und die sonstige Kriegsseuchen-

bekämpfung mit allen ihren verkehrshemmenden Reizen und vielsprachigen Papieren, ihrem weiten Torheitsspielraum für improvisierte Bürokratie.

Die Notwendigkeit besteht, weit über die vorhandenen Bestände hinaus für großräumige, vielfach nur auf den Hauptverkehrslinien besetzte Gebiete eine militärische und zivile Behelfsbürokratie zu schaffen, die weit von den nach Hirao geforderten kontinentalen Gesichtspunkten mit Weitblick entfernt ist und unvermeidlich nicht nur mit den Chinesen, sondern auch allen andern unmittelbaren und mittelbaren Angrenzern Chinas in dauernde Zwischenfälle gerät. Darin, daß Japan dafür nicht genügend vorgesorgt hat, sehen wir eine der ernstesten, bodenwüchsigen Gefahren für einen japanischen Erfolg, von der Zwischenfallfreudigkeit der Sowjets ganz abgesehen (siehe Drei-Länder-Ecke).

Daß man in Indochina beim Anfliegen so vieler See- und Luftstreitkräfte in nächster Nachbarschaft um Hainan nervös wurde, macht die beigegebene Spottzeichnung ohne Begleitworte verständlich. Daß die japanische Kriegsmonopolwirtschaft chinesische Nachbarwünsche aufweckt, daß sie Unbehagen sowohl auf die in Lauerstellung befindlichen wie auf die befreundeten Mächte überträgt, zeigt das Spottbild 2; wie sehr die Welttemperatur im Fernen Osten, im Gegensatz zu dem bereits stark verbrauchten spanischen Thermometer und dem doch räumlich viel bescheideneren tschechoslowakischen Meßgerät in die Höhe geht, mag an dem dritten Spottbild abgelesen werden.

Dabei sind noch die Temperamente der Ablesenden in Betracht zu ziehen; dafür ist es vor allem wichtig, sich klarzuwerden, wie weit zwischen den beiden, in manchen Richtungen, namentlich in ihrer insularen Denkweise doch ähnlichen Inselreichen der Alten Welt, wenigstens gewisse Grundlagen möglicher Verständigung offenzuhalten sind. So sagen sich der Liverpooler Brite Allen (Anh. 5) und der Japaner Hasegawa im „Oriental Economist“ (Anh. 6) mit schöner Offenherzigkeit, was ihnen gegenseitig voneinander auf die Nerven geht und worin sie sich verständigen könnten, was sie doch geraume Zeit mit viel Erfolg getan haben, bis die Vereinigten Staaten den Inselreichflirt störten, ohne beiden entsprechende Gegenleistungen zu bieten. Dagegen flirtet man in Nordamerika, und zwar nicht nur in Kreisen des USA.-Salonbolschewismus und -kommunismus, sehr stark mit „Russisch-Asien als Rohstoffmagazin“, und es ließen sich — nach einem bösen Weltkriegsspottlied aus Paris — seltsame Kombinationen zwischen den in Neuyork „Arrivierten“ und den in Osteuropa noch „nicht Arrivierten“ denken, deren Spuren man gut im Inst. of Pac. Rel. (Anh. 7) verfolgen kann.

Vorläufig liegen ja die möglichen russisch-japanischen Kampf Räume für die Vereinigten Staaten „weit hinten“; selbst wenn sich die ersten Zwischenfälle zwischen der japanisch-mandschurisch-russischen Drei-Länder-Ecke (übrigens auf altmandschurischem, erst um die Mitte des XIX. Jahrhunderts von Rußland geraubtem Boden) weiterentwickeln sollten. Wie im Weltkrieg, gedenken die Vereinigten Staaten wohl erst ganz zuletzt zum Einkassieren der Rüstungsschulden hervorzutreten. Bis dahin gilt: „Business as usual“.

Die Verkehrsmittel unserer Zeit haben doch dem Raum viel von seiner trennenden Kraft genommen, was gerade die ostasiatisch-russische Grenze deutlich macht. Denn die Gobi — ehemals als Trennungszone respektiert — hat mit der Motorisierung vieler Truppen diese Abwehrkraft teilweise eingebüßt, und

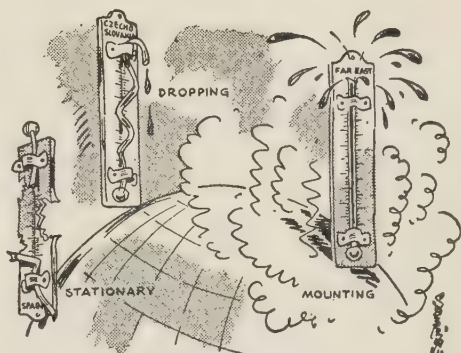
Barga wie Innere Mongolei dürfen heute für bewegliche und nicht allzu kopfstarke Truppenkörper als wohl überwindbare Durchgangsräume mit großen Überraschungsmöglichkeiten gelten. Daß Feuer und Wasser durch ihr unzulängliches Vorhandensein bei Brennstoff- und Niederschlagsmangel hier feste wehrgeopolitische Schranken der Massenfaltung ziehen, weist Plaeschke in seinen



Dangerous Neighbourhood



Room For All



World Temperatures

vorzüglich verarbeiteten und reich mit russischen und anderen Quellenangaben belegten Reiseerfahrungen nach (Anh. 8).

Wir haben unsere Meinung über die Japan-Sowjet-Zwischenfälle bereits im Heft VIII/38 niedergelegt und vermessen an dem sichtlich von kecken Unterführern herbeigeführten Dreiländerübergreif der Sowjets das Überraschungselement, das wir für einen ernsthaften Kriegsbeginn auf Tod und Leben zwischen dem Vorkämpfer des Fernen Ostens und den Zwingherren Eurasiens in jähem Hervorbereiten fast sicher erwarten. Was bis jetzt vorliegt, sind Reizmotive, Verärgerungen, wohl auch Probepfeile, wieviel sich die Japaner gefallen lassen müssen,

um nicht den Zweifrontenkrieg in unpassender Stunde auf sich zu ziehen; was wir unter „Kriegsbeginn“ verstehen, das wird zwischen Japan und den Sowjets ganz anders aussehen. Daß es Japan peinlich ist, angesichts der in China erwachsenen Großkampflage am Jangtse ein volles Drittel seiner besten Streitkräfte gegen die Sowjetgrenze mit Gewehr bei Fuß Wache stehen zu lassen und darin durch den Dreiländerübergreif bestärkt zu werden, das wird ihm jeder Soldat und Wehrgeopolitiker nachfühlen können. Aber das lag vorhersehbar in den „geopolitischen Verhältnissen“ begründet, wenn je eine solche Hemmung vorherzusehen und einzurechnen war.

Für die rein geopolitischen Mißgriffe, die wehrtechnischen Unzulänglichkeiten und Raumschätzungsfehler der Feldzugseröffnung von 1937, die einen Teil der japanischen Generalität belasten, als er sich im Juli 1937 von der eigenen niederen Führung in Nordchina, von den Chinesen in Schanghai in die Bahnen des Zufalls fortreißen ließ und kraft seiner Willensüberlegenheit die Diplomatie hinter sich dreinschleppte, wird die in diesen Dingen sehr strenge japanische Geschichte der-einst scharfe, wenn auch verhaltene Rechenschaft fordern. Zu ihnen gehört die Unterschätzung der Flankenhemmung auch durch ein nicht aktiv auftretendes Rußland, des chinesischen Widerstands im „Aschen“prinzip und die Verkennung der Bodenschwierigkeit, namentlich beim aktiven Auftreten der chinesischen Ströme, auf das man doch gefaßt sein mußte, selbst wenn nur die Deichpflege unterblieb.

Damit ergaben sich für die chinesischen Verteidiger Vorteile ihres Kampfes um Zeitgewinn und für die fremden Wettbewerber Japans in Ostasien Sammlungsmöglichkeiten für gemeinsame Interessen, wobei selbst weitgehende Unterschiede der Wirtschafts- und Regierungsform vorübergehend ausgeglichen werden konnten. — Welche Rolle dabei auch der Nahe Osten, namentlich Palästina, spielen konnte, wenn auch gewiß nicht durch raumpolitische Bedeutung, wohl aber durch Lagengunst einer Art von weltpolitischer westöstlicher Drehscheibe und als Brennpunkt der dorthin zusammenstrahlenden jüdischen Weltpolitik aus Neuyork, London, Paris und Moskau, das beleuchtet der Herausgeber der „Tat“, Giseler Wirsing (Anh. 9), mit dem Scharfblick, der ihn bald darauf in Amerika die innere Brüchigkeit des Gefüges und böartige Unterströmungen erkennen ließ. Sein Buch „Engländer, Juden, Araber in Palästina“ ist nicht nur ein Schlüssel für die Vorgänge im Nahen Osten selbst und die Einsicht in die zusammenspielende Arbeit der verschiedenen jüdischen Zentralen, sondern auch zu dem wichtigen Übergangsschaltbrett vom Westen zum ganzen Osten, zu dem sich der kleine Landraum zwischen Nil und Tigris fast ähnlich ausbildet, wie einst in der alten Geschichte des Gegenspiels der beiden Stromländer. Nur hängen heute Lösungen für viel weitere Räume an den scheinbar kleinräumigen Schwierigkeiten, die augenblicklich den Westmächten im Nahen Osten Kopfzerbrechen machen und ihnen ihre Abhängigkeit von den jüdischen Drahtziehern in Neuyork und Moskau zum Bewußtsein bringen, auch wenn diese sich über Indien, Spanien oder die Tschechei betätigen.

Nach den Einblicken, die wir durch G. Wirsing in die Tätigkeit der jüdischen Zentralstellen, der „Jewish Agency“, der andern Verbände und Zeitungen namentlich bei Gelegenheit des Peel-Plans gewinnen, fragen sie nicht im geringsten nach den geopolitischen Möglichkeiten und Unmöglichkeiten des britischen Weltreiches oder irgendwelchen auf die Dauer haltbaren Konstruktionen, sondern nur nach

dem eigenen Augenblicksvorteil, dem durch sehr gewandt umgelagerten Druck sofort die Opposition, z. B. der britischen Labour-Führung mit ihrem siebenten jüdischen Dominion, vorgespannt wird.

Es kommt diesen Stellen auch gar nicht darauf an, die größten Gefahren für den Weltfrieden durch falsches Nachrichtenspiel und Übertreibungen heraufzubeschwören, wenn sie nur glauben, damit ihre deutschen oder italienischen Gegner zu treffen. Als Werkzeug in solchen Fällen ist dann wieder der Völkerbund gut genug, wie bei der Torpedierung des Peel-Berichts 1937 im britischen Unterhaus auf dem Wege über Weizmann-Ormsby-Gore, soweit ihn das „Jewish Chronicle“ vom 13. 8. 1937 ahnen ließ. Die dabei erzielten Erfolge lassen ähnliche Versuche und Vorgänge in viel größerem raumpolitischen Rahmen als durchaus möglich erscheinen. Darin liegt von dieser Seite die große Gefahr für den Weltfrieden, auch wenn augenblicklich an der Spitze der Westmächte Persönlichkeiten stehen, die sich ihrer Verantwortung durchaus bewußt sind, wie der Gefahren, die — zum Aufbrennen fertig — in Europa für die Tschechoslowakei, statt Spaniens, und im Nahen, Mittleren und Fernen Osten bereitgehalten werden, gewissermaßen „im Brodeln“ — welchen frivolen Ausdruck wir nicht dem eigenen Wortschatz, sondern dem Lenins entnehmen. Ist das „Brodeln“ der Araber, Chinesen und Juden (in Palästina selbst) noch nicht deutlich genug? Bedarf es zusätzlich auch noch mitteleuropäischer Fanale, wie sie Lord Runciman doch schwerlich übersehen will?

Wenn schon der Peel-Bericht über Palästina sagt, „die Politik der starken Faust sei ein dunkler Weg, an dessen Ende man kein Tageslicht mehr sehe“, dann müßte die Erfahrung im Nahen wie im Fernen Osten doch wahrlich davor warnen, kleine Gernegroße, die mit ihr spielen und auf diesen Weg hindrängen, im Orient oder im Okzident in diesem Tun zu bestärken — namentlich wenn „das Weltjudentum eine britische Politik durchkreuzt, die in erster Linie von den britischen Interessen selbst ausgeht“ —. Die erkannte London ehemals auch östlich von Suez!

Sollte diese schätzbare Fähigkeit aber in London — namentlich in Kreisen der dauernden Sekretäre oder von Männern, wie Harold Nicolson, z. B. bei seiner Besprechung des Buches von Aurel Kolnai: „The war against the West“ (Daily Telegraph vom 15. 7. 1938; Anh. 10) — verlorengegangen sein, so war Jawaharlal Nehru bei seinem Besuch in London der rechte Mann, sie wiederzufinden oder aufzuwecken, wo sie eingeschlafen war.

Als der indische Sozialistenführer am 6. 7. 1938 unter dem Patronat von Victor Gollancz, dem Buchhändlerfreund Komintern-Dimitrows, unter den Fittichen des „Left Book Club“ seine Rede über „Indien und die Weltpolitik“ hielt (Anh. 11), da klang einem auf weltumspannende Kolonisation gegründeten Reich ein Totenlied entgegen. Daraus sprach das feste Vertrauen, daß es nicht mehr weit bis zur indischen Unabhängigkeit sein werde und daß Indien dann fest vorhabe, seine weltpolitische Rolle zu spielen, aber nur gleich auf gleich mit den Resten des Britenreichs, wenn es mit dem Imperialismus gebrochen haben werde. Im selben Atemzug fast hielt Jawaharlal Nehru der beim Ausbruch der spanischen Wirren amtierenden französischen Volksfrontregierung vor, daß sie durch Verhinderung freiheitlicher Maßnahmen der linken spanischen Regierung in Marokko diesen den Zusammenbruch durch Francos Marokkaner gebracht habe. Noch peinlicher mag den erhaltenden Kräften beider Westmächte die Stelle geklungen haben: „Wir

werden unsere Macht entwickeln und in der richtigen Richtung brauchen. Das ist freilich noch ein Ideal ... aber es ist kein enges nationalistisches Ideal eines isolierten Indiens, abgeschnitten vom Rest der Welt. Wir glauben an eine Weltordnung, aber sie muß ... auf Gerechtigkeit und Freiheit gegründet sein, sonst ist es keine. Wir glauben an kollektive Sicherheit, aber bedenkt: jeder Versuch dazu auf einer ungerechten Grundlage kann nicht dauern. Die Grundlage muß Freiheit und Gerechtigkeit sein. Ihr könnt uns nicht zumuten, im Indien von heute den Status quo anzunehmen und ihn durch kollektive Sicherheit erhalten zu helfen.“ Genau dasselbe hat Deutschland gedacht, als es einen ihm aufgezwungenen Status quo samt Völkerbund verwarf. Warum nimmt ihm derselbe Jawaharlal Nehru das so krumm und die linke indische Presse mit ihm? Muß nicht oben wie unten gleiches Recht für alle gelten?

Anhang zum Geopolitik-Bericht über den indopazifischen Raum IX/38

1. Glenn T. Trewartha über Erntetragfähigkeit chinesischer Böden und ihren Zusammenhang mit der Besitzverteilung und landwirtschaftlichen Betriebsgröße in China. — Januarheft der „Geographical Review“, New York, 1938. — 2. Ebenda: J. E. Spencer, Paksien (Chungking) über die ausschlaggebende Bedeutung des Yangtsetales; beide Arbeiten mit zahlreichen, wohlgewählten Quellen. — 3. „North China Herald“, Bd. CCVII, S. 393, über Abwehrvorbereitungen in Chungking. — 4. Gute Schilderung des verstärkten japanischen Kriegskabinetts im „Transpacific“, Tokio 1938, Bd. XXVI, Nr. 23, S. 3, besonders der Persönlichkeitswerte der Generale K. Ugaki, Sadao Araki („General Araki speaks again“ — mit scharfer Anspornung der Leistung, namentlich akademischer Kreise, auch nicht ohne Widerspruch), dann des Finanzmannes Seishiro Ikeda und des Kriegsministers Seishiro Itagaki sowie seiner rechten Hand, General lt. Hideki Tojo. — 5. „The Oriental Economist“, Bd. V, Nr. 6, S. 360: G. C. Allen: „Japan and Great Britain.“ — 6. Ebenda, S. 364 ff., Nyozekean Hasegawa: „British and Japanese Civilisations“ — zwei in ihrer Art vortreffliche, auch kulturpolitisch wichtige Gegenüberstellungen dessen, was beiden Inselreichen voneinander auf die Nerven geht und worin sie sich verständigen könnten, worin sie sich immer werden mißverstehen müssen. Für psychologische Feinarbeit! — 7. „Far Eastern Survey“, Bd. VII, Nr. 14 vom 13. 7. 38: American Council, Institute of Pacific Relations, New York City, Kathleen Barnes: „Asiatic Russia-Storehouse of mineral wealth“ — zeigt gleichzeitig auf Grund sorgfältig durchgearbeiteter russischer Quellen den Reichtum Russisch-Asiens und die Zuneigung von akademischen USA-Kreisen zur Sowjetunion — auch wenn sie zu den zweifellos bestehenden bedeutenden Bodenschätzen noch hinzuphantasiert. — 8. Bruno Plaetschke: „Landschaftskundliche Wesenszüge der östlichen Gobi.“ Wissenschaftliche Veröffentlichungen des Deutschen Museums für Länderkunde zu Leipzig. N. F. 7, 1939, gibt neben verdienstvollen geographischen Schilderungen mehrfach, so auf S. 105, 122, 123, 126, 138 ff. wehrgeopolitische Hinweise von hohem Wert, kann bei Verschärfung der japanisch-russischen Grenzzwischenfälle große Bedeutung gewinnen und ist ein lebendiger Beweis dafür, welchen zusätzlichen Wert morphologische Beobachtungen sofort erlangen, wenn sich wehrgeopolitischer Scharfblick ergänzend zum rein wissenschaftlichen Forschungsergebnis schlägt. — 9. Giselher Wirsing: „Engländer, Juden und Araber in Palästina.“ Eugen Diederichs Verlag, Jena 1938; eine glänzende dynamische Zusammenfassung der weltumspannenden Bedeutung aller Lösungsversuche der Nahost-Fragen und ihrer beständigen Durchkreuzung auf allen Wegen, die britischem Reichsinteresse entsprechen würden, durch die mächtigen Einflüsse des Weltjudentums, die selten an einem einzelnen Untersuchungsgegenstand so quellenmäßig klargelegt werden können, wie eben im Gelobten Lande. — 10. Harold Nicolson: Besprechung von Aurel Kolnai: „The war against the West“ in „Daily Telegraph“ vom 15. 7. 38 — ein Angriff voll bitterster Voreingenommenheit gegen den deutschen Charakter und die nationalsozialistische Weltanschauung, von dem wir im Geiste des Alten Fritz eben wegen seiner Ungerechtigkeit nur wünschen könnten, daß er niedriger gehängt und verbreitet werde. — 11. Wortlaut der im höchsten Grad für die Ziele des linken Flügels der indischen Kongreßpartei aufschlußreichen Rede in „Amrita Bazar Patrika“ vom 13. 7. 38, S. 6 und 15.

JOSEF MÄRZ:**Die neue Lage auf dem Balkan**

Der Abschluß des Nichtangriffsvertrages zwischen Bulgarien und den vier Staaten des Balkanbundes ist in mehr als einer Beziehung bemerkenswert: Für Bulgarien fallen Fesseln der Friedensverträge, die es diskriminierten. Ein weiteres Stück des bösen Werkes von 1919 ist abgebrockelt, diesmal ohne daß seine bisherigen Nutznießer sich dagegen sperrten und Gegenleistungen großen Maßstabes verlangten. Ferner: die Genfer Liga ist weder um Vermittlung bemüht noch beim Vertragschluß erwähnt worden — es geht ganz ohne Genf, sogar wohl besser, als wenn es eingeschaltet worden wäre; dem Frieden ist so jedenfalls besser gedient. Endlich: der Vertrag ist ein untrügliches Zeichen für das Fortschreiten der Südostländer auf dem Wege zur absolut selbständigen Politik, wenngleich die Westmächte sich beeilt haben, irgendwelche Verdienste um das Zustandekommen der Verständigung anzumelden, ein Bemühen, das in seiner Gezwungenheit fast lächerlich wirkt. Je mehr der Kleine Verband an Inhalt verliert, seit sowohl Jugoslawien als auch Rumänien von sich aus ein besseres Verhältnis zu Ungarn herzustellen bestrebt sind und das im August auf der Bleder Tagung des Kleinen Verbandes bekundet haben (und die Person des neuen rumänischen Staatssekretärs für die Volksgruppen, Silviu Dragomir, scheint eine gute Bürgschaft zu sein, desto enger werden die Beziehungen, die sich seit 1934 zwischen den Teilhabern des Balkanbundes angebahnt haben. Damals war dieser Bund noch deutlich gegen Bulgarien gerichtet, von dessen Seite Revisionsforderungen erwartet wurden, und Griechenland war damals der treibende Geist, Jugoslawien am wenigsten aktiv und beitriffsgeneigt, weil seine Staatsführung schon die zweiseitige Verständigung mit Bulgarien eingeleitet hatte. Inzwischen ist, dank einer zielbewußten Politik, die Führung mehr und mehr auf Jugoslawien übergegangen, und die anderen Staaten tragen dem Rechnung und passen sich der neuen Freundschaft Jugoslawien-Bulgarien an. Man kann nicht daran zweifeln, daß diese Freundschaft nicht nur ernsthaft und aufrichtig, sondern auch sehr fest ist. Sie muß als Tatsache in die politischen Rechnungen eingestellt werden.

Bulgarien muß eigentlich, für das Zugeständnis, seine Wehrmacht von Beschränkungen frei zu erhalten, nur eine Gegenleistung machen, die aber nicht übermäßig ins Gewicht fällt. Seine Nachbarn werden von vertraglichen Verpflichtungen befreit, die sie im Friedensvertrag von Lausanne 1923 übernommen hatten. Im „Abkommen über die Grenze von Thrazien“ wurde damals bestimmt, daß — außer beiden Ufern der Meerengen und der Halbinsel Gallipoli — unbefestigt zu lassen oder zu entmilitarisieren seien: je etwa 30 km beiderseits der türkisch-bulgarischen, der griechisch-bulgarischen und der griechisch-türkischen Grenze, wobei im türkischen Gebiet die Stadt Kirk-Kilissi mit 5 km Umkreis und auf bulgarischem Harmanli mit 5 km Umkreis ausgespart blieben. Den drei Staaten waren in dieser Zone erlaubt: Sondereinheiten für innere Ordnung und Grenzüberwachung (Grenzschutz- und Zollmannschaften, Polizei, Gendarmerie) in Stärke von 5000 Mann auf türkischer, 2500 auf griechischer und ebenso 2500 Mann auf bulgarischer Seite, im letztgenannten Falle unbeschadet der militärischen Bestimmungen des Vertrages von Neuilly. Artillerie durfte in dieser Zone nicht stehen, sie mit Heeres- oder Seeflugzeugen zu überfliegen, war verboten. Diese Beschränkungen fallen nunmehr weg, Adrianopel ist bereits wieder türkischer Truppenstandort geworden.

HANS HUMMEL: Kurznachrichten

ÄGYPTEN. — Mitte August wurde eine bedeutende Erweiterung des Flottenstützpunktes von Mersa Matruh am westlichen Teil der ägyptischen Mittelmeerküste beschlossen.

BELGIEN. — Der Geburtenüberschuß betrug in Belgien 1937 nur 21332 gegen 59872 im Jahre 1913. In 14 von den 41 belgischen Provinzen war ein Geburtenunterschuß zu verzeichnen, sämtlich wallonische Provinzen und die Provinz Brüssel.

BRASILIEN. — Die Aufhebung der Nationalitätenrechte in Brasilien wirkt sich auch besonders stark auf die polnische Kolonistenschaft aus, deren Heimatsprache als Schul- und Kirchensprache verboten wurde. Aus Warschau wird Anfang August berichtet, daß mit dem letzten, sonst an 800 Auswanderer befördernden Dampfer von Gdingen nur ein einziger Pole nach Brasilien kam. — Mit den auf 50 Jahre vergebenen Konzessionen Fordlandia am Tapajoz und Belterra bei Santarem, beide im Bundesstaat Para, als Basis wurde die „Companhia Ford Industrial do Brasil“ zum Zwecke des Kautschukanbaus gegründet. Aus Hinterindien werden Kautschukstecklinge nach Fordlandia eingeführt, wo bereits eine moderne Stadt entstanden ist. Zur Zeit bearbeiten 1500 Mann Belegschaft die schon ungefähr vorhandenen 3 Mill. Plantagenbäume.

BULGARIEN. — Am 31. Juli wurde zwischen Bulgarien und den Staaten des Balkanbundes, also Griechenland, Jugoslawien, Rumänien und der Türkei, in Saloniki ein Abkommen unterzeichnet, das einen gegenseitigen Nichtangriffspakt vorsieht, die Militär-, Flotten- und Luftfahrtsklauseln des Friedensvertrages von Neuilly für Bulgarien aufhebt und auf die einschränkenden Bestimmungen für die thrakischen Grenzzonen (Vertrag von Lausanne 1923) verzichtet. Mitte August rückten die bulgarischen, griechischen und türkischen Truppen in die entsprechenden Grenzzonen Thrakiens ein.

BURMA. — Ende Juli in Rangun ausgebrochene Unruhen zwischen buddhistischen Burmesen und Hindu-Indern wegen der Veröffentlichung eines buddhistenfeindlichen Buches führten zu scharfen Abwehrmaßnahmen der britischen Behörden. Die Burmesen aus den indischen Stadtteilen und die Inder aus den burmesischen Stadtteilen wurden abtransportiert.

CHINA. — Am 26. Juli rückten die Japaner in Kiukiang, der Schlüsselstellung am Yangtse nördlich des Pojang-Sees ein. Nachdem am 1. August der nördliche Flügel der japanischen Yangtse-Truppen Susung an der Grenze der Provinzen Anhwei und Hupe erobert hatten, waren die Ausgangsstellungen für die Offensive gegen Wuhan (Hankau) erreicht. Nach einem umfangreichen Luftbombe-

ment auf Wuhan am 12. August und einem die Mittelstellungen verbessernden Westvorstoß von Kiukiang gingen der Südflügel am Pojang-See und der Nordflügel vor Luan zur Offensive gegen Hankau über, während es im Zentrum bei Kiukiang verhältnismäßig ruhig blieb. Die Offensive am Südflügel wurde am 22. August, am Nordflügel am 23. August eröffnet. — Seit Mitte August wüten mit dem Herd in Kiukiang auf beiden Fronten nach Berichten der „Times“ Seuchen wie Typhus und Cholera. — Am 25. August lehnte der Sprecher des Tokioter Außenamtes jede Verantwortung für die Zivillflugezeuge ab, die in dem von den Japanern als Kriebsraum festgestellten Raum Flüge ausführten. — Im Verlaufe japanisch-britischer Verhandlungen über 150 von den Briten aufgestellte Forderungen wegen der britischen Interessen vor allem an der chinesischen Binnenschifffahrt und dem Bahnverkehr erklärte Minister Ugaki Ende Juli, daß Japan zwar die Interessen dritter Mächte respektiere, daß aber die strategischen Interessen voringen.

DEUTSCHES REICH. — Der Besuch des ungarischen Reichsverwesers Admiral von Horthy Ende August fand am 24. August durch einen Empfang beim Führer in Berlin seinen Höhepunkt, bei dem Trinksprüche gewechselt wurden. Beide Staatsoberhäupter bekundeten die Gemeinsamkeit der Arbeit und der Ideale der beiden Völker, der Führer stellte u. a. fest, daß Deutschland und Ungarn nach den letzten Ereignissen ihre endgültige historische Grenze gefunden haben. — Am 11. August landete das Focke-Wulf-Flugzeug „Condor“ FW 200 nach einem Rekord-Nonstop-Flug von Berlin nach USA. auf dem New Yorker Flughafen. Es kehrte sofort wieder zurück und traf am 14. August wieder in Berlin ein, nachdem es wiederum sämtliche Rekorde unterboten hatte. — Für das erste Halbjahr 1938 lag für die 56 deutschen Großstädte des Altreichs die Geburtenziffer mit 174000 um mehr als 5% höher als gegen die gleiche Zeit des Vorjahres und stieg also von 15,9⁰/₁₀₀ auf 16,5⁰/₁₀₀.

FINNLAND. — Mitte August beschloß eine Versammlung finnischer Industrieller am Ladogasee, von der Regierung unverzüglich den Bau eines direkten finnischen Kanals vom Ladogasee nach der Ostsee zu fordern, da die Sowjets vertragswidrig die Newadurchfahrt für finnische Handelsschiffe gesperrt haben. — Die Finnische Luftfahrtgesellschaft Aero will eine Fluglinie Helsinki—Reval—Riga—Kauanas—Königsberg—Berlin eröffnen.

FRANKREICH. — In einem Interview für die „Revue de France“ erklärte der ehemalige Ministerpräsident Flandin am 29. Juli, daß Frankreich in der Frage der Verständigung mit Deutschland wählen müsse, ob ihm die

Ausdehnung Deutschlands nach Osten und Südosten gefährlicher erschiene oder die Ausdehnung über die ganze Welt, wo es also in die französischen und britischen Reichsinteressen stark eingreifen würde. — Nach einer Meldung des „Figaro“ vom 1. August wird eine Benzinrohrleitung von der Loiremündung 450 km aufwärts bis 15 km oberhalb Orléans geplant, die unterirdisch geführt wird. Am vorgesehenen Endpunkt erlaubt die geologische Schichtung die Einrichtung großer unterirdischer Reservoirs.

FRANZÖSISCH-INDOCHINA. — Der Ausbau der Camranh-Bucht zum U-Boot-Stützpunkt macht schnelle Fortschritte. „L'Illustration“ tritt Ende Juli für eine Großauswertung dieses Naturhafens ein, der neben Sydney, Rio und Diego Suarez zu den geeignetsten Häfen der Welt zählt. Zwischen Singapur und Hongkong, wenige Seemeilen von der Hauptroute und wenige Kilometer von der Bahn Saigon—Hanoi, könne Camranh auch als Handelshafen bald zum Konkurrenten für Singapur und Hongkong werden.

GILBERT- UND ELLISINSELN. — Anfang August wurde ein Abkommen zwischen England und USA. über die Verwaltung der Inseln Canton und Enderbury abgeschlossen, nach dem die gemeinsame Benutzung für Zwecke der Luftfahrt und der Telegraphie vorgesehen ist. Die Souveränitätsfrage wird vorläufig nicht berührt, soll aber einem Schiedsgericht übergeben werden. Jedenfalls ist Canton und Enderbury bis zu einer weiteren Regelung als Kondominium zu betrachten.

GRIECHENLAND. — Ein Aufstand auf der Insel Kreta wurde Ende Juli niedergeschlagen. — Ende Juli beschloß die Regierung den Ausbau des Kanals von Korinth für eine Kapazität von 50000 Tonnen.

GROSSBRITANNIEN. — Anlässlich der in der ersten Hälfte August stattfindenden großen Luftmanöver in Südengland wurden für die Zivilluftfahrt nach dem Kontinent bestimmte Strecken vorgeschrieben, die jedoch von der niederländischen Luftfahrtgesellschaft nicht anerkannt wurden, da England kein Recht habe, die Nordsee für den Luftverkehr zu sperren. — Southampton wird zum ersten ständigen Flughafen für den Luftverkehr des Empires ausgebaut werden.

IRAN. — Am 26. August fand durch Schah Reza Pahlawi von Iran die feierliche Einweihung der Transiranischen Bahn vom Kaspischen Meer zum Iranischen Golf (1400 km) 400 km südlich von Teheran statt.

ITALIEN. — Im Zusammenhang mit der Aufrollung der Rassenfrage wurden Erhebungen über den jüdischen Anteil angestellt. Es kommen in Italien auf 1 Juden 1000 Italiener, und es wird geplant, dieses Verhältnis auf alle Berufe durch einen Numerus clausus zu übertragen. Dazu war die Erklärung der „In-

formazione Diplomatica“ vom 5. August maßgeblich. — Am 18. August stattete Mussolini der Insel Pantelleria in der Straße von Sizilien einen Besuch ab und besichtigte die Arbeiten zum Ausbau des Hafens und zur Einrichtung eines Flugstützpunktes. „Tribuna“ erklärte dazu, Pantelleria sei heute ein starkes Bollwerk, worauf nur zu oft sich die unruhige Neugier jener erstreckte, die die unantastbare Macht Italiens im Mittelmeer fürchteten. — Aus Lloyds Register für 1938/39 geht hervor, daß die italienische Mittelmeerhandelsflotte mit 1156 Einheiten und 3,25 Mill. BRT. die größte und um 0,36 Mill. größer als die französische ist. 1914 besaß Italien nur 1,43 Mill. BRT. Handelsschiffe.

ITALIENISCH-OSTAFRIKA. — Der Geschäftsbericht des Banco di Roma über AOI. berichtet, daß vom 30. Juni ab 95% der Straßen, die das kaiserliche Straßennetz bilden werden, für den Verkehr freigegeben sind.

JAPAN. — Die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen des neuen Finanz- und Handelsministers Ikeda greifen scharf durch. Die Friedenswirtschaft und -industrie ist so weit gedrosselt, daß neben der Rüstungsindustrie nur noch die Ausfuhrindustrie nennenswert aktiv ist. Besonders wirken sich die Verarbeitungsverbote für Eisen und Leder, die genau umrissen sind, auf den Beschäftigungsgrad der Kleinindustrie und Handwerkerschaft aus.

KANADA. — Der USA.-Präsident Roosevelt hielt am 19. August in Kingston (Ontario) eine Rede, in der er Kanada der Freundschaft der USA. versicherte. Die amerikanischen Staaten seien nicht mehr ein ferner Kontinent, sondern jeder Generalstab jenseits der Meere müsse mit diesem Faktor rechnen. „Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß die USA. nicht müßig dabeistehen werden, wenn die Beherrschung kanadischen Bodens durch ein anderes Reich droht“. In der USA.-Presse wurde die Rede dahin kommentiert, daß die Monroedoktrin auf Kanada ausgedehnt und Kanada zum Beitritt zur Panamerikanischen Union aufgefordert werden solle.

MALTA. — Kolonialminister Macdonald erklärte am 29. Juli im Unterhaus, die neue Verfassung für Malta werde nicht ein parlamentarisches System wiederbringen, sondern die Mitwirkung des Volkes auf einen teils gewählten, teils ernannten Beirat von 20 Mitgliedern beschränken.

MANDSCHUKUO. — Am 1. August erklärte der Sprecher des Tokioter Außenamtes, daß durch eine militärische Aktion der Status quo am Schangfeng-Berg wiederhergestellt sei. Der Bergzug kam wieder in mandschurischen Besitz. Den japanischen Protesten in Moskau hielt der Sowjetaußenkommissar Litwinow-Finkelstein eine angebliche Karte zum Vertrage von Huntschun von 1886 entgegen, nach

der das von den Sowjettruppen besetzte Gebiet unzweifelhaft russisch sei. Nachdem beide Gegner Truppen herangezogen hatten, wurden auf Grund einer Vereinbarung am 11. August die feindlichen Handlungen eingestellt, um einer paritätischen Kommission Gelegenheit zu einer neuen Grenzdemarkation zu geben. Am 13. August zogen dann die Japaner alle Truppen aus dem Schangfeng-Gebiet hinter die koreanische Grenze westlich des Tumen-Flusses zurück.

NIEDERLÄNDISCH-INDIEN. — Auf Grund eines Antrags der Eingeborenen im Volksraad wurde die hochmalayische Schriftsprache als gleichberechtigte Amtssprache nicht nur in der Debatte des Volksraads, sondern bei allen amtlichen Gelegenheiten zugelassen.

PALÄSTINA. — Der Terror in Palästina nimmt sehr schnell zu. Im Juli wurden 670 Tote und Verwundete, in den ersten drei Wochen des August 358 verzeichnet. Es fanden eine Reihe größerer Überfälle und Bombenattentate statt, das größte eine Minenexplosion auf dem Jaffaer arabischen Markt, wobei es 30 Tote und Verletzte gab. — Anfang August kehrte der Teilausschuß (technische Kommission) aus Palästina zurück. Trotz einer Rede Macdonalds, daß die Regierung an dem Teilungsplan festhalte, behauptete „Evening Standard“ am 16. August, man habe den Teilungsplan fallen lassen und werde den Juden ein autonomes Gebiet von Tel Aviv nördlich bis Athielt (südlich Haifa) von 60 km Länge und 15 km Tiefe übergeben.

POLEN. — Ein Vertreter tschechoslowakischer Exportfirmen hielt sich Anfang August in Gdingen auf, um festzustellen, inwieweit die tschechische Ausfuhr in Zukunft über Gdingen statt über Hamburg und Bremen geleitet werden könne.

SOWJETRUSSLAND. — Nach der estnischen Zeitung „Päewaleht“ soll die sowjetische Westgrenzbefestigung nunmehr vollendet sein. Der Grenzgürtel ist planmäßig entvölkert worden. An der Küstengrenze sind die Festungen Krasnaja Gorka und Kaporje gegen See- und Luftangriffe stark ausgebaut worden. Die Lugabucht ist zur Basis für Kriegsschiffe und Flugzeuge umgestaltet worden. An der Landgrenze hat der vordere Gürtel 10 km Breite, enthält die wichtigsten, vor allem unterirdischen Befestigungen und ist für Zivilisten verboten. Der zweite Gürtel hat 40 km Breite.

SPANIEN. — Die Kampftätigkeit erstreckte sich in der Berichtszeit fast ausschließlich auf zwei Abschnitte, einmal den großen nationalen Vormarsch an der Estremadurafront, zum andern die hartnäckigen Kämpfe am Ebrobogen. Durch die Einnahme von Don Benito waren am 25. Juli schon 3000 qkm gewonnen worden, die Front wurde um 120 km verkürzt. Bis Mitte August hatte die Südmee bereits die ganze Provinz Badajoz

besetzt und stand an der Grenze der Provinz Ciudad Real kurz vor den Quecksilbergruben von Almadén. Ende Juli hatten die Sowjetspanier am Ebrobogen unter Einsatz von drei Fünfteln der in Katalonien verfügbaren Truppen eine Entlastungsoffensive für Valencia versucht, wurden aber nach einer schweren Materialschlacht bei Gandesa Mitte August wieder zurückgedrängt.

SYRIEN. — Auf einer Zusammenkunft zwischen syrischen und irakischen Politikern ist die Frage eines Bundesstaates Syrien-Irak erörtert worden. — Eine Reihe von Stammeshäuptlingen faßte in Amuda den Entschluß, für die Provinz Dschesireh einen Kommissar und Unterstellung unter direkte französische Verwaltung, das heißt Trennung von Syrien zu verlangen. — Die französische Regierung soll nach einer arabischen Meldung von Mitte August beschlossen haben, den verlorenen Hafen von Alexandrette durch einen neuen Hafenbau am Ras ibn Hani, nördlich von Latakije (Alautengebiet), zu ersetzen.

TSCHECHOSLOWAKEI. — Am 27. Juli veröffentlichte das „Prager Tagblatt“ Einzelheiten aus dem Regierungs-Nationalitätenstatut, aus denen hervorgeht, daß die wesentlichen sudetendeutschen Forderungen nach Territorialautonomie übergangen worden sind. Am 1. August erschien die Antwortbroschüre der SdP., in der der frühere tschechische Grundsatz des „Ich Herr, du Herr“ gefordert und der Regierungsvorschlag als nichts anderes als die Kodifizierung bestehender Gesetze bezeichnet wird. Anfang August erregte ein angeblich englischer Plan einer austauschenden Umsiedlung der Deutschen und Tschechen das besondere Interesse der Sudetendeutschen. — Die Slowakische Volkspartei brachte am 19. August ihren Antrag auf Autonomie ein und begründete ihn am 25. August umfassend, u. a. durch den Hinweis auf die früheren Föderalisationsbestrebungen der Tschechen in der österreichischen Zeit. Anfang August planten die Slowaken bereits die Anrufung des Haager Gerichtshofs wegen der Erfüllung des Pittsburger Vertrages. — Am 15. August formulierte die ungarische Volksgruppe ihre Autonomieforderung. — Die „Zeit“ berichtete am 20. August aus Preßburg, daß die Prager Regierung die Einrichtung eines Freihafens in Preßburg für den sowjetrussischen Außenhandel plane.

TÜRKEI. — Im August begannen die Manöver in Ostanatolien, die gleichzeitig die Aufgabe haben, einen neuen kurdischen Aufstand niederzuschlagen.

Verweisungen: Britisches Reich s. China, Großbritannien — Canton und Enderbury s. Gilbert- und Ellis-Inseln — Griechenland s. a. Bulgarien — Irak s. Syrien — Japan s. a. China — Polen s. a. Brasilien — Sowjetrußland s. a. Finnland, Mandschukuo — Tschechoslowakei s. a. Polen — Türkei s. a. Bulgarien — Vereinigte Staaten v. Nordamerika s. Deutsches Reich, Kanada. (Abgeschlossen am 27. August 1938.)

S P Ä N E

der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik

Anordnung betr. Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik

Die starke Beachtung, welche die Geopolitik in Wissenschaft und Schulung des In- und Auslandes gefunden hat, hat dazu geführt, daß sich sowohl im Ausland ungeeignete Kräfte mit geopolitischen Problemen beschäftigten, als auch im Ausland verfälschte Leitsätze der Geopolitik zur Propaganda gegen das Deutsche Reich benutzt wurden.

Um so wichtiger ist es, daß in Deutschland geeignete Persönlichkeiten sich der Behandlung geopolitischer Fragen annehmen.

Ich weise darauf hin, daß die von der NSDAP. allein anerkannte Zusammenfassung deutscher Geopolitiker die „Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik e. V.“ in Heidelberg unter Führung des SS-Oberführers Dr. R. Wagner ist. Um eine klare Linienführung der deutschen Geopolitik zu gewährleisten, ist beim Einsatz von geopolitischen Referaten innerhalb der Schulung der Bewegung und bei Veröffentlichung geopolitischer Darstellung in allen Zweifelsfällen die Fühlungnahme mit der genannten Arbeitsgemeinschaft aufzunehmen.

Pg. Dr. Wagner ist gehalten, in allen grundsätzlichen Fragen im Einvernehmen mit mir vorzugehen.

Berlin, 31. Mai 1938.

gez. A. Rosenberg.

Kartenzeichnen — aber mit Bedacht!

Im Juniheft des „*Ökonomist*“, der namhaften kroatischen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Zeitschrift, macht Dr. N. Perschitsch Bemerkungen, die leider gut begründet sind, zu „einigen neuen deutschen geographischen und geopolitischen Karten“. Er nimmt sich u. a. die ethnographische und geopolitische Karte Europas von Paul Holló und U. von Pezold vor, die in Halle in der Buchhandlung des Waisenhauses erschienen ist. Abgesehen davon, daß der Referent manches einzuwenden hat gegen die Darstellung der Verbreitung der Kroaten und Serben (und das übergangslose Nebeneinandersetzen der Grundfarben, ohne genauere Angabe des Mischungsverhältnisses und der Bevölkerungsdichte, ist in der Tat ein oft beklagter methodischer Mangel vieler Karten), ist Perschitsch vor allem unzufrieden mit der Namengebung. Die Kroaten nennen ihre

Hauptstadt seit jeher „Zagreb“ und da „Agram“ schließlich auch keine deutsche Bezeichnung ist, sollte man sich daran gewöhnen, eben den kroatischen Namen zu verwenden. Auf keinen Fall geht es aber an, madjarisch „Zágráb“ einzuzichnen. Damit kann man wirklich nur Anstoß erregen, um so mehr, wenn sich Derartiges wiederholt. „Maria-Theresienstadt“ ist ein schöner deutscher Name, und rund um diese große Stadt wohnen Zehntausende von Deutschen. Es ist nicht einzusehen, warum in einer deutschen Karte, die für Unterrichts- und Schulungszwecke verwendbar sein soll, nicht ein eingebürgerter und verfügbarer deutscher Ortsname eingezeichnet wird. Wollte der Kartenzeichner das nicht tun, dann lag am ehesten nahe, für den innerhalb Jugoslawiens gelegenen Ort das jugoslawische „Subotica“ zu nehmen. Aus welchen Gründen und wem zunutze hat der Zeichner aber das madjarische „Szabotka“ vorgezogen? Warum nimmt er, nach alter, aber längst verlassener Gewohnheit der Wiener Schule, noch immer „Spalato“ und „Ragusa“ an Stelle der dem völkischen Besitzstand entsprechenden kroatischen Namen „Split“ und „Dubrovnik“? „Ragusa“ hätte Berechtigung für die Kennzeichnung der tausendjährigen Republik dieses Namens; für die heutige Stadt ist es aber ganz außer Gebrauch gekommen. Die gleiche Inkonsistenz trifft man noch einmal an: warum soll das heutige „Skoplje“ sich noch immer türkisch „Uesküb“ nennen lassen? Es ist schade, daß diese als Hilfsmittel gutgemeinte Karte nicht noch sorgfältiger durchgearbeitet worden ist.

J. M.

Bericht über den Internationalen Geographen-kongreß in Amsterdam 1938

Das Arbeitsprogramm, das auf dem Warschauer Kongreß 1934 für die Amsterdamer Tagung ausgearbeitet und festgelegt worden war, hatte neben Fragen der physischen Geographie, der Kartographie, Ozeanographie und Klimatologie den Schwerpunkt der Fragestellung auf das Gebiet der Geographie des Menschen gelegt. Themen wie: Bevölkerungs- und Siedlungsfragen in Beziehung auf Stadt und Land, Fragen der Nutzung des Bodens hinsichtlich der Besiedlung, des Ackerbaues, der Industrie, der Landschaftsgestaltung durch den Menschen, wiesen etwa die Richtung, in der die Arbeiten des neuen Kongresses sich bewegen sollten. Die Berichte und Aufsätze, die in den Veröffentlichungen des Kongresses

erschienen sind und die einen ansehnlichen Umfang aufweisen, sind denn auch neben Arbeiten auf den erwähnten Spezialgebieten durchaus auf Probleme der Geographie des Menschen abgestellt, auch jene, die wirtschaftliche und koloniale Fragen behandeln. Man folgte damit einer Entwicklung in der geographischen Forschung, wie sie seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts sich bereits anbahnte und die man wohl auch als Bewegung von der Extensivierung zur Intensivierung der geographischen Forschung bezeichnet hat. Seitdem die Kontinente in ihren verschiedenen Teilen durchforscht sind, ist die Kleinarbeit, die Vertiefung und Erweiterung, die genaue und auf bestimmte noch unerforschte Gebiete abgestellte Einzeluntersuchung das gegebene und notwendige Arbeitsziel geworden. Trotz der nicht geringen, zwischen diesem Wechsel des Forschungsziels liegenden Zeitspanne ist die neue Ausrichtung der geographischen Arbeit im ganzen gesehen noch in den Anfängen; wollte man optimistisch urteilen, so könnte man von dem Abschluß eines ersten Abschnitts in der neuen Entwicklung sprechen. Das bedeutet keineswegs eine Geringschätzung der bereits geleisteten Arbeit. Mit dieser Feststellung sollen nur die Schwierigkeiten zum Ausdruck gebracht werden, denen man sich gegenüber sah, sich in der Fülle der aufgetauchten Probleme zurechtzufinden, Wege und Methoden dem neuen Forschungsobjekt anzupassen, dem ungleich schwierigeren, durch das Zusammenspiel von Mensch und Raum bedingten Problem gerecht zu werden.

Es muß ferner berücksichtigt werden, daß der Stand der geographischen Forschung nicht in allen Ländern der gleiche ist und Neigung und Forschungstendenzen sehr wechselnd sind. Die Übersicht über den Stand der Geographie und über die gegenwärtigen Strömungen in den verschiedenen Ländern, die die „Geographische Zeitschrift“ als Widmung für den Kongreß veröffentlichte, gibt hierüber außerordentlich interessante Aufschlüsse. (Geograph. Zeitschrift Heft 7/8, 44. Jahrg.)

Nun sind die Veröffentlichungen, Berichte und Aufsätze wohl der Niederschlag der geleisteten Arbeit, der Ausdruck des Standes, des Fortschritts und der Richtung, in der die Forschung sich bewegt, sie sind aber natürlicherweise mehr die Grundlage für die Verhandlungen und Diskussionen, als bereits das Ergebnis des Kongresses. Was einer solchen internationalen Zusammenkunft von Vertretern des gleichen Arbeitsgebietes den Wert und die Bedeutung gibt, das ist die Möglichkeit der persönlichen Fühlungnahme, des lebendigen Austauschs der Arbeitsergebnisse, das Abwägen und Gegenüberstellen der Auffassungen, die Möglichkeit, eine Auffassung von wechselnden Gesichtspunkten her beleuchtet zu sehen, um sie dann vom neuen Stand-

ort aufs neue durchzudenken und sie von neuer Fragestellung her zu erfassen. Es ist vor allem auch das Vergleichsmoment, das fruchtbringend an Ort und Stelle eingesetzt werden kann und schließlich und nicht zuletzt der Vorteil, die aus der sprachlichen Verschiedenheit sich ergebenden Schwierigkeiten in der Begriffsbestimmung zu klären. Wie viele Irrtümer und Mißverständnisse können dabei verhältnismäßig leicht und schnell behoben werden!

Gewiß, die geographischen Probleme haben immer und überall dieselbe gemeinsame Grundlage, die Erde. Aber wenn schon die Formen und die einzelnen Räume der Erde verschiedenes Gepräge tragen, und wenn der Boden mit all seinen Attributen jedesmal ganz andere Anforderungen an den Menschen stellt, um wieviel mehr sind die Menschen, ist ihre Art zu denken, die Dinge zu sehen, sich mit den Gegebenheiten auseinanderzusetzen, voneinander verschieden. Man sieht selten deutlicher als auf solchen Kongressen, wie sehr die Wissenschaft des Austauschs der Arbeitsergebnisse und der Erkenntnisse bedarf, um die Probleme, die die Erde und Menschen sich wechselseitig stellen, zu meistern. Jede Nation trägt zur Erkenntnis in ihrer Art bei, jede Nation hat irgendeine Sondergabe, auf dem oder jenem Gebiet Vortreffliches und Eigenes zu schaffen. Dies anzuerkennen und die Arbeitsergebnisse zusammenzubauen, auszuwerten und zu ergänzen, ist das vornehmste Ziel und die Aufgabe solcher Zusammenkünfte.

Diesem Ziel dienten die verschiedenen Sektionen, die von der Leitung des Kongresses eingerichtet worden waren, die Sektionen für Kartographie — in der hervorragende Leistungen gezeigt wurden —, für physische und Ozeanographie, für die Geographie des Menschen, für Wirtschaftsgeographie, für koloniale Geographie, für Geschichte der Geographie, für Geographie der Kulturlandschaft, für Methodologie und Didaktik und schließlich für Biogeographie.

Es war natürlich das Vorrecht des gastgebenden Staates der Niederlande, in erster Linie die geographischen Gegebenheiten seines eigenen Landes und seiner Überseebesitzungen als Grundlage der Verhandlungen einzustellen und nach allen nur möglichen Seiten hin zu erörtern. Die Beobachtung an Ort und Stelle, die die Exkursionen vermitteln sollten, verlangte ohnedies eine eindringliche literarische Vorarbeit. (Ein holländischer Geograph hatte übrigens in einer Veröffentlichung in humorvoller Weise auch auf die Irrtümer hingewiesen, die sich in bezug auf Holland in den Lehrbüchern der verschiedenen Länder finden.) Die Niederlande haben an geographischem Anschauungsmaterial in jeder Hinsicht viel zu bieten, und bei dem hohen Stand der geographischen Wissenschaft in den Niederlanden war Her-

vorragendes geleistet worden. Die Diskussionen erweiterten sich aber natürlich jedesmal über die ganze Welt hin; jede der vertretenen Nationen hatte das Bestreben, aus eigener Erfahrung, Forschung und Beobachtung, Arbeitsergebnisse mitzuteilen. Die Diskussionen über Fragen, wie die der Entwicklung der Seehäfen in Hinsicht auf den Ausbau der Industrie und die Entwicklung des Verkehrs, der Möglichkeit der Siedlung von Menschen weißer Rasse in tropischen Gebieten, des Anteils der eingeborenen Bevölkerung an der Erschließung des Landes usw. fanden ein großes Echo, brachten immer neue Seiten der Probleme, zeigten sich von anderen Zusammenhängen her und gaben so ein reiches und durch die Vielheit der Beispiele mannigfaltiges Bild. In jeder der einzelnen Sektionen war ein reger Austausch der Meinungen und Erfahrungen. Die öffentlichen Vorträge, die ein über den anderen Tag angesetzt waren, hatten mehr offiziellen und demonstrativen Charakter.

Und die Geopolitik? Von Geopolitik war offiziell nicht die Rede. In den Veröffentlichungen des Kongresses findet sich nur ein einziger Beitrag, in dem die geopolitische Problemstellung erörtert wird, in einem Aufsatz von Prof. Hantos, Budapest, über den Donauraum. Er ist in dem Band untergebracht, der Arbeiten der Wirtschaftsgeographischen Sektion enthält und steht dort unter dem Kennwort „Varia“. Sonst ist das Wort Geopolitik nur noch dreimal zu finden, und zwar in dem schon erwähnten Sonderheft der Geographischen Zeitschrift, das nicht zu den offiziellen Verlautbarungen des Kongresses gehört, nichtsdestoweniger aber mit den Übersichten über den Stand der Geographie und die gegenwärtigen Strömungen in der Geographie der einzelnen Länder eine sehr dankens- und begrüßungswerte Ergänzung des Kongresses bedeutet.

In dem Aufsatz über den Stand der deutschen Geographie, den N. Krebs geschrieben hat, heißt es von der Geopolitik: „Die Geopolitik ist nicht Geographie, sie führt aber stärker in die Gegenwartsfragen hinein und hat das Verdienst, breitere Schichten der Bevölkerung mit der geographischen Betrachtungsweise vertraut zu machen.“ Das bedeutet eine freundliche Anerkennung der Arbeit der Geopolitik. Die zweite Erwähnung der Geopolitik findet sich in dem französischen Beitrag in demselben Heft. Sie ist in einer Fußnote untergebracht, hat deutlich ablehnenden Sinn, und zwar unter einem das Wesen der Geopolitik völlig verkennenden Gesichtspunkt. Die dritte Erwähnung endlich steht in dem Beitrag über den Stand der Geographie in Polen, dort ist die Geopolitik in die gesamte geographische Arbeit einbezogen. Ergänzend kann hinzugefügt werden, daß der englische Beitrag einen starken Einschlag geopolitischen Den-

kens innerhalb der englischen Geographie vertrat, auch wenn das Wort Geopolitik nicht verwendet wird.

An und für sich nun ist die Tatsache, daß geopolitische Probleme auf einem internationalen Geographenkongreß nicht unter dieser Bezeichnung zur Erörterung gestellt werden, bemerkenswert. Aber man kann sich sehr wohl auf den Standpunkt stellen, daß „Geopolitik nicht Geographie ist“, trotz ihrer nahen Beziehungen zur Geographie, und daß es etwas anderes ist, wenn ein deutscher Geographentag geopolitische Probleme in seine Verhandlungen aufnimmt und ein internationaler Kongreß dies ablehnt. Zur Zeit, als das Programm für Amsterdam aufgestellt wurde, lagen die Dinge im ganzen ja noch anders als heute, wo in verschiedenen Ländern geopolitisches Denken entweder innerhalb der Geographie eine Heimstätte gefunden hat, oder wo, wie in Frankreich, eine eigene Geopolitik im Entstehen begriffen ist. Auffallend aber ist auf jeden Fall, daß auch der Begriff der politischen Geographie sich weder in dem allgemeinen Arbeitsprogramm findet, noch daß irgendeiner Sektion Aufgaben politisch-geographischer Natur gestellt wurden. Diese Auslassung bedeutet zweifellos eine Lücke, selbst dann, wenn man, wie die französische Schule dies tut, politische Geographie weitgehend mit der *Géographie humaine*, mit der Geographie des Menschen, verbindet. Hielt man die politische Geographie für zu gefährlich, um sie in einem internationalen Gremium zu erörtern, oder hat die Geopolitik in ihrer Problemstellung schon weitgehend die politische Geographie überdeckt? Seit Ratzel hat die politische Geographie doch immer einen wesentlichen Bestandteil der deutschen Geographie ausgemacht, in England war die geographische Arbeit in ihrem Wesen und mit der starken Betonung der Wechselbeziehung zwischen Mensch und Natur stets auf einen politischen Grundton abgestellt, und auch in den Ländern, wo die geographische Wissenschaft immer noch im Aufbau und in der Entwicklung begriffen ist, fanden und finden sich Untersuchungen „derjenigen geographischen Tatsachen, die eine unmittelbare Wirkung auf die Entwicklung und Organisation der einzelnen Länder haben“ (Roxby), also Untersuchungen geographisch-politischer Natur.

Wie dem auch sei und welches auch die Gründe für das Fehlen politisch-geographischer Probleme im Arbeitsprogramm des Kongresses sein mögen — daß man nicht versucht hat, sie in weitherziger Weise zur Erörterung zu stellen, ist bedauerlich, zumal in einer Zeit, in der die Geschehnisse und Entwicklungen auf der Erde immer mehr in all ihren Zusammenhängen betrachtet werden müssen. Die Intensivierung der geographischen Forschung geht ja selbst auf dieses Ziel hinaus. Von der

Erörterung zur tatsächlichen Erweiterung ist dann immer noch ein weiter Weg. N. Krebs trifft schon das Richtige, wenn er in seinem Beitrag die Meinung äußert, daß es notwendig sei, daß die Mauern zwischen den Wissenschaften im allgemeinen Interesse des großen Ganzen fallen sollten, daß es zum mindesten geboten sei, sie nicht höher aufzurichten, und daß Geographie, Geschichte und Sozialwissenschaften zusammenarbeiten müßten, um zu einem möglichst klaren und vollständigen Bild eines Lebensraumes und der Lebensräume der Nachbarn zu kommen — fast dieselben Worte, die Ratzel einst zur Einführung seiner politischen Geographie gebraucht hat.

Daß dabei der politischen Geographie und der Geopolitik eine sehr große Aufgabe zufällt und zufallen muß, ist offenkundig; das, wozu Krebs ermuntert, ist ja zu einem großen Teil Ziel und Aufgabe der Geopolitik. Wie sollen z. B. Themen, wie: Wanderungen von Volksteilen und Völkern, Möglichkeiten der Nutzung des Bodens, der gemeinsamen wie der besonderen Nutzung in Übersee, Anpassung des Menschen an seine Umwelt, die Möglichkeit der Siedlung Menschen weißer Rasse in tropischen Gebieten, um nur einige zu nennen — wie soll der Lebensraum eines Volkes und der seines Nachbarn oder seiner Nachbarn in ihrem gegenseitigen Verhältnis anders als auf allerbreitester Basis untersucht und erkannt werden können? Natürlich ist es erstes Erfordernis, und wir stimmen hier Krebs vollkommen und uneingeschränkt zu, daß solche Untersuchungen erst nach genauer und sorgfältiger Analyse zur Synthese kommen dürfen. Aber bei der Analyse und der Synthese nur der Tatsachen stehenzubleiben, bedeutet eine Einschränkung. Ebenso wenig wie man z. B. eine Untersuchung der Möglichkeit der Siedlung der Menschen weißer Rasse in tropischen Gebieten nur auf Grund rein geographischer Analyse ohne Zuhilfenahme medizinischer, soziologischer und völkerkundlicher Forschungsergebnisse zu einem verständigen Resultat bringen kann, ebenso wenig kann man den Raum als „Bühne, auf der sich das Schauspiel menschlichen Lebens abwickelt“, in seiner vollen Bedeutung und Wirkung erfassen, ohne die geopolitischen Grundlagen in der Auswirkung und im Verhältnis zu den Nachbarräumen mit zu untersuchen.

Wir zitieren hier noch einmal N. Krebs, der für die länderkundliche Arbeit und die länderkundliche Darstellung ungefähr dieselben Richtlinien angibt, wie sie die Geopolitik für ihre Arbeit verfolgt. „Darin aber sehe ich — so sagt Krebs — den großen Fortschritt der neuesten Zeit, daß die Länderkunde die Dinge nicht nur als etwas Gegebenes und Gewordenes hinnimmt, sondern als etwas sich weiter Entwickelndes. Damit geht Hand in

Hand, daß sie nicht nur die Erfahrungen der Geologie und Meteorologie, sondern in steigendem Maß auch die der Soziologie, der Volkskunde und Anthropologie, sowie der Wirtschaftswissenschaft übernimmt, um sie in ihre Zusammenschau von Raum und Menschheit einzubauen. Damit erweitert und vertieft sich die Berührung mit den Nachbarfächern, denen wir viele wertvolle Anregungen verdanken, denen wir aber auch durch unsere räumliche Betrachtung und räumlichen Vergleiche manches zu geben vermögen. Eine funktionelle Betrachtung gestattet nicht, sich aus der Verschlungenheit der gegenseitigen fachlichen Durchdringung herauszulösen. Sie führt zwangsläufig auch zu Werturteilen, die in die Zukunft schauen lassen. Solche Werturteile sind zeitgebunden und müssen subjektiv sein, werden aber ihre Aufgabe erfüllen, wenn sie auf einer objektiven Analyse der Tatsachen aufbauen.“

Freilich ist das geopolitische Ziel nicht immer so verhältnismäßig leicht zu erreichen wie die Analyse geographischer Tatsachen gelingen mag. Die bei der rein geographischen Analyse angewandten Methoden werden dabei nicht immer ausreichen. Dem Menschen selbst, seinem Wollen, Willen und Handeln läßt sich nicht immer mit festgefügteten Methoden beikommen. Aber das ist kein Grund, um der Erforschung geopolitischer Zusammenhänge aus dem Weg zu gehen. Wenn die Forschung auf dem Boden der erdgebundenen Züge bleibt, wenn Takt, Vorsicht, genaues Abwägen und hohes Verantwortungsgefühl dazu kommen, und wenn gar eigene Beobachtung „im Felde“, an Ort und Stelle, unmittelbare Kenntnis des Landes sich mit der Arbeit verbinden lassen, dann ist sehr wohl eine wertende Synthese, ein wertendes Urteil und eine wertende Prognose möglich. Die Arbeiten Karl Haushofers — die Geopolitik des Pazifischen Ozeans sei besonders erwähnt — sind ein Beweis dafür.

Wie übrigens in anderen Ländern geopolitische Arbeit angefaßt wird, das mögen drei Themenstellungen aus dem Beitrag in der Geographischen Zeitschrift über den Stand der Geographie in Polen zeigen: Die politische Entwicklung der Großmächte vom geographischen Standpunkt ist das erste, die geopolitischen Barrieren, d. h. die Abschließung eines Landes vom Meere infolge von Verkehrsschwierigkeiten oder politisch-territorialen Verhältnissen das zweite, die politische Expansion europäischer Staaten in Afrika das dritte dieser Themen (Romer, Smolenski, Pawlowski). Innerhalb der englischen Geographie finden sich zahlreiche Beispiele für die Behandlung geopolitischer Probleme. Es seien nur 3 Namen und Themen für viele hier herausgestellt: Roxby, Expansion of China, Mason, The Geography of Current Affairs (Oxford 1932) und

Fawcett, der in seiner *Political Geography of the British Empire* sich bemüht, „diejenigen geographischen Tatsachen herauszustellen und zu untersuchen, die eine unmittelbare Wirkung auf Entwicklung und Organisation des Britischen Weltreichs und dessen Bestandteile ausüben“. Selbst in die französische Geographie ist die Betrachtung vom geopolitischen Standpunkt her eingedrungen, Beispiele hierfür sind J. Ancel, *Manuel géographique de politique européenne*, Bd. 1, und J. Ancel, *Géopolitique* (Delagrave, Paris), die Arbeiten Demangeons und A. Siegfrieds.

Man muß begreifen, daß der Entwicklung der Welt von heute und den Problemen, soweit sie im Rahmen der politisch-geographischen und geopolitischen Forschungsarbeit erfaßbar sind, nicht mehr mit den Methoden der politischen Geographie alten Stils beizukommen ist. Deren Methoden und deren Arbeitsfeld haben sich zwangsläufig und entwicklungsmäßig geändert, genau wie der Weg der Geographie und des geographischen Arbeitsfeldes sich zwangsläufig und entwicklungsmäßig geändert haben. Wenn sich allmählich für Untersuchungen von Fragen, wie z. B. „Der Anpassung des Menschen an die Natur innerhalb des natürlichen Raumes und die Beziehungen der Erdräume untereinander“, oder „für die Erkenntnis, daß die Anpassung des Menschen an den Raum rassisch und völkisch bedingt“ ist, für das Problem der Wechselbeziehung von Volks- und Raumkräften ganz allgemein also eine besondere, die geopolitische Form herausgebildet hat, so ist diese Entwicklung weder durch Stillschweigen, noch durch bewußtes Übergehen aufzuhalten. Sollte Forschungsarbeit von diesem Ansatzpunkt aus nicht im Interesse des großen Ganzen betrachtet werden können — nehmen wir für unser Land nur das Problem des Vierjahresplans, die Gesetze zur Gesundung des Volkes, die Landesplanung — und sollten vergleichende Forschungen über die Beziehungen der Völker und Staaten von demselben Ansatzpunkt aus nicht auch für die internationale Zusammenarbeit von Bedeutung sein? Man denke etwa an die Veränderungen der Wechselbeziehungen zwischen den Völkern in Europa, im vorderen Orient, in Ostasien, um sich klarzuwerden, von welcher Bedeutung eine geopolitische Untersuchung auch für das geographische Gesichtsfeld sein könnte.

Fragen dieser Art waren der methodologischen und didaktischen Sektion gestellt hinsichtlich der Gestaltung des Geographieunterrichts in den Schulen. Diese Sektion stand unter Leitung von Prof. Knierim. Wenn schon für uns selbst die geopolitische Arbeit „stärker in Gegenwartsfragen hineinführen kann und breitere Schichten der Bevölkerung mit der geographischen Betrachtungsweise vertraut zu machen“ in der Lage ist, wieviel mehr könnte geopolitisches Denken zum Ver-

ständnis der Völker untereinander von Nutzen sein!

Die Geopolitik war in Amsterdam offiziell nicht vertreten, es war von ihr nur in privater Unterhaltung die Rede. Aber ihr Aufgabengebiet und die Notwendigkeit, dies Aufgabengebiet zu betreuen, zu festigen und zu erweitern, kamen gerade deshalb um so stärker zum Ausdruck, weil sie nicht offiziell vertreten war.

L. N e s e r.

Sseinen-dan: die japanische Jugendorganisation im Spiegel sowjetrussischer Darstellung

Eine umfassende Darstellung der japanischen Jugendorganisation Sseinen-dan in deutscher Sprache steht noch aus. Darum sei hier in knappem Umriß das Wesentliche über Organisation, Aufbau und Ziele des japanischen Jugendverbandes aufgezeigt. Auf diese Weise wird gleichzeitig der eigentlichen Aufgabe dieses Berichtes vorgearbeitet: Stellung zu nehmen zu einem Bericht, der aus dem politischen Schrifttum der Sowjets stammt und der sich mit dem Sseinen-dan beschäftigt. Die sowjetrussische Berichterstattung zu verfolgen, ist nicht nur wegen der positiven Tatsachenübermittlung von Belang. Weit mehr verdient deren Bemühen ins rechte Licht gerückt zu werden, das mit stärkster Aufmerksamkeit darauf gerichtet ist, jene — sagen wir einmal: jene „schwache Stellen“ zu ermitteln, an denen nach Meinung und Ansicht kommunistischer Propagandisten sich ein Ansatzpunkt finden läßt, von dem aus man die geschlossene Front der japanischen Jugend zersetzen und aufrollen kann. Um es gleich vorwegzunehmen: der sowjetrussische Berichterstatte muß zugestehen, daß hierzu die Aussichten mehr als gering sind. Trotzdem wird es gerade darauf ankommen, jene „Stellen“ mit besonderer Deutlichkeit herauszuheben und zu unterstreichen.

1. Sseinen-dan d. i. wörtlich übersetzt: Jugendverband, oder wie die Übertragung in einer englisch erschienenen Broschüre über den Sseinen-dan zu lesen ist — „Young men's league“. Der Name sagte bereits, daß es in Japan nur eine einzige Organisation der Jugendlichen gibt, eben den Sseinen-dan. Seine Anfänge gehen bereits in die Meijizeit zurück, wenngleich der Abschluß der durchgreifenden Organisation und des einheitlichen Aufbaues erst im Jahre 1920 erfolgte. Dem Sseinen-dan gehören die Jugendlichen und jungen Männer vom 12. bis 25. Lebensjahre an. Die Mitgliederzahl beträgt über 4 Millionen; davon sind männlich 2 454 337 und 1 568 562 weiblich nach der Zählung von 1936 (Dr. Kitajama). Der Aufbau ging von örtlichen Vereinigungen und Gründungen aus. Sie sind die eigentlichen Zellen. 1936 waren es insgesamt 17 725 bzw. 19 021 Ortsgruppen männlicher und weiblicher Jugend. Infolge Vorherrschens des dezentralistischen Organisationsprinzips liegt

nicht nur der Schwerpunkt der Arbeit in den örtlichen Verbänden, sondern diese selbst erhalten je nach Sonderart und Eigenform ihres Lokalkolorits ein spezifisches Gepräge und ihnen eigentümliches Gesicht. Es unterscheiden sich daher nicht nur die dörflichen Gruppen von jenen der Städte; auch unter den letzteren können sich beträchtliche Unterschiede auf tun. Je nachdem es sich um kleinere Städte handelt, oder um Teilverbände innerhalb der verschiedenen Wohnbezirke der Großstädte und ihrer Untergliederung in Ortsgruppen und Wohnvierteln, weisen diese nicht nur eine andersartige Zusammensetzung auf, sondern gehen auch mit andern Mitteln und Vorbedingungen an die Aufgaben heran. Die übergreifende zentrale Organisation in Tokio ist gewissermaßen nur die Geschäftsführung und Verwaltungszentrale. Als „Föderation der Jugendverbände“ hat sie ihren eigenen Generalsekretär. Neben der zentralen Organisationsarbeit kommt der Föderation vor allem die Aufgabe der Schulung in Führerkursen und Lehrgängen, sowie die presse- und zeitschriftenmäßige Versorgung des Gesamtverbandes zu.

Die grundsätzliche Einstellung des Sseinen-dan wird durch zwei Tatsachen zureichend charakterisiert. Das Bedürfnis, die Ergänzung der Erziehung, wie sie Elternhaus und Schule vermitteln, durch eine, der Eigenart der Jugend selbst entsprechende, jugendgemäße und jugendgerechte Lebensform und Lebensordnung zu erweitern, führte dazu, die eigenen erzieherischen Kräfte der Jugend einzusetzen und für Staat und Volk zu mobilisieren, dies war der eine Ausgangspunkt. Der andere liegt in der Sphäre des Metaphysischen bzw. Religiösen und wird durch die beiden Wörter: Kaiserkult und Ahnenverehrung ausreichend umschrieben. Der gesamte Aufgabenbereich des Sseinen-dan gliedert sich in eine ethischerzieherische Seite (Kaiser- und Ahnenverehrung, Vaterlandsliebe, Aufopferungsbereitschaft und Hingabe, Gehorsam, Mut und Tapferkeit), auf der andern Seite die jugendgemäße Schulung und Weiterbildung sowie die Betätigung im praktisch sozialen Leben. Um die Ziele zu bezeichnen, muß eine kurze, rein äußerliche Nebeneinanderreihung genügen: kameradschaftliche Zusammenkünfte, Veranstaltung von Vorlesungen, Spiel, Sport und Leichtathletik, Fahrten, Büchereien, Klubhäuser, Versuchsfarmen, Veröffentlichung von Flugschriften, Ausstellungen und Verkauf von Werk- und Handfertigkeitsarbeiten, Mitarbeit auf den verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens, Aneignung wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Kenntnisse.

2. Die Sowjetberichterstattung. Es ist wohl nicht verwunderlich, daß den Sowjets jegliches Organ für die irrationalen und metaphysischen Untergründe der japanischen Jugendbewegung fehlt. Mit Kaiserkult und

Ahnenverehrung kann der zünftige Sowjet nichts anfangen. Für ihn sind diese Dinge nur Ausdruck des Chauvinismus, der Unterdrückung und Knechtung der Seelen in mittelalterlicher Rückständigkeit. Darum werde eingeflößt „der Heroismus des Samurei und die Prinzipien des sogenannten Japanischen Geistes“, so heißt es. Und weiter: „die Jugend werde vergiftet durch das Gift des Chauvinismus und Militarismus.“ Der reaktionäre, imperialistische und faschistische Charakter der japanischen Jugendorganisation liege in dem Umstand begründet, daß der Kaiser die oberste Führung ernennt und die Durchführung der Organisation den Ministerien des Innern und der Erziehung anvertraut hat. Auf diese Weise wird die Jugend den Einflüssen solcher Kreise und Persönlichkeiten ausgeliefert, deren amtliche Einstellung und Gesinnung außer Zweifel steht. Am deutlichsten bekundet sich dies nach der Meinung des sowjetrussischen Berichtes in der Tatsache, daß in der Leitung der Ortsgruppen 28,1% Schuldirektoren und Lehrer, 30,8% Gutsbesitzer und Großbauern, 16,6% Beamte und 24,5% Offiziere beteiligt sind. Es ist darum nur zu verständlich, daß die Regierung die Jugend für ihre Zwecke „mißbrauche“, sie politisch einsetze, um sie in den Städten zur Bekämpfung „revolutionärer Unruhen“ zu verwenden, oder als „Streikbrecher“ einzusetzen. Auf dem Lande werde sie benutzt, um Pächterunruhen zu unterdrücken.

Wenn u.a. Tatsara, der Generalsekretär des Sseinen-dan, in der „gegenwärtig gespannten Lage“ auffordert zur „Festigung und zur Aufopferung für das Vaterland“, oder zum Dienst im Luftschutz in den Städten und industriell wichtigen Gebieten, so ist das Grund genug, darin „Militarismus und Nationalismus“ zu sehen. Verständlich wird dieses Urteil, wenn man bedenkt, daß die russisch-kommunistischen Jugendverbände ihre Mitglieder auffordern, Windrädchen laufen zu lassen, oder mit dem Paraschjut von den Mauertrümmern zerfallener Kirchen herabzuspringen. Daß man im Rätestaat die Jugend nicht zur Vaterlandsliebe und zur opferbereiten Hingabe für so etwas wie für ein Vaterland erziehen kann, dürfte nicht Schuld der Japaner sein.

3. Ein ganz besonderes Mißbehagen schaffen dem sowjetischen Berichterstatte die Vereinigung und der Zusammenschluß der studentischen Jugend an den Universitäten Japans. Die Bezeichnungen „reaktionäre“, „chauvinistische“, „nationalistische“ Studentenbewegung kennzeichnen nur zu ersichtlich die grundsätzliche Abneigung des Kommunismus gegenüber der studentischen Jugend Japans. Bereits die Namen einzelner studentischer Gruppen, wie „Verband der patriotischen Jugend — Aikoku sseinen remmei“, oder Liga

„Großjapan“, Schwarzer Drache, oder „Erwache sieben Mal — Ssitiseija“ (aus der japanischen Sagenwelt), oder „Abwehr studierender Jugend — Kokubo kenjukai“, oder „Japanischer Jugendschutzverband — Dai Nipon sseinen Gokoku“ u. a., klingen in kommunistischen Ohren nicht gerade erfreulich. Gesteigert wird das Mißvergnügen durch die Feststellung, daß schon seit dem Jahre 1932 ein studentischer Verband ausgesprochen „faschistische Tendenzen“ in sein Arbeitsprogramm aufgenommen hat. Es ist der „staatlich-sozialistische Jugendverband“, in dessen Programm der Aufbau „eines sozialistischen Japan“ gefordert wird, und zwar auf Grundlage des „staatlichen Sozialismus“. Ausdrücklich wird festgestellt, daß seine Betätigung „faschistisch, militaristisch“ sei und sich darauf richte, revolutionäre Bewegungen (gemeint kommunistische) zu unterdrücken. Zum Trost vermeint man feststellen zu können, daß seine Betätigung „noch immer sehr beschränkt“ sei und „keine Massen“ dahinter stünden. Sie erfasse nur die höheren Schulen und bestehe (im Jahre 1935) aus ca. 100 Ortsgruppen mit 67 Lehranstalten. Auch an andern Universitäten fänden sich studentische Verbände mit ausgesprochener Tendenz gegen die Bestrebungen der marxistischen und kommunistischen Studentenschaft. So z. B. in Osaka oder Waseda.

Aber auch die Existenz „linker Studentenverbände“ vermag dem Sowjetberichtersteller keine allzu große Befriedigung abzurufen. Wohl ist es eine unbestrittene Tatsache, daß es an verschiedenen japanischen Universitäten „Zellen der Liga für proletarische Wissenschaft“ gibt, aber ihre Zahl scheint keineswegs so bedeutend zu sein, daß sie zu irgendeiner größeren Hoffnung berechtigt. Wir erfahren auch die Gründe, die für die Entstehung und, wie der Sowjetbericht meint, immerhin noch zu erwartende Ausbreitung, maßgebend sind. Einmal ist die schlechte wirtschaftliche Lage, in der sich ein Teil der Studenten befindet, Anlaß dazu. Zum andern liegt in der mangelnden Beschäftigungsaussicht der akademischen Jugend ein weiterer Grund zum Abbröckeln nach „links“. In Tokio z. B. waren ca. 6000 Jungakademiker ohne Arbeit. Charakteristisch ist der Rat, der vom Sowjetberichtersteller der japanischen linken Jugend erteilt wird: „sich aktiv in den andern Parteien zu betätigen“.

4. Die proletarischen Jugendverbände. Noch bescheidener als der Zusammenschluß linksradikaler studentischer Jugendverbände ist der Versuch, innerhalb der werktätigen Jugend bzw. der Arbeiterverbände Jugendgruppen ins Leben zu rufen. Dieser wurde u. a. in Tokio im Jahre 1932 gemacht, wo man im Anschluß an Arbeiterverbände zur Gründung proletarischer Jugendorganisationen schritt. Dazu gehörte der Verband der Transport-

arbeiter und jener der Straßenbahner. Der Erfolg war geradezu kümmerlich. Bei einer Gründungsversammlung erschienen ganze 300 Mann, so daß der Bericht selbst nur von einem „Versuch“ spricht. Das Ziel ist typisch: „Brechung des politischen, ökonomischen und sozialen Joches.“ Zu den wesentlichen Programmpunkten gehört u. a. „aktive Versammlungstätigkeit, Belehrung über schwebende Fragen, Schulung und Bildung einer Einheitsfront, sowie Kampf gegen den Faschismus“. Auch der „links-legale Berufsarbeiter-Verband“ Dsenno versucht die Organisation und Aktivierung der Jugend innerhalb der Berufsverbände, und auch jene der nichtorganisierten Jugend. Registriert werden „kleinere Teilverbände“ in verschiedenen Städten. Im September 1935 soll ein Kongreß der Jugend der links-legalen Verbände stattgefunden haben. Neben dem üblichen Programm interessiert die besondere Aufgabe: „Zusammenfassung und politische Aktivierung der nichtorganisierten proletarischen Jugend.“ Das Aktionsprogramm für die Jugend in Fabriken und Betrieben enthält besondere Anweisung für die organisierte Verbandsjugend. „Lehrgänge, Diskussionskurse, kulturelle Veranstaltungen.“ Sie sollen von der Jugend selbst ins Werk gesetzt werden. Bezeichnend für die letzte Ausrichtung innerhalb der proletarischen Verbände ist die geforderte Fühlungnahme mit der Jugend der landwirtschaftlichen Arbeiter. Wenngleich seit 1932 in den proletarischen Verbänden Stimmung für den Zusammenschluß der Arbeiterjugend gemacht wurde, so befriedigen, wie das der Kongreß des Dsenno im August 1935 ausspricht, die Ergebnisse keineswegs.

5. Die Gefahren. In der soeben gemachten Feststellung werden bereits die Gefahrenmomente sichtbar bzw. die Hoffnungen erkenntlich, die ein weiteres Umsichgreifen der Radikalisierung der japanischen Jugendbewegung nach Meinung der Sowjets erwarten lassen: wirtschaftliche Notlage, soziale Unzufriedenheit und das drohende Gespenst des Faschismus. Mit ihnen rechnet der Kommunismus. Durch diese Drohmittel hofft er neuen Wind in seine Segel zu bekommen. Darum sucht der Sowjetbericht auch mit besonderer Sorgfalt mögliche Bruchstellen in der japanischen Jugendorganisation aufzufinden. Eine solche, glaubt er, liege innerhalb des Sseien-dan selbst. In einigen Bezirken Japans herrsche eine lebhaft „oppositionelle Tätigkeit“ gegen die zentrale Leitung. Dort machten sich Strömungen geltend, die anscheinend mit den links-legalen Verbänden der Industriearbeiterschaft parallel gingen und die sich gegen den Versuch einer stärkeren Zentralisierung richteten. Hierbei darf man nicht vergessen, daß die verwaltungstechnische Leitung des Sseien-dan von offiziellen Stellen überwacht wird. Man widersetzt sich der Er-

nennung der Führer aus den Kreisen beamteter Erwachsener. Durchaus radikalistisch muten die Forderungen auf Beteiligung am Wahlkampf, für Freiheit der Versammlungen und der Presse an. Diese Ansprüche stehen ganz und gar im Widerspruch zu der im Seinen-dan selbst vorhandenen Einstellung, die ein völliges Sichfernhalten von dem parteipolitischen Interessenkampf verlangt und nur im Sinne einer nationalen, vaterländischen und kaisertreuen Weise sich einsetzen und arbeiten will. Eine „Politisierung“ im Sinne der Linken hätte zur unausweichlichen Folge die Spaltung und Aufspaltung der bisher noch einheitlichen Jugendbewegung.

Ein weiteres Gefahremoment liegt in dem Bestreben der Zentralkomitees der Arbeiterverbände. Sie suchen, worauf bereits oben hingewiesen wurde, eine Verbindung mit den landwirtschaftlichen Arbeitern und den kleinbäuerlichen Kreisen aufzunehmen, um deren Jugend in gesonderten Gruppen und Jugendvereinigungen zusammenzuschließen. So wäre Gelegenheit geboten, die bestehende Einheit der japanischen Jugend zu unterhöhlen. Auch hierbei sollen die Not und der schwere Lebenskampf des Bauerntums ausgenutzt werden, um Arbeiterschaft und Bauerntum zum gemeinsamen Marsch zu vereinen. Wenn auch vorläufig die Ablehnung des gewünschten Zusammenschlusses mit linkspolitischen Verbänden erfolgt ist, so will man trotzdem die Hoffnung nicht aufgeben, daß dies

doch noch möglich sein werde, da der landwirtschaftliche Produktionsverband „antikapitalistisch“ sei und sich vorwiegend aus „armen Leuten“ zusammensetze.

Auch in den Städten ist die gesteigerte militärische und nationalpolitische Anspannung Japans nach Meinung des kommunistischen Berichts ein brauchbarer Anlaß zur Radikalisierung und Aktivierung der berufstätigen Jugend im Sinne linksradikaler Betätigung. Hierbei spielten insofern begünstigende Umstände mit, als in einzelnen Bezirken der großen Industriestädte die Jugend des Proletariats bereits durch ihr Zusammenwohnen in Arbeitervierteln einer geschlossenen Beeinflussung unterzogen werden konnte. Bei verstärkter Aufklärung, vor allem im antikapitalistischen, antiimperialistischen und antimilitaristischen Sinne, sei die Möglichkeit des Anschlusses der Jugend an die politischen Bestrebungen der „Volksfront“ nicht ausgeschlossen. Bereits sei der Beginn zur Entwicklung einer „Einheitsfront“ gemacht. Der „Freiheitskampf“ kann nur geführt werden durch die Vereinigung der „Bauern und Arbeiter“ in der „proletarischen Organisation“. Also: in Ost und West die gleiche Taktik, hier wie dort das gleiche Ziel: Zersetzung und Aufspaltung einer nationalen und völkischen Einheit, unbekümmert darum, ob der Staat in einem Existenzkampf von unerhörten Ausmaß steht und das gesamte Volk zum geschlossenen Einsatz aller Kräfte aufruft.

H. Röckel.

Neue geopolitisch zu beachtende Karten und Atlanten

Zusammengestellt von Prof. Dr. E. Wunderlich,
Leiter des Volksdeutschen Kartendienstes Stuttgart

(Die erklärenden Vorbemerkungen über Zweck und Einteilung der Bibliographie, vgl. Heft 9, S. 768, 1937.)
Nähere Auskünfte über die Karten erteilt jederzeit gern und unentgeltlich der Volksdeutsche Kartendienst,
Deutsches Ausland-Institut, Stuttgart.

1. **Stieler, A.** Grand Atlas de Géographie moderne. 114 feuilles, comprenant 263 cartes gravées sur cuivre. 10. éd. Edition internationale. Publié par Prof. Dr. Hermann Haack, avec la collaboration du Dr. Berthold Carlberg et de Rudolf Schleifer. (57 Lfg.) Livraison 31–34. Gotha: J. Perthes, 1938. Jede Lfg. RM. 1.50.

Altbewährtes wissenschaftliches und zugleich praktisches Hauptatlaswerk. — Ist bemüht, politisch-geographische Übersichten der einzelnen Staaten mit einer sorgfältigen Reliefdarstellung zu verbinden. Abkürzungen, Terminologien usw. fremdsprachig.

2. **G. Freytags Welt-Atlas.** 263 (farb.) Karten auf 143 S. und Namensverzeichnis (neueste Ausgabe). Wien: Verlag Freytag & Berndt A.-G., 1938. RM. 8.—.

Kleines Nachschlagewerk mit Ortsverzeichnis. — Die farbigen Hauptkarten bieten politisch-geographische Übersichten der einzelnen Staaten bzw. Gebiete. Die ebenfalls farbigen Nebenkarten zeigen typische Landschaftsausschnitte und namentlich Lagepläne der wichtigen großen Städte der Erde.

3. **Dr. R. Korherr, Volk und Raum, Atlaswerk** mit 89 zum Teil farbigen Karten und Schaubildern, 3 durchschnittige Deckkarten. 166 S. Atlasformat 35 × 50 cm. Würzburg: H. Stürtz A.-G., 1938. RM. 12.80.

Studien- und Schulungsmaterial. — Folge von Schwarz-Weiß-Karten, Diagrammen usw., hauptsächlich zur Bevölkerungsfrage des Reiches (ohne Österreich) und der ostdeutschen, namentlich bayerischen Grenzgebiete, mit vergleichenden Rückblicken auf die entsprechenden Welt- bzw. europäischen Probleme; jeweils mit ausführlichem erläuterndem Text.

4. **F. W. Putzger, Historischer Schulatlas.** Gr. Ausg. 55. Aufl. Bearb. u. hrsg. v. Max Pehle, Hans Silberborth u. a. — Bielefeld und Leipzig: Velhagen & Klasing, 1938. 12 S. 160 Kt.-S. 4°. Hlw. RM. 5.40.

Neuaufgabe des altbewährten Schul-Geschichtsatlases. — Berücksichtigt vor allem die politisch-geographische Entwicklung Europas und Mitteleuropas. Praktisch wichtig ist das ausführliche, auch die einzelnen Kontinente und Gebiete berücksichtigende systematische Sachverzeichnis. Beigefügt ist eine Handkarte des neuen Reiches seit März 1938.

5. **Atlas zur Kirchengeschichte** von K. Heussi und H. Mulert. 66 Karten. 3. Aufl. Tübingen: J. T. B. Mohr, 1937. RM. 6.—.

Hauptsächlich praktisches Studienhilfsmittel. — Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung von der Geschichte der Alten Kirche bis zur letzten Jahrhundertwende. Mit kurzen

Erläuterungen zu den einzelnen Karten und einem Ortsverzeichnis.

6. **Rohstoff- und Kolonialatlas** von Prof. E. Pfohl. 120 mehrfarb., 120 einfarb. Karten, Diagramme. Berlin: Reimar Hobbing, 1938. RM. 32.—.

Wertvolles Studien- und Schulungsmaterial. — Neben einer allgemeinen Übersicht der Produktion der wichtigsten Rohstoffe und einer Darstellung der verschiedenen Kolonialreiche werden besonders die Produktions- und allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse der deutschen Kolonien dargestellt. Die mit farbigen Ortsignaturen versehenen Hauptkarten werden durch zahlreiche entsprechende Nebenkarten, statistische Diagramme usw. ergänzt.

7. **A. Thoran**, Velhagen und Klasings neuer Wirtschafts atlas; 64 S. Form.: 23,5 × 29,5 cm. Leipzig: Velhagen & Klasing, 1938. RM. 3.60.

Wirtschaftsgeographischer Schulatlas. — Im Vordergrund der farbigen Übersichten steht das Reich (einschließlich Österreich). Nur soweit entsprechende Unterlagen fehlen, ist die Ostmark unberücksichtigt geblieben. Als Abschluß ergänzende Wirtschaftskarten der außerdeutschen Länder und wirtschaftsgeographische Erdübersichten.

8. **Wir müssen wieder Kolonien haben!** Weltkarte im Äquatorial-Maßstab 1:35 Mill.; bearb. v. Dr. Dr. Fr. Lange; Form.: 120 × 90 cm; Farbendruck. Berlin: Reimer, 1938. Gefaltet im Umschlag RM. 4.—.

Hauptsächlich für Schulungszwecke. — Farbige Übersicht des Kolonialbesitzes der verschiedenen Völker; die deutschen Kolonien sind besonders hervorgehoben. Zum Vergleich sind außerdem durch Schwarz-Weiß-Signaturen die alten deutschen Überseekolonisationen eingetragen. Beigefügt sind noch verschiedene Statistiken und Wirtschaftsübersichten.

9. **Deutschland braucht Kolonien.** 1:47 Mill. Mehrfarbig; Form.: 64 × 92 cm. Stuttgart: Der praktische Schulmann, Keller und Nehmann, 1938. Unaufgezogen RM. 4.—; auf Lw. ohne Stb. RM. 5.—; auf Lw. m. Stb. RM. 6.—.

Für Unterrichts- und Schulungszwecke. — Übersicht des Kolonialbesitzes der verschiedenen Völker mit Flächenkolorit, unter besonderer Hervorhebung der deutschen Kolonialgebiete. Die Hauptkarte wird durch verschiedene statistische Diagramme ergänzt.

10. **Deutschlands Kolonien und die afrikanischen Besitzungen der Großmächte.** Die Hauptkarte 1:18 Mill. Nebenkarte 1:18 Mill. v. Fr. Rausch; mehrfarbig; Form.: 100 × 75 cm. Nordhausen/Harz: F. Rausch in Zusammenarbeit mit dem Reichskolonialbund, Berlin, 1938. Unaufgezogen RM. 5.—; auf Lw. m. Stb. RM. 10.—.

Für Schul- und Schulungszwecke. — Übersicht der Verteilung der deutschen Kolonien und der afrikanischen Besitzungen der Großmächte. Zur Ergänzung statistische Diagramme und eine etwas rohe Bildertafel der wirtschaftlichen Erzeugnisse der deutschen Kolonien.

11. **Yeni Türkiye Cumhuriyeti Haritasi.** Yayan: Ay Yıldız Pazarı Sahibi M.-Ayyıldız (1:2 Mill.). [Pol. Übersicht der Türkei.] Format: 89 × 60 cm; hrsg. 1938, Ankara.

Politisch-geographische bzw. administrative Handkarte. — Übersicht der einzelnen Verwaltungsgebiete mit Flächen- und Grenzkolorit. Ausschließlich türkische Beschriftung.

12. **Flemmings Generalkarte Nr. 2: Afrika.** 1:12 Mill. 31. Auflage; Format: 63 × 78 cm. Braunschweig: Westermann, 1937. RM. 2.80.

Politische und verkehrsgeographische Handkarte. — Gesamtübersicht des afrikanischen Kontinentes, einschließlich Mitteleuropas und Vorderasiens, mit Grenzkolorit und farbiger Hervorhebung der Gewässer, des

Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehrsnetzes sowie der Hauptfunkstellen. Zum Teil mit 5sprachiger Signaturerklärung.

13. **Africa Orientale Italiana, Impero D'Etiopia, Eritrea e Somalia Italiana**, 1:2,5 Mill.; mehrfarbig; Format: 80 × 88,5 cm. Novara: Istituto Geografico de Agostini, 1937. RM. 4.50.

Büro-Übersichtskarte. — Politisch-geographische bzw. administrative Darstellung, mit Grenz- bzw. Flächenkolorit für die einzelnen Kolonien und ihre Untergebiete, mit besonderer Hervorhebung der Straßen, Eisenbahnen usw. Nur italienische Bezeichnung.

14. **Congo Belge Carte Politique et Administrative.** Belgisch Congo Staatskundige en Bestuurlyke Kaart, 1:5 Mill. Mehrfarbig. Format: 49 × 47,5 cm; hrsg. Imp. litho de l'Institut Cartographique Militaire Brüssel. Bruxelles 1933, Neubearb. 1937.

Übersichts-Handkarte. — Politische bzw. administrativ-geographische Übersicht, mit Flächenkolorit für die 6 Provinzen von Belg.-Kongo. Mit farbiger Kennzeichnung des Gewässer- und Straßennetzes. Nur französische Beschriftung.

15. **Malaya**, etwa 1:4 Mill.; mehrfarbig; Format: 66,5 × 87 cm je Blatt; 4 Bl., hrsg. durch den Surveyor General F. M. S. & S. S., 1937. RM. 12.—.

Büro-Übersichtskarte. — Politisch-geographische bzw. administrative Darstellung, mit Flächenkolorit für die einzelnen Gebiete usw., ferner mit besonderer Kennzeichnung des Straßennetzes. Nur englische Bezeichnung.

16. **Flemmings Generalkarte Nr. 11: Europa.** 1:7,5 Mill.; Format: 80 × 64 cm. Mehrfarbig. 68. Aufl. Braunschweig: Westermann, 1938. RM. 1.80.

Büro-Übersichtskarte. — Politisch-geographische Karte für das gesamte Gebiet Europas, einschließlich des Mittelmeerraumes, mit Grenzkolorit und farbiger Hervorhebung der Hauptbahnen, Kabel usw.

17. **Flemmings Generalkarte Nr. 49: Mittelmeerländer (und Kanarische Inseln).** 1:4 Mill. Mit 25 Spezialkarten; Format: 117,5 × 87 cm; 8° Braunschweig: Westermann, 1938. RM. 2.80.

Bürokarte. — Politisch-geographische Übersicht des gesamten Mittelmeergebietes mit Grenzkolorit für die einzelnen Staaten und farbiger Kennzeichnung des Gewässer- und Verkehrsnetzes. Außerdem 25 Spezialkarten politisch bzw. wirtschaftlich wichtiger Teilgebiete in größerem Maßstab. Mit 5sprachiger Signaturerklärung.

18. **Ordnance Survey of Great Britain (Aeronautical Map): Midlands**, N. N. 30 S. E. 1:500 000; mehrfarbig; Format: 48,5 × 55,5 cm; hrsg. Ordnance Survey of Great Britain, Southampton 1937. RM. 2.—.

Spezial-Fliegerkarte. — Teilblatt der neuen mehrblättrigen Fliegerkarte 1:500 000, mit farbiger Eintragung aller für den Flugverkehr wichtigen Angaben und neuartiger Farbengebung für die Höhenstufen. Ausschließlich englische Beschriftung.

19. **Eesti** (Übersichtskarte von Estland) 1:500 000; mehrfarbig; Format: 91 × 63 cm; hrsg. SV. ST. Topo-hüdograafia Osakonna Väljaanne Tallin-Reval, 1937.

Büro-Übersichtskarte. — Politisch- bzw. verkehrsgeographische Darstellung, mit Grenzkolorit für die einzelnen administrativen Gebiete, ferner mit farbiger Kennzeichnung der Wälder und des Gewässernetzes sowie Angabe der für den Land-, See-, Luftverkehr usw. wichtigen Einzelheiten durch farbige Ortsignaturen. Mit estnischer und englischer Zeichenerklärung.

20. **Topographische Karte von Estland**, 1:200 000; Blatt 12 Osmussaar, Blatt 23 Pärnu, Mehrfarbendruck; Format: 43 × 55,5 cm; Reval-Tallinn: Kv. st. Topo-hüdograafia osakond, 1937. Eks. 2.—.

Topographische Übersichtskarte. — Neue Teil-

blätter des offiziellen Kartenwerkes in der üblichen Ausführung, mit Grenzkolorit sowie farbiger Kennzeichnung des Geländes, Gewässernetzes und der Waldungen sowie besonderer Hervorhebung der Verkehrswege.

21. **Nouvelle Carte Politique de L'Union des Républiques Socialistes Soviétiques**; Conforme à la Constitution Stalinnienne, Dez. 1937. 1:5 Mill. Mehrfarbig; 2 Bl. Format: 92 × 111 cm je Blatt; hrsg. Bureau D'Éditions, Paris, 1937. RM. 6.—.

Wandkarte, hauptsächlich für Bürozwwecke. — Politisch-geographische bzw. administrative Übersicht der Sowjetunion mit Grenz- bzw. Flächenkolorit für die einzelnen Gebiete. Mit einer Nebenkarte über die Verbreitung der Volksdichte, dazu drei verschiedene Tabellen über Flächen- und Einwohnerzahl und die größeren Städte nach dem Stand von 1933. Abschließlich französische Beschriftung.

22. **Ravenstein-Karte von Deutschland** mit den Gaugrenzen der NSDAP. 1:2 Mill. Format: 72 × 65,5 cm. Mehrfarbig. Frankfurt a. M.: Ravenstein, 1938. RM. 1.10 bzw. —72.

Hand- und Bürokarte. — Politisch-geographische bzw. administrative Übersicht mit Grenz- bzw. Flächenkolorit für die einzelnen Gebiete. Verschiedene kleine Nebenkarten für wichtige Landschaften sowie eine tabellarische Übersicht über Fläche und Bevölkerung der einzelnen Reichsteile.

23. **Das Großdeutsche Reich** mit der Gaueinteilung der NSDAP. 1:2 Mill.; mehrfarbig; Format: 65 × 57,5 cm. Wien: Freytag & Berndt. RM. 1.20.

Hand- und Bürokarte. — Politisch-geographische bzw. administrative Übersicht mit Grenz- bzw. Flächenkolorit für die einzelnen Reichsgebiete.

24. **F. W. Putzger**, Historischer Schulatlas, Ausgabe für die Schweiz; hrsg. i. A. d. Vereins Schweizer Geschichtslehrer v. Dr. Th. Müller-Wolfer; 3. Aufl. 144 Karten, 4°. Aarau: H. R. Sauerländer & Co., 1938. RM. 4.70.

Hauptsächlich für Unterrichtszwecke. — Wesentlich veränderte, systematischer geordnete und teilweise auch erweiterte Neuauflage. Da ein besonderer Atlas zur Schweizer Geschichte im Entstehen begriffen ist, sind die Schweizer Blätter aus Ersparnisgründen weggelassen worden.

25. **Die Tschechoslowakei im Spiegel der Statistik** (4sprachig) v. Erwin Winkler, 89 S. 4° Querformat mit 1 Karte: Nationalitätenkarte der Sudetenländer v. Erwin Winkler, 1:750 000. Karlsbad-Leipzig: K. Frank, 1937. Kc. 28.—; Einzelpreis d. K. Kc. 5.—.

Für Studien- und Nachschlagezwecke wichtig. — Weniger ein Atlas, als ein mehrfach durch Karten erläutertes statistisches Handbuch mit zahlreichen Tabellen und Diagrammen, das über alle wichtigen Bevölkerungsdaten der Tschechoslowakei rasch orientiert. Mit fremdsprachigem (engl. und franz.) Resumé und einem entsprechenden Verzeichnis der Fachausdrücke. Beigegeben ist eine farbige Nationalitätenkarte der Sudetenländer (1:750 000), die vor allem den Prozentanteil der deutschen Bevölkerung heraushebt.

26. **Polen und seine Wirtschaft**, hrsg. P. H. Seraphim; 117 Kartenbl., 350 Einzelkarten; 4° Querformat; Königsberg: Selbstverlag d. Instituts für Osteuropäische Wirtschaft, 1937. RM. 6.—.

Beachtenswertes Studien- und Nachschlagewerk. — Sammlung von über 100 Schwarz-Weiß gezeichneten Haupt- und zahlreichen Nebenkarten, die die für Geschichte, Raum, Bevölkerung, Wirtschaft und Verkehr sowie für Kultur und die militärische Ausrüstung Polens wichtigsten Daten in ihrer Verbreitung zur Darstellung bringen. Mit ausführlichem erläutern-dem Text.

27. **Atlas Nazw Geograficznych Slowniaŝzyny Zachodniej**. Atlas des Noms Géographiques des Pays Slaves Occidentaux. Atlas of western slav Geographical names. Teil II A 1:300 000; Folio; hrsg. v. Instytutu Geograficznego Uniwersytetu Poznańskiego. (Geographisches Institut der Universität Posen; 1934/37.) Lemberg-Lwow: Książnica-Atlas.

Siedlungsgeographisches Studienmaterial. — Teillieferung eines umfassenden Kartenwerkes, das die historische Verbreitung der slawisch-geographischen Namen in Mitteleuropa, insbesondere im Elbe- und Odergebiet, zur Darstellung bringen will. Die Eintragungen sind jedoch, infolge der einseitigen politischen Einstellung der Bearbeiter, nicht zuverlässig.

28. **Deutscher bauerlicher Grundbesitz im Kalischer Land um das Jahr 1933**, v. Dietrich Reiser; 1:100 000; mehrfarbig; Format: 78 × 81 cm; erschienen in Petermanns Geogr. Mittell. 84. Jahrg., Heft 3, März 1938. Gotha: Perthes.

Verdienstliche Bevölkerungs- und wirtschaftsstatistische Übersicht. — Gibt für den Raum Peiser-Kolo-Sieradz-Kalisch die Stärke des deutschen bauerlichen Grundbesitzes nach dem Stand von 1933 durch farbige Ortssignaturen an.

29. **Die natürliche Bevölkerungsvermehrung (Geburtenüberschuß) im westlichen Ungarn** im Jahresdurchschnitt 1921—1930 v. T. d. Bevölkerung im Vergleich zum Landesdurchschnitt. Maßstab 1:1,5 Mill. Format: 23 × 23 cm. Mehrfarbendruck mit Deckblatt. Das deutsche Siedlungsgebiet im Donaulande Ungarns nach dem Stand von 1920. Kartenbeilage zum Aufsatz von Albrecht Burkard im Deutschen Archiv für Landes- und Volksforschung, Heft 3, Leipzig: Hirzel, 1937.

Wichtiges bevölkerungsstatistisches Studienmaterial. — Auf dem Hintergrund einer Karte des Geburtenüberschusses 1921/30 für das westliche Ungarn zeigt eine Pausenkarte die deutschen Siedlungsgebiete mit dem Prozentanteil der deutschen Bevölkerung für 1920 und läßt so die Geburtenentwicklung bei der deutschen und fremden Bevölkerung gebietsweise leicht verfolgen.

30. **Die deutschen Siedlungen in Slawonien** nach den Ergebnissen der Volkszählung v. 31. März 1931 von W. Sattler; 1:750 000 mit Deckblatt; Form.: 32 × 23 cm. Karte zum Aufsatz in der Zeitschrift: Auslandsdeutsche Volksforschung, Jahrg. 2, Heft 1, 1938.

Bevölkerungs- und siedlungsgeographisches Studienmaterial. — Übersicht des Prozentanteils der deutschen Bevölkerung, zugleich mit genauer Eintragung der einzelnen deutschen Siedlungen nach dem Stand von 1931.

31. **Österreich** 1:1 000 000. Die Gaueinteilung der Ostmark. Format: 57 × 41 cm. Mit einer Nebenkarte. Mehrfarbig. Wien: Freytag & Berndt, 1938. MR. 1.—.

Hand- und Bürokarte. — Politisch-geographische Übersicht der Ostmark, mit Flächen- bzw. Grenzkolorit für die einzelnen administrativen Teilgebiete.

Dieser Ausgabe liegt der Prospekt des Eugen Diederichs Verlages, Jena, bei für sein Werk von Giselher Wirsing: „Engländer, Juden und Araber in Palästina“, den wir der freundlichen Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Staatenwirtschaft

Beiträge zum Staatshandeln in den Außenwirtschaften

STÄNDIGE BEILAGE ZUR ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Schriftleitung: Dr. Arnold Seifert, Leipzig

1938

September

Nr. 5

PHILIPP H. LOHMANN:

Die Goldpolitik der Vereinigten Staaten

In den letzten Jahren befand sich die amerikanische Goldpolitik auf Grund der zu hohen Abwertung des Dollars zwischen Scylla und Charybdis, d. h. sie mußte sich darüber klar werden, ob sie die Goldankäufe fortsetzen und sich in weitere Schulden stürzen oder ob sie zu einer Senkung des Goldankaufpreises schreiten wollte. Anlaß für die Abwertung war der Wunsch, durch die Herabdrückung des Dollars eine Steigerung des Preisniveaus herbeizuführen und dadurch den Schuldnern, besonders den Farmern, wieder etwas Luft zu schaffen. In Mittelwesten drohten schwere Unruhen, und teilweise brachen sie auch aus. Man ist sich heute noch nicht darüber einig, ob damals die Abwertung tatsächlich die Preise hinauftrieb oder ob der natürliche Einfluß des langsam wiederkehrenden Optimismus der Anreiz für die höheren Preise war. Im Januar 1934 stand der Index des amerikanischen Arbeitsministeriums auf 72 (1926 = 100); Ende Juni 1934 erreichte er nur erst 74,8. Zwar wurde Ende März 1935 ein neuer Höchststand von 78,9 erzielt, aber diese Preiserhöhung beschränkte sich nur auf landwirtschaftliche Produkte; Industrieprodukte verzeichneten einen bedeutenden Rückgang im Preis. Sicherlich muß also die überproportionale Erhöhung in den Agrarpreisen auch auf nichtmonetäre *New Deal*-Maßnahmen zurückgeführt werden, z. B. auf die Erntekontrollprogramme der *Agricultural Adjustment Administration*, usw.

Warum nun zögerte Washington im Jahre 1937, den Goldpreis zu senken, in einer Zeit, in der man sich allenthalben über den zu großen Goldstrom beklagte? Dafür bestehen vier Hauptgründe:

1. 1937 lagen die Großhandelspreise noch immer unter den Preisen der Hochkonjunkturperiode von 1926, die dann und auch heute noch das Ziel der Preispolitik des Präsidenten Roosevelt sind.

2. Eine kleine Senkung des Goldankaufpreises, etwa um zehn Prozent, würde den Goldstrom nur vergrößert haben, da man eben dann eine weitere, dauernde Senkung befürchtet haben würde.

3. Eine große Senkung, wie sie z. B. der alte Senator Glass (aus dem Staate Virginia) forderte, etwa um zehn Dollar pro Unze, würde Amerika ungefähr 3,5 Milliarden Dollar gekostet haben. In Nr. 2 (September 1937) der *Staatenwirtschaft*, S. 785, hat Heinrich Rittershausen die Überzeugung ausge-

sprochen, ein solcher Verlust des Buchgewinnes der Abwertung wäre zu verschmerzen gewesen. Wir möchten das bezweifeln. Als man abwertete, ergab sich ein Buchgewinn von 2,8 Milliarden Dollar, von dem 2 Milliarden Dollar in den Währungsausgleichfond und 800 Millionen Dollar in Fonds für wirtschaftliche Kredite gingen. (Die italienische Baumwolleneinkäufe wurden z. B. durch die Import- und Exportbank in Washington getätigt, die diese Kredite teilweise erhielt.) Ob diese zwei Milliarden noch immer in dem Währungsausgleichfond sind oder ob sie für andere uneinbringbare Zwecke gebraucht worden sind, weiß man nicht. Jedenfalls wäre eine große Senkung nicht nur eine Frage des Verlustes des ursprünglichen Buchgewinnes, sondern auch die eines neuen Verlustes, ist doch Unze für Unze Gold mit 35 Dollar bezahlt worden.

4. In Anbetracht der großen Ernten in Amerika, die zum ersten Male wieder seit dem Anfange der Depression Agrarexporte versprochen, und auf Grund von Fehlernten anderswo, z. B. in Kanada, konnte und kann die demokratische Partei, die sich ohnedies schon zu spalten droht, — schon angelt die republikanische Oppositionspartei nach den Stimmen der Farmer! — der Agrarausfuhr keine neuen Hindernisse in Gestalt eines teureren Dollars in den Weg legen.

Daraus ergeben sich vier mögliche Wege. Zunächst eine Beschränkung der Goldproduktion durch ein internationales Abkommen. Sie scheidet aus, weil Rußland ohne Rücksicht auf Kostenaufwand produziert, und weil Länder wie die Südafrikanische Union einem solchen Vertrag wohl schwerlich zustimmen dürften. Ferner könnte eine solche Vereinbarung nur getroffen werden, falls Amerika sich zu größeren Handelszugeständnissen bereit erklären würde, was an den Felsen engstirniger Parteipolitik scheitern dürfte. Zweitens wäre eine Aufgabe der Sterilisierungspolitik möglich, die das Anwachsen der Staatsschulden unterbinden könnte. Die damit drohende Ausdehnung des Kredit- und Notenumlaufes könnte durch eine weitere Heraufsetzung der Pflichtkassenbestände der amerikanischen Banken abgewendet werden, was allerdings einer strukturellen Veränderung des Bankgefüges gleichkommen würde, da man in diesem Falle vielen kleinen Banken (Amerika ist noch immer das Land der kleinen Banken — *Country Banks* —), deren Kassenbestände nicht zu steigern wären, die Profitmöglichkeit schmälern würde. Durch die niedrigen Zinssätze und die hohen Pflichtkassenbestände hätten viele kleine Banken keine besonders günstige Verdienstmöglichkeiten. Der dritte Weg wäre ein ungehinderter Zustrom des Goldes ohne Sterilisation. Es gibt noch immer Leute, die glauben, daß der eventuell erfolgende Preisaufstieg die Goldproduktion zur Abstopppung bringen würde. Man scheint aber zu vergessen, daß in diesem Falle eine achtzigprozentige Preissteigerung nötig wäre — und nicht nur in den Vereinigten Staaten. Schließlich wurde eine Senkung des Goldpreises von verschiedenen Seiten empfohlen. Da aber eine kleine Preisreduktion — wie bereits angedeutet — unter gegenwärtigen Verhältnissen nur eine neue „Goldpanik“ mit sich bringen würde, ist diese Möglichkeit ausgeschlossen. Außerdem würde man eine große Welle der Goldenthörung, wie z. B. im Frühjahr 1937, in Kauf nehmen müssen, und die Inflationsangst, besonders in Amerika, würde nur verstärkt werden. Wie ebenfalls bereits angedeutet, erlaubt außerdem die parteipolitische Situation keine große Herabsetzung des Goldankaufpreises.

Ein Rückblick auf das Jahr 1937 ist in dieser Hinsicht lehrreich. Im Frühjahr 1937 begann ein neuer großer Goldstrom nach Amerika zu fließen. Die amerikanische Goldeinfuhr betrug im

1. Vierteljahr 1937:	339 Millionen Dollar	
2. Vierteljahr 1937:	651 Millionen Dollar	
3. Vierteljahr 1937:	394 Millionen Dollar	
4. Vierteljahr 1937:	1 Million Dollar	1 385 Millionen Dollar
Heimische Goldproduktion		143 Millionen Dollar

Dieser Zuwachs des amerikanischen Goldbestandes war höher als die ganze Weltproduktion für 1937, die sich nur auf 1219 Millionen belief. Wie aus den Zahlen ersichtlich, gingen im letzten Vierteljahre die amerikanischen Goldimporte scharf zurück. Das hatte seine Ursache darin, daß sich die Befürchtungen einer Senkung des Goldpreises als unbegründet erwiesen, und daß das letzte Vierteljahr einen starken Rückgang der heimischen industriellen Produktion, und besonders eine drastische Aktienbaisse, brachte. So sah man zum ersten Male wieder seit langer Zeit einen Massentrückstrom des internationalen Fluchtkapitals nach Europa. Bedauernswerterweise hielt diese vernünftige Richtung des Goldstromes nicht an. Besonders jetzt hat die tschechoslowakische Frage dazu geführt, einen großen Teil dieses Fluchtkapitals wieder nach New York zu bringen. Außerdem wird die neue durch die innere Krisenlage hervorgerufene Aktivität des amerikanischen Außenhandels noch weitere Goldsendungen nach New York mit sich bringen. Die amerikanische Ausfuhr für die ersten vier Monate des Jahres 1938 belief sich wertmäßig auf 1102 Millionen Dollar, im Vergleiche zu 981 Millionen Dollar im Vorjahre. Die amerikanische Einfuhr für die gleiche Periode war wertmäßig nur 667 Millionen Dollar in den ersten vier Monaten, im Vergleiche zu 1113 Millionen Dollar im Vorjahre. Also eine aktive Bilanz von 435 Millionen Dollar!

Die stetig wachsende innere Depression brachte im Frühjahr 1938 wiederum eine radikale Änderung der amerikanischen Goldpolitik. Anlässlich einer Pressekonferenz am 18. Februar 1938 sprach der amerikanische Präsident, Mr. Roosevelt, die folgenden inhaltsreichen Worte: „Die während einer gegebenen Periode zu treffenden Maßnahmen der Preispolitik der Regierung müssen auf die Lage im gegebenen Augenblick abgestellt werden. Vor einem Jahre bestand eine gerechtfertigte Befürchtung, daß die schnellen Preissteigerungen verschiedener Produkte eine spekulative Hausse ermutigten. Während der letzten sechs Monate jedoch sind starke Preissenkungen eingetreten, und die industrielle Produktion ist stark zurückgegangen. Die Änderung dieser Deflationstendenz muß das Grundprinzip der staatlichen Preispolitik sein.“ Damit leitete Roosevelt eine neue reflationistische Phase ein. Die Sterilisierungspolitik wurde dahin geändert, daß mit künftig einströmendem Gold die Kreditschöpfungsmöglichkeit der Banken vierteljährlich um 100 Millionen Dollar ausgeweitet werden darf, Goldeinfuhren über diesen Betrag hinaus jedoch nach wie vor in den Sterilisierungsfond zu fließen haben. Das bedeutete in Wirklichkeit die volle Aufhebung der Goldsterilisierung, denn die Goldzufuhr für das erste Vierteljahr 1938 hat schwerlich diesen Betrag überschritten, und angesichts des andauernden wirtschaftlichen Rückschlages traf die Regierung im April 1938 sogar noch weitere Maßnahmen zur Verflüssigung der Kreditmärkte, in der Hoffnung, der Privatinitiative neue Impulse zu geben. Sie verfügte die vollständige Liquidierung des Sterilisationsfonds, den ungehinderten Zustrom neuen Goldes, ohne weitere Sterilisation und die Herabsetzung der Reservedeckungssätze der amerikanischen Banken.

Die amerikanische Kreditkapazität ist durch diese neuen Verordnungen außerordentlich gestiegen. Wenn die Entsterilisation vollständig durchgeführt ist, werden die Reservedeckungs-

sätze zirka 9 Milliarden Dollar betragen; die Überschußreserven belaufen sich dann auf 3,8 Milliarden Dollar. So lange diese Überschußreserven als unausgenützter Kredit bei den Bundesreservebehörden liegen, d. h. so lange der gegenwärtige Rückschlag die Privatwirtschaft von neuen Investitionen abhält, kann man dadurch wohl kaum auf irgendeine Preissteigerung hoffen, die die Räder der Wirtschaft wieder in Bewegung setzen würde. Die überspitzte Inflationsangst der Republikaner, die tagtäglich „inflation“ heult, kann unter gegenwärtigen Verhältnissen nur politische Gründe haben. Daß allerdings die Gefahr einer Inflation besteht, ist klar. Im Ernstfalle können aber die Bundesreservebehörden durch Offenmarktoperationen und Erhöhung des offiziellen Rediskontsatzes sowie durch erschwerte Rediskontbedingungen eine Kreditinflation mehr oder weniger verhüten. Auf der anderen Seite muß jedoch zugegeben werden, daß die innerpolitischen Verhältnisse immer dann Schwierigkeiten bereiten, wenn eine Verengung des Kreditspielraums beabsichtigt wird, da die Oppositionspartei die Regierung beschuldigen würde, einen gesunden Wirtschaftsaufstieg unterbunden zu haben.

Diese neue amerikanische Kursänderung ist nicht nur vom wirtschaftlichen, sondern auch vom politischen Standpunkt aus hochinteressant. Die verschiedenen Phasen, durch die die amerikanische Finanzpolitik bis zu dem Punkte gekommen ist, an dem England bereits im Jahre 1932 angekommen war¹⁾, geben einen viel-sagenden Einblick in die Regierungsprobleme einer Demokratie, die sich gegenwärtig *volens nolens* in einer radikalen Strukturwandlung befindet. Präsident Roosevelt und seine Ratgeber sahen Ende Oktober 1933 ein, daß die Offenmarktoperationen der Bundesreservebehörden allein nicht imstande sein würden, eine Preissteigerung, wie sie die Regierung wünschte, d. h. zurück zu dem Preisniveau von 1926, herbeizuführen. Wie schon immer in der amerikanischen Geschichte, brachten auch diesmal fallende Preistendenzen in der Ernährungswirtschaft Inflationsforderungen mit sich. Die Agrarier waren für eine Geldinflation durch Erhöhung des Bargeldumlaufes in Gestalt neuer Ausgaben der Bundesreservebanken (eine Wiederholung der Greenback-Periode des amerikanischen Bürgerkrieges); dann gab es auch noch Stimmen, die sich für die Silberremonetisierung äußerten. Es gibt in den Vereinigten Staaten sieben Staaten, die Silberproduzenten sind, und die vierzehn Senatoren in Washington haben. Vierzehn Stimmen im Senat, der aus sechsundneunzig Senatoren besteht, können in einer hitzigen Debatte ausschlaggebend sein... Es ist bezeichnend, daß diese sieben Staaten mit ihren vierzehn Senatoren nur eine Bevölkerung aufweisen, die ungefähr der des kleinen Staates New Jersey entspricht. Der Grund für die lächerliche Silberpolitik der amerikanischen Regierung ist in diesem Zustand zu suchen. Der Präsident braucht Stimmen im Senat; der einzige Weg, diese Stimmen für

¹⁾ Es empfiehlt sich, hier zu bemerken, daß man von einer gemeinsamen und planmäßigen englisch-amerikanischen Goldpolitik nicht sprechen kann. Das amerikanisch-englisch-französische Dreimächteabkommen vom September 1936 ist vierundzwanzigstündig kündbar, und um Amerika zu einer definitiven gemeinschaftlichen Politik zu überreden, müßte sich die britische Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten wohl noch sehr ändern. Zu verweisen ist auch auf den Mandchurei-Zwischenfall von 1932, bei dem der „*perfidious albiion*“ (ein Ausdruck, der gegenwärtig wieder sehr von der amerikanischen Presse in Anspruch genommen wird) versuchte, die Amerikaner dazu zu gebrauchen, die englischen Kastanien aus dem Feuer zu holen. Selbst der neue vor dem Abschluß befindliche Handelsvertrag zwischen beiden Ländern dürfte die Sache zur Zeit nicht wesentlich ändern können, denn die Neutralitätsgesetzgebung, so ungeschickt sie ist, stellt einen mehr oder weniger geschlossenen Willen des amerikanischen Volkes dar. Vielleicht spricht die politische Lage in Europa in einem englisch-amerikanischen Freundschaftsvertrag das letzte Wort, aber alles in allem ist der Durchschnittsamerikaner ein ziemlich eigennütziger Kerl, den die wirtschaftlichen Beziehungen am meisten interessieren.

sich zu erhalten, ist eben die Zustimmung zu den gewünschten Vorlagen dieser Staaten — — —! Der Hauptberater des Präsidenten, Professor G. F. Warren, zog Devaluation als Preiserhöhungsmechanismus einer Bargeldinflation vor. Diese Abwertungsmaßnahmen von 1934 waren freiwillig getroffen, da der Dollar zu jener Zeit keinem ausgesprochenen Druck unterlag. Die zu hohe Abwertung und die dadurch herbeigeführte Hausse in den Effektenmärkten brachten einen Goldzustrom mit sich, dem zuerst keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt wurden; die nationale Kreditkapazität wurde dadurch natürlich außerordentlich erhöht. Aber es dauerte nicht lange bis die enormen Überschußreserven der Banken die Besorgnis der Bundesreservebehörden erregten, besonders als das erste Quartal 1937 starke Preissteigerungen mit sich brachte. Die Reservedeckungssätze wurden sodann um hundert Prozent erhöht. Dann kam der Sterilisationsfond, in den später nur noch die Überschußbeträge der Goldeinfuhr von 400 Millionen Dollar per Jahr gehen sollten. Schließlich, in ihrer sprichwörtlichen Sprunghaftigkeit, erweiterte die Regierung wieder den Kreditspielraum durch eine Senkung der Reservedeckungssätze und schritt zu einer vollständigen Entsterilisierung des angehäuften Goldes. Augenblicklich ist das Problem, den Goldzustrom mit der Kreditlage in Entwicklung zu bringen, vollständig der amerikanischen Regierung überlassen.

Im Hinblick auf den Chamäleon-Charakter der amerikanischen Politik ist eine Prognose nahezu unmöglich. Man kann nur annehmen, daß die Bundesbehörden die Finanzierung der Goldeinfuhr fortsetzen werden, jedoch Gold direkt in die Hände der Reservebanken übergehen lassen, falls es ihren Plänen entspricht; was natürlich wieder zu einem großen Teil von der innerpolitischen Lage abhängt. Sollte ein solches Verfahren gegen die bestehenden Pläne verstoßen, so würden zweifellos die Behörden das Gold in einem Währungsfonds halten, der ungefähr dem englischen Währungsfonds entsprechen würde. So liegt denn die Zukunft der amerikanischen Goldpolitik sehr im Dunkel. Es scheint ziemlich ausgeschlossen, daß ein System entsteht, in dem der Goldpreis häufig geändert wird, um Preis- oder Handelstendenzen zu steuern. Man kann wohl theoretische Experimente ausarbeiten, aber in der Praxis ist eine experimentale Preissenkung oder Preiserhöhung des Goldpreises undenkbar. Die unvermeidlichen Rückschläge einer solchen Politik würden keine zweite Manipulation zulassen. Dann muß man sich auch erinnern, daß es eben in einer Demokratie nur regionale oder Stände- oder Klassenpolitik gibt. Der amerikanische Kongreß kennt nur Einigkeit, wenn es darauf ankommt, Republikaner oder Demokraten, die sich um die Partei verdient gemacht haben, mit schönen Stellungen zu belohnen. Es gibt in einem zwei-partei politischen Staate nur „Job“-Politik. In der Vergangenheit war das erfolgreiche Arbeiten des Goldstandards auf die jeweilige Goldproduktion angewiesen. Eine fallende Goldproduktion und eine stabile oder höhere Güterproduktion (*ceteris paribus!*) brachte eine Preissenkung mit sich. Für absehbare Zeiten wird die Goldproduktion genügen, die Stabilität der Preisrelationen zu bewahren. Um unliebsame Preissteigerungen zu vermeiden, müssen die Nationen, die große monetäre Goldbestände verzeichnen, einen Teil ihrer Bestände in besondere Fonds stellen, um den Kreditspielraum der Güterproduktion anzupassen. Eine solche Politik würde wenigstens zwei Vorteile haben. Auf der einen Seite könnte ein Massenrückstrom europäischen Fluchtkapitals jeder Zeit ausgeführt werden, ohne die Kreditschöpfungsmöglichkeit zu beengen.

Auf der anderen Seite, im Falle einer höheren Güterproduktion, kann bei einer teilweisen Liquidierung des Fonds das Preisniveau stabil gehalten und dadurch eine Erhöhung der Kreditkapazität herbeigeführt werden.

Die Aufrechterhaltung des Goldpreises für die nahe Zukunft scheint gute Resultate zu versprechen, vorausgesetzt, daß die internationalen Gläubiger, insbesondere die Vereinigten Staaten, ihre ganze Kraft daran setzen, die gegenwärtige sinnlose Richtung des Goldstroms zu ändern. Handelspolitik *per se* allein kann diese notwendige Änderung in der strukturellen Fehlverteilung der monetären Goldbestände der Welt aber nicht herbeiführen. Falls sich die Welt wirklich mit der Frage eines neuen Goldstandards beschäftigt, muß sie berücksichtigen, daß es im großen und ganzen nicht die Größe des individuellen Goldbestandes ist, die die erfolgreiche Handhabung eines Goldstandards garantiert, sondern die Fertigkeit, mit der die Goldüberweisungen von einem zum anderen nationalen Bestand und die Gleichschaltungen zwischen nationalen und Weltsituationen ausgeführt werden. Außerdem kann eine Stabilisierung, besonders in Amerika, nicht auf Grund der gegenwärtigen Überschußreserven vorgenommen werden. Die Frage der Sterilisation der Goldüberschußdeckungen oder neuer internationaler Investitionen muß dann auch endgültig beantwortet werden. Schließlich darf man nicht vergessen, daß die Finanzpolitik nur einen Teil der Wirtschaftspolitik darstellt. Solange Amerika von einem materiell-mechanistischen Liberalismus beherrscht wird, dem die Worte „Funktion“, „Gliederung“, „Organismus“ und „Ganzheit“ fremd sind, kann einfach keine nationale Wirtschaftspolitik begründet werden. Solange dieser Mißstand dauert, wird man mit der Sprunghaftigkeit der amerikanischen Wirtschaftspolitik vorliebnehmen müssen.

PETER SCHISCHKOFF – HEINZ WILSDORF:

Die zwischenstaatliche Lenkung der Türkenrückwanderung aus den Balkanländern

Der Südosten hat seit dem vorigen Jahrhundert Wanderungen in einem Umfang erlebt, der für den gesamten Balkan, insbesondere für die Türkei, einschneidende Folgen hatte. Im vergangenen Jahrhundert wurden die Wanderungen über die Grenzen des Osmanischen Reiches zumeist durch religiöse Motive bestimmt; durch die Balkankriege, durch das Völkerringen 1914/18 und den türkisch-griechischen Kampf wurden für die zwischenstaatlichen Wanderungen politische Momente maßgebend. Die Beseitigung der Spannungen zwischen den in Betracht kommenden Staaten sah man in der Lösung der konfessionell-nationalistischen Frage oder, wie man heute sagen würde, in der Ausschaltung der völkischen Reibungsflächen. In einer Zeit, da noch niemand daran dachte, über eine „Bedrohung“ der „demokratischen Freiheiten“ durch Kamalismus, Faschismus, Nationalsozialismus klagen zu müssen, wurden zwischenstaatliche Vereinbarungen getroffen, die einschneidende lenkerische Maßnahmen der Staatsführung in die Wirtschaft der Länder, in die persönliche Freiheit der Bevölkerung nach sich zogen. Einmal ist es die im Jahre 1913 geschlossene türkisch-bulgarische Konvention von Adrianopel, die sich auf die gegenseitige Auswanderung türkischer und bulgarischer Gruppen aus dem Grenzgebiet in Thrakien erstreckte. Zum anderen sind

es die Friedensverträge von Neuilly 1919 und von Lausanne 1923, durch die ein Bevölkerungsaustausch völkerrechtlich geregelt wurde, dessen Auswirkungen in den betreffenden Staaten heute noch nicht überwunden ist.

Die Auswanderung aus der Türkei wurde durch die erwähnten Kriege eingeleitet. Handelte es sich hierbei um griechische und armenische Flüchtlinge, die von sich aus dem Haß und den Verfolgungen durch die türkischen Bauern und türkischen Machthaber zu entkommen suchten, so wurde insbesondere durch die beiden Friedensverträge aus der unregelmäßigen Wanderung ein staatlich gelenkter Bevölkerungsaustausch. Der Eingriff der Staatsführungen wurde notwendig, da eine derartige Massenbewegung nicht mehr sich selbst überlassen werden konnte, sollte sie nicht zu einer nicht wiedergutmachenden Katastrophe führen. Dieser kleinasiatisch-griechische Bevölkerungsaustausch ist übrigens einer der wenigen Fälle, in denen der Völkerbund nicht versagt hat. Der Zwang zu einer staatlichen Regelung ist ohne weiteres verständlich, wenn man bedenkt, daß seit 1912 die Türkei rund 2 Millionen Menschen, zum größten Teil Griechen und Armenier, verlor. Die Regierung Kamal Atatürks hatte aus wirtschaftlichen und politischen Gründen Interesse an einer Beeinflussung der Wanderungen. Durch die Auswanderer verlor die Türkei außer einer großen Zahl von Bauern den größten Teil ihrer kleinen Händler, Großkaufleute, einen Teil ihrer Gewerbetreibenden sowie fast alle Fischer. Da die Türken fast durchweg im erwerbswirtschaftlichen Denken völlig ungeschult waren, konnte der türkische Staat im Hinblick auf das absolute Übergewicht der Griechen und Armenier in Handel, Gewerbe, der Schifffahrt, dem Bankwesen und der Fischerei an einer radikalen Vertreibung dieser Kreise kein Interesse haben. Um noch schwerere wirtschaftliche Erschütterungen zu vermeiden, wurden im Hinblick auf die griechischen Handels- und Bankierkreise der Stadtbezirk Konstantinopel sowie die Inseln Imbros und Tenedos vom Austausch ausgenommen; als Gegenleistung sah Griechenland von einer Ausweisung der Türken aus Westthrakien ab. Politisch legte die türkische Regierung Wert darauf, einen türkischen Nationalismus heranzuziehen, Gegner der neuen Staatsform zur Ohnmacht zu zwingen und die aus dem Ausland hereinströmenden Türken zur Mitarbeit am Aufbau des neuen Staates anzusetzen. Auch durfte sich anderseits die neue Türkei, um den inneren Bestand des Staates zu sichern, nicht der Gefahr aussetzen, daß — wie im Osmanischen Reich — die andersgläubigen Minderheiten zu Trägern einer staatsfeindlichen Propaganda, zu Werkzeugen interessierter Fremdmächte wurden. Der zahlenmäßige Verlust an Menschen und die damit verbundenen wirtschaftlichen Nachteile wurden aufgewogen durch den Gewinn an Sicherheit und innerer Geschlossenheit des neuen Staates.

Dem großen Abzug von rund 2 Millionen Menschen aus der Türkei steht eine verhältnismäßig geringe Einwanderung gegenüber. Als Folge der Balkankriege kamen rund 150 000 muselmanische Türken aus den Balkanstaaten nach der Türkei zurückgewandert. Der Bevölkerungsaustausch mit Griechenland erbrachte eine türkische Rückwanderung aus diesem Land von rund 400 000 nach dem Weltkrieg; im gleichen Zeitraum kamen aus Jugoslawien, Bulgarien, Albanien, Sowjetrußland und anderen Ländern rund 63 000. Das Statistische Jahrbuch der Türkischen Republik weist für die Jahre 1921—1929 eine Rückwanderungszahl von 577 958 aus, nach Angaben in der Großen Nationalversammlung wanderten von 1923—1933 628 000 und von 1933—1934 27 000 Türken ein. Wenn diese Zahlen im Vergleich zu der Auswanderung aus der Türkei auch gering sind, so war der Zustrom doch so groß, daß sich beachtliche wirtschaftliche und politische Probleme für die türkische Regierung ergaben.

Die Nachkriegsjahre erbrachten naturgemäß den größten Rückwanderungsstrom. Die Einwanderer waren zumeist mittellos, zudem waren unter ihnen nur etwa 10% Nichtbauern, so daß durch diese Bevölkerungsverschiebung die Türkei einen noch ausgeprägteren landwirtschaftlichen Charakter erhielt. Die Einwanderer wurden zwangsweise in den von den Griechen verlassenen Anwesen angesiedelt. Vielfach wurden die nichtbäuerlichen Rückwanderer mit in Gebiete verteilt, in denen sie sich mit ihrem erlernten Beruf keine Existenz gründen konnten. Neben derartigen Organisationsfehlern, von denen auch bäuerliche Rückwanderer betroffen wurden, erschwerte Kapitalmangel die organische Eingliederung der Flüchtlinge. Nach den von der türkischen Regierung in den Jahren 1923—28 aufgewandten Geldern entfielen auf die einzelne Person rund 40 RM. Durch diese beschränkten Staatsausgaben für das Flüchtlingswerk wurde allerdings erreicht, daß auf Kosten einer schnelleren Entwicklung die Türkei — im Gegensatz zu anderen Balkanländern — sich nicht mit ausländischen Anleihen belastete.

Die dünnbesiedelte Türkei hat an einer weiteren Einwanderung Interesse. Daher wird in immer stärkerem Maße die Rückwanderung aller türkischen Elemente vom Balkan durch die Türkei propagiert. In den letzten Jahren, nachdem der spontane Flüchtlingsstrom der Nachkriegszeit einigermaßen in die Volkswirtschaft eingegliedert ist, versucht die türkische Staatsführung mehr und mehr durch Abmachungen mit anderen Balkanländern zu einer ihr genehmen Regelung dieser Frage zu kommen. Man will eine willkürliche Wanderung ausschalten und zu einer planmäßigen Rückführung gelangen.

Wirtschaftlich besteht für die Türkei die Notwendigkeit, die erwünschte Rückwanderung jährlich so zu beschränken, daß den Eingewanderten sofort eine Existenzgrundlage geboten werden kann und sie produktiv in das wirtschaftliche Leben der neuen Türkei eingegliedert werden können. Um zu vermeiden, daß die Rückwanderer mittellos an den Aufbau einer neuen Existenz herangehen müssen, muß die Türkei im Hinblick auf die Devisengesetzgebung der bisherigen Heimatstaaten versuchen, die Transferierung der Rückwanderervermögen durch Abkommen mit den betreffenden Ländern zu regeln. Auch soll die jährliche Rückwanderung nicht die finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten des türkischen Staates übersteigen. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die aus politischen Gesichtspunkten erwünschte Lenkung der Einwanderer in bestimmte Landesteile wichtig. Nur wenn der türkische Staat die Einwanderer bei der Gründung einer neuen Existenz maßgeblich unterstützt, wird er sie dort zum Niederlassen bewegen können, wo er es aus volkswirtschaftlichen und politischen Gründen wünscht. Letzteres ist — wie wir noch sehen werden — dann besonders wichtig, wenn es sich bei den Einwanderern um antikamälistische Elemente handelt, die aus diesem Grunde nicht geschlossen, sondern möglichst zerstreut unter staatstreuen Kreisen angesiedelt werden sollen. Eine Verstärkung der Bevölkerungsdichte in Grenzgebieten sowie die Rückwanderung bestimmter türkischer Kreise aus außenpolitischen Gründen lassen es für den türkischen Staat weiterhin zweckmäßig erscheinen, die Wanderungsbewegung planmäßig zu gestalten, um sie jederzeit in der Hand zu behalten und nicht durch sie in den wirtschaftlichen und politischen Plänen auf anderen Gebieten beeinträchtigt zu werden.

Unter diesen Gesichtspunkten sind die in letzter Zeit aus der Türkei kommenden Meldungen verständlich, nach denen die Türkei eine jährliche Quote für die Rückwanderung anstrebt. In diesem Zusammenhang ist auch der in maßgebenden türkischen Kreisen erörterte Plan der Gründung einer Einwandererbank von Bedeutung. Um zu vermeiden, daß — wie es bis jetzt manchmal noch der Fall ist — nicht einmal die versprochene Anbaufläche zur Verfügung gestellt werden kann, soll diese Bank den Einwanderern zwanzig- bis dreißigjährige Kredite zum Aufbau ihrer Existenz zur Verfügung stellen.

Einen guten Einblick in die Aktivität der türkischen Regierung auf dem Gebiet der Rückwanderungsplanung geben die Verhandlungen mit den verschiedenen Balkanstaaten. Besonders interessant ist das über die türkische Rückwanderung geschlossene Abkommen der Türkei mit Rumänien, das am 1. April vorigen Jahres in Kraft getreten ist.

Im in der rumänischen Dobrudscha gelegenen Kadrlater sind rund 225 000 Türken, zum Teil christlichen Glaubensbekenntnisses, ansässig. Da die rumänische Regierung wenig Interesse hat, ihre Minderheiten im Lande zu belassen und frei werdendes Land mit Aromunen aus Makedonien besiedeln möchte, übt sie auf die Minderheiten einen wirtschaftlichen Druck aus. Dieses hat wiederum bei den Dobrudschatürken den Wunsch nach Auswanderung aufkommen lassen. So kam es im September 1936 zwischen der Türkei und Rumänien zu einem Abkommen, nach dem innerhalb von 5 Jahren die Aussiedlung der Türken gebietsweise in einer jährlich festzusetzenden Zahl erfolgen soll. Der Landbesitz der Auswandernden wird durch im Abkommen festgelegtes Vorkaufsrecht der rumänischen Regierung Eigentum derselben. Für den zu erwerbenden Hektar wurde ein fester Preis (6000 Lei) vertraglich festgelegt, der ohne Berücksichtigung von Besonderheiten die auf dem Boden vorhandenen Gebäude einschließt. Die rumänische Regierung schuldet die fraglichen Summen nicht dem einzelnen Emigranten, sondern zahlt die Beträge zugunsten der türkischen Regierung bei der Rumänischen Nationalbank ein. Während für die Auswanderung ein Zeitraum von 5 Jahren vorgesehen ist, hat die rumänische Regierung die Bezahlung der übernommenen Güter in 7 Jahresraten vorzunehmen. Die Transferierung der Beträge nach der Türkei kann wiederum nur auf dem Wege des Bezugs rumänischer Erzeugnisse erfolgen, wobei genau die in Betracht kommenden rumänischen Produkte festgelegt sind (so u. a. Holz, Vieh, Petroleum). Insgesamt handelt es sich um 100 000 ha und etwa 35 000 Familien, die unmittelbar unter das Abkommen fallen.

Dieser Vertrag ist ein Musterbeispiel dafür, wie durch Verträge, in denen sich Staaten als Partner gegenüberstehen, Probleme gelöst werden, die im Hinblick auf wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten durch Einzelindividuen oder Gruppen nie gemeistert werden könnten. Mögen auch einzelne Emigranten durch die zwischen den Regierungen erfolgende Abrechnung bei der Ansiedlung in der Türkei ein nicht ihrem bisherigen Besitz entsprechendes Anwesen erhalten, so ist es doch unzweifelhaft, daß insgesamt den Auswanderern ihre Werte durch die staatliche Regelung erhalten bleiben. Wäre durch wirtschaftlichen Druck die Existenzgrundlage in Rumänien weiterhin verschlechtert worden, so hätte dies zu Auswanderungsbemühungen geführt; durch die damit zunehmenden Verkaufsabsichten der Dobrudschatürken wäre dann nach dem Spiel von Angebot und Nachfrage der Preis für die Ländereien ständig gesunken. Ohne die Zwischenschaltung der Regierungen wäre es darüber hinaus den Auswanderern durch die rumänische Devisengesetzgebung schwerlich möglich gewesen, den Erlös aus ihrem ehemaligen Besitz nach der neuen Heimat zu transferieren. Die durch zwischenstaatliche Vereinbarung festgesetzten Preise und die Sicherstellung der Auszahlungen für den bisherigen Besitz ermöglichen jedoch Werterhaltung und ein berechenbares Disponieren. — Für den rumänischen Staat wiederum hat eine geregelte Abwanderung den Vorteil, daß er in die freiwerdenden Gebiete ihm genehme Ansiedler lenken kann. Bei einer unvorhergesehenen und unkontrollierten großen Abwanderung würde Gefahr bestehen, daß aus Kapital-

mangel und anderen Gründen kultiviertes Land veröden würde. Durch die staatliche Übernahme der freiwerdenden Besitzungen zu einem festen Preis vermeidet die rumänische Regierung wiederum, daß ihre planwirtschaftlichen Maßnahmen zur Stabilisierung der Binnenwirtschaft durch Bodenspekulationen gestört werden.

Desgleichen bringt die staatlich geregelte Ansiedlung den türkischen Einwanderern erhebliche Vorteile, sind sie doch nicht gezwungen, ihre Existenz unter dem Druck der „Preisbewegungen auf dem Gütermarkt“ aufzubauen. Der Staat wiederum kann im Interesse der Allgemeinheit die Einwanderung dorthin lenken, wo neben den wirtschaftlichen Gegebenheiten auch politische Gesichtspunkte eine stärkere Ansiedlung wünschenswert erscheinen lassen. So werden die aus Rumänien heimkehrenden Türken vornehmlich in den Grenzgebieten, besonders in dem durch die Kriege entvölkerten Ostthrakien angesiedelt. Die Dobrudschatürken finden vor allem in den Bezirken Çorlu, Evres, Tekirdağı, Çanakale, Eerenköy, Gelibolu, Saray, Malkara, Reşau, Kırklareli eine neue Heimat.

Wie durch das türkisch-rumänische Abkommen die gesamte türkische Bevölkerung aus Rumänien nach der Türkei überführt wird, so scheint nach jugoslawischen Pressemeldungen vom Juli 1938 das gleiche zwischen der Türkei und Jugoslawien vereinbart worden zu sein. Danach ist zwischen den Regierungen der beiden Länder ein Abkommen über die Auswanderung von ungefähr 150 000 muselmanischen Türken aus dem jugoslawischen Mazedonien während eines Zeitraumes von 6 Jahren geschlossen worden. Ob damit alle in Jugoslawien ansässigen Türken erfaßt sind, ist schwer zu entscheiden. Nach der Volkszählung von 1931 gibt es über 1,5 Millionen Muselmanen in Jugoslawien. Jedoch sind die meisten von ihnen Bosniaken oder muselmanische Serben, andere sind Arnauten oder Pomaken oder muselmanische Albanier und Bulgaren. Es ist anzunehmen, daß die Zahl der Türken, nämlich die Abkommen von Kolonisten, die sich nach der ottomanischen Eroberung in dem jetzigen jugoslawischen Mazedonien niederließen, der in dem Abkommen erwähnten Zahl entspricht.

Einzelheiten über das Abkommen wurden bisher noch nicht bekannt, jedoch kann angenommen werden, daß das türkisch-rumänische Abkommen als Vorbild gedient hat. Zu erwarten ist auch, daß die Transferierung der Auswanderervermögen genau geregelt worden ist, da durch das Abkommen der Umfang der Auswanderung auch für Jugoslawien beachtlich sein wird. Bisher war die türkische Abwanderung aus diesem Staat gering, sie betrug in den Jahren 1931: 877, 1932: 1433, 1933: 1931 und 1934: 4123. Die Aufwärtsentwicklung der Auswanderung, die sich wahrscheinlich 1935—37 fortgesetzt haben wird, kann mit zu einer zwischenstaatlichen Regelung getrieben haben. Sollte der Vertrag eine zwangsweise Umsiedlung der Türken aus Jugoslawien nach der Türkei vorsehen, dann wäre auch hier eine sich politisch günstig auswirkende Lösung eines Minderheitenproblems gegeben.

Die Frage der Rückwanderung von Türken aus Bulgarien ist ein Problem, das bereits mehrfach zu Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen geführt, aber noch kein Abkommen gezeitigt hat. Nur durch Notenwechsel ist in den Jahren 1936 und 1937 ein Auswandererkontingent von je 10 000 vereinbart worden. Politische und wirtschaftliche sich entgegenstehende Interessen erschweren die Verhandlungen, obwohl die Türkei an einer Einwanderung aus Bulgarien in gewissem Umfange, Bulgarien an einer Auswanderung der Türken unter bestimmten Gesichtspunkten Interesse haben.

Bei einer Einwohnerzahl von rund 6 Millionen wurden in Bulgarien 1926 insgesamt 607 705 türkisch sprechende Bewohner gezählt, in dieser Zahl sind die „Gagusen“ enthalten, die zwar das Türkisch als Muttersprache haben, aber christlich sind und bulgarisches Nationalbewußtsein besitzen. Türken sind 1926 577 552 gezählt worden. Außerdem müssen in diesem Zusammenhang die 102 351 Pomaken erwähnt werden. Es handelt sich hier um Mohammedaner mit bulgarischer

Muttersprache. Da die Pomaken aber stärker der Türkei als Bulgarien zuneigen, spielen sie in der türkisch-bulgarischen Frage eine große Rolle. Die Volkszählung von 1934, die nach Glaubensbekenntnissen gegliedert ist, ergab 821 291 Mohammedaner; da in dieser Zahl die Türken und Pomaken enthalten sind, ergibt sich, daß sich die türkisch orientierten Kreise in Bulgarien noch weiter vermehren und über 10% der Bevölkerung ausmachen.

Diese Kreise wohnen in Bulgarien in geschlossenen Gebieten, und zwar die Türken im Nordosten Bulgariens und an der bulgarisch-türkischen Grenze, an der auch die Pomaken ihr Wohngebiet haben. Da eine derartig starke, räumlich eng verbundene Minderheit stets eine Gefahr für einen Staat darstellt, hat Bulgarien im allgemeinen Interesse an der Abwanderung dieser Minderheit. Das wird noch dadurch gefördert, daß die Türken sehr arm sind und zum Teil dem Staat zur Last fallen. In gleicher Richtung wirkt, daß der Staat Land für die bulgarischen Flüchtlinge aus Mazedonien benötigt. Im Hinblick auf die Gefahr, daß die türkische Minderheit an der türkisch-bulgarischen Grenze den Ausgangspunkt für eine *Irredenta* abgeben könnte, möchte Bulgarien diese Minderheit abschieben, um so mehr, da hier die ärmere Bevölkerung lebt. Dem stehen aber die Wünsche der Türkei entgegen.

Das allgemeine Interesse des türkischen Staates an der Einwanderung aus Bulgarien liegt einmal im allgemeinen Bedürfnis, für sein dünnbesiedeltes Land türkische Bauern heranzuziehen. Da man mit den Einwanderern in erster Linie die Grenzgebiete besiedeln will, wünscht die Türkei die türkisch orientierten Pomaken ins Land zu ziehen und betreibt bei diesen eine entsprechende Propaganda. Der Pomakenauswanderung widersetzt sich aber die bulgarische Regierung, da das von den Pomaken bewohnte Gebiet im Hinblick auf seine ungünstigen Verhältnisse ihr nicht für die Ansiedlung von Bulgaren geeignet erscheint. Der Aufnahme der türkischen Minderheit aus dem türkisch-bulgarischen Grenzgebiet steht wiederum die Türkei aus politischen Gründen ablehnend gegenüber. Aus diesem Grund macht sich in diesem Grenzgebiet eine von der Türkei geschürte Propaganda gegen die Auswanderung geltend. All dies erschwert naturgemäß eine Regelung zwischen den beiden Staaten. Hinzu kommt noch, daß der kamalistischen Propaganda in Bulgarien die antikamalistische Bewegung, die aus politischen Erwägungen durch Bulgarien unterstützt wird, entgegensteht. Da die türkische Bevölkerung Bulgariens noch vollkommen unter dem Einfluß der „Hodjas“ steht, Bulgarien sie ungehindert ihren alten Sitten und religiösen Gebräuchen in eigenen Schulen und Kirchen nachgehen läßt, ist der größte Teil „antikamalistisch“. Aus diesem Grunde hat die türkische Regierung an die bulgarische das Ansuchen gestellt, die türkischen Schulen in Bulgarien aufzulösen.

So ergibt sich, daß eine stärkere Einwanderung aus Bulgarien noch durch die Türkei gehemmt wird; die türkische Regierung argumentiert, daß sie z. Z. Einwanderungskontingente nur in dem Maße zugestehen könne, in dem sie Siedlungsland, Häuser, Vieh usw. vorbereiten kann. Bulgarien suchte seinerzeit die Auswanderung dadurch zu forcieren, daß es einmal 1500 Personen als Touristen nach der Türkei schickte. Wenn auch die Türkei die Ansiedlung dieser „Touristen“ gestattete, so mußte jedoch Bulgarien auf den Protest der türkischen Regierung hin diese Zahl von dem durch Notenwechsel für das betreffende Jahr vereinbarten Kontingent in Abzug bringen. Trotz der widerstrebenden Interessen findet eine ständige Wanderung türkischer Elemente aus Bulgarien nach der Türkei statt. Sie betrug in den Jahren 1931: 2141, 1932: 1452, 1933: 1382, 1934: 6128 und 1935: 22792, seitdem kann die jährliche Auswanderungszahl gegen 10 000 angenommen werden. Da bei den aus Bulgarien kommenden Einwanderern nicht von vornherein eine kamalistische Einstellung angenommen werden kann, siedelt die türkische Regierung diese nicht — wie die Dobrudschatürken — in einem geschlossenen Gebiet an. Sie erhalten ihre Siedlungsstätten auch nicht an der Grenze, sondern in Anatolien zugeteilt, und zwar vorwiegend in den Gegenden von Izmir, Manissa, Aydin, Diyarbakir, Nigde und Sivar.

Seit dem Lausanner Vertrag von 1923 ist nichts näheres über staatliche Initiative hinsichtlich der türkischen Rückwanderung aus Griechenland bekannt geworden. Ein besonderes Bedürfnis hierfür dürfte auch nicht vorliegen, da nach dem Weltkrieg rund 400 000 Türken aus Griechenland in die Türkei zurückkehrten. Nach der Zählung von 1928 betrug die vom Austausch ausgenommene muselmanisch-türkische Bevölkerung in Griechisch-Westthrakien noch etwa 105 000. Inwieweit die Türkei diese Gruppe noch für eine Rückwanderung gewinnen will, kann erst die Zukunft zeigen.

Die Regelung des Bevölkerungsaustausches und der Rückwanderung in die Türkei zeigt den Wert lenkerischer Initiative der Regierungen. In Fällen der Flüchtlingsunterbringung in Zusammenhang mit Katastrophen erkannte bereits ein liberalistisch denkendes Zeitalter an, daß die ordnende Hand des Staates im Interesse des Allgemeinwohls die „Doctrin der persönlichen Freiheit“ „verletzen“ dürfe. Die von der türkischen Regierung in der letzten Zeit ergriffene Initiative zur zwischenstaatlichen Regelung der Rückwanderung zeigt, daß eine beizeiten ergriffene Lenkung durch zwei souveräne Staatsführungen politische Schwierigkeiten verhüten kann, d. h., daß durch verständnisvolles Zusammenarbeiten von Regierungen neben den politischen auch die wirtschaftlichen Fragen zum Wohle der beteiligten Länder gelöst werden können.

ARNOLD SEIFERT:

Staatenwirtschaftliche Länderschau: Störungskern USA

Das handelspolitische Gemisch von Idealismus und Mißverständnissen

„Noch immer setzt sich die amerikanische Haltung gegenüber Europa“, so schrieb der USA.-Korrespondent der Londoner „Times“ am 29. Juni, „zusammen aus dem gleichen Gemisch von Idealismus und Mißverständnis, das in so hohem Maße für die Tragödie Woodrow Wilsons verantwortlich ist. Nichts wirkt komischer, als wenn man Amerikaner trifft, die in bezug auf die amerikanische Innenpolitik ‚ausgekocht‘ bis zum Zynismus sind, und die mit größter Selbstverständlichkeit daheim aus jedem Interessenstreit sehr realistisch einen Profit für sich herauschlagen, indem sie die beiden streitenden Gruppen unter Druck setzen, die aber, sobald sie sich der ihnen fremden europäischen Szene nähern, in den Tönen des höchsten Idealismus schwelgen und vor Abscheu triefen, wenn sie sehen, daß in Europa internationale politische Probleme auf die gleiche realistische Weise gelöst werden, die sie selbst zu Hause anwenden. Leider neigen die Menschen nur allzusehr dazu, sich ihren Idealismus für jene Dinge zu reservieren, die sie am wenigsten kennen und von denen ihre Interessen am wenigsten berührt werden. Der Amerikaner ist z. B. entsetzt über die realistische Haltung britischer Staatsmänner in europäischen Angelegenheiten, umgekehrt aber ist der Engländer entsetzt über die realistische Haltung des Durchschnittsamerikaners etwa gegenüber dem Negerproblem, und es ist bezeichnend, daß die amerikanischen Verlautbarungen über den Fernen Osten, wo die amerikanischen Interessen viel stärker sind, eine viel realistischere, weit weniger gefühlsselige Note haben als die amerikanischen Äußerungen über Europa.“

Wir haben uns unwillkürlich dieser Sätze erinnern müssen, als Mitte August in dem „öffentlichen Gespräch“ zwischen dem Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Rudolf Brinkmann, und dem amerikanischen Außenminister Cordell Hull der Amerikaner prompt mit dem Idealismus des Einsatzes für den liberalen Welt-handel antwortete, als der Deutsche von der Beseitigung der Mißverständnisse

in den handelspolitischen Tauschgrundlagen sprach. Rudolf Brinkmann hatte am 17. August vor der Amerikanischen Handelskammer in Deutschland auf die Möglichkeit der Beseitigung dieser Mißverständnisse im Interesse der Hebung des beiderseitigen Güteraustausches hingewiesen und sehr konkrete Vorschläge gemacht, und Cordell Hull antwortete einen Tag darauf in Washington vor Pressevertretern, er könne sich nicht für das bilaterale deutsche Handelssystem erklären, weil dadurch der Welthandel leide, Amerika sich aber verpflichtet fühle, den Welthandel zu fördern, und diese Förderung nur in der von den Vereinigten Staaten betriebenen Form des Abschlusses von Meistbegünstigungsverträgen geschehen könne. Zu dieser amerikanischen Handelspolitik aber stünden die autarkischen Ziele der deutschen Wirtschaftspolitik und die deutsche Devisenbewirtschaftung in einem schwerlich zu überbrückenden Gegensatz. Immerhin begrüße er grundsätzlich nichts stärker als eine Wiederausweitung der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen, und er müsse natürlich vor einer endgültigen Stellungnahme erst genaue Einzelheiten kennenlernen.

Cordell Hull hat also die dargebotene Hand nicht von vornherein ausgeschlagen, und es wird nun viel darauf ankommen, daß die von Rudolf Brinkmann erwähnten Mißverständnisse in freimütiger Weise auch wirklich ausgeräumt werden. Amerikanischerseits laufen sie auf eine Bezweifelung der Notwendig- und Zweckmäßigkeit der totalen deutschen Außenwirtschaftslenkung hinaus (die „diskriminierende“ deutsche Handelspolitik, der Dumping-Vorwurf, die deutsche Methode der Schuldenregelung, die deutsche Weltanschauung usw.). Dem deutschen Denken — und wie wir gesehen haben: nicht nur diesem, sondern überhaupt dem europäischen — fällt es dagegen immer von neuem schwer, Verständnis dafür zu finden, daß sich die amerikanische politische Führung immer dann, wenn es mit der Übernahme irgendwelcher dauernder Verpflichtungen ernst wird, auf allgemeine Grundsätze und politische Dogmen zurückzieht, mit denen der Verhandlungspartner nichts anzufangen weiß und deren fortgesetzte Wiederholung sich wie ein Wall zwischen alle praktischen Vorschläge und Abmachungen schiebt. Auch jetzt wieder dürfte es in Deutschland Stimmen geben, die Hull vorwerfen, er sage nicht gerade heraus, aus welchen konkreten wirtschaftlichen oder anderen Gründen er dem deutschen Vorschlag ziemlich reserviert gegenüberstehe, sondern er verbräme seine Haltung mit der Ideologie, daß ihm das Schicksal des Welthandels die heilige Verpflichtung auferlege, den deutschen Vorschlag abzulehnen. Obgleich sich jedermann darüber im klaren sei, daß sich Amerika — wie im übrigen jedes andere Land auch — in seiner Handelspolitik lediglich von seinen eigenen wohlverstandenen Interessen leiten läßt, hielten alle Staatsmänner des heutigen Amerika daran fest, daß sie ihre Außenwirtschaftspolitik nur im Gefühl dieser „heiligen Verpflichtung“ gegenüber einer möglichst liberalen Weltwirtschaft trieben, d. h., daß sie ihre Meistbegünstigungspolitik — deren Meistbegünstigungscharakter übrigens sehr umstritten ist (vgl. *Staatenwirtschaft, September 1937, SS. 786 ff.*) — nur durchführten, um den Wohlstand der ganzen Welt zu fördern.

Weltwirtschaftliche Sphinx ohne Risiko

Das ist ein schwerer Vorwurf, und es trifft sich deshalb sehr gut, daß wir ihn aus dem Munde eines Engländers wiederholen konnten, denn wir wollen — im Interesse einer echten und leidenschaftslosen Klärung der Gegensätze — nicht in den Geruch kommen, wir schlossen uns dem albernen Gerede von der „typisch angelsächsischen Heuchelei“ an. Wenn das Londoner offiziöse Organ fünf Monate, nachdem die noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen über einen Handelsver-

trag mit USA. begonnen haben, seinen Gefühlen in einer so drastischen Weise Luft macht, dürfte es sich wohl schon um eine spezifisch amerikanische Haltung handeln. Überdies liegen dieser Haltung ja auch viel stärker wirtschaftliche Tatbestände zugrunde, als daß man sie einen Bestandteil des amerikanischen Nationalcharakters — der an sich kaum bestimmbar ist — nennen könnte.

Die Amerikaner haben es sehr lange sehr gut gehabt. Sie sind fernab von der „Brandung der Welt“ zwischen zwei Ozeanen zu einem der ersten Rohstoffherzeugungs- und Verarbeitungsländer mit fast vollständigen natürlichen Autarkiebedingungen herangewachsen. Dies und die ungeheure Weite des Landes haben es mit sich gebracht, daß sich noch bis — sagen wir: gestern — fast der ganze Daseinskampf des Volkes im Rahmen der Binnenwirtschaft abspielte. Nur so ist der groteske Zustand zu erklären, daß der Durchschnittsamerikaner noch bis zum heutigen Tage hinter einem Drahtverhau von Hochschutzzöllen und Einwanderungsverboten für einen weltwirtschaftlichen Liberalismus schwärmt. Er hat das Gefühl der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Ausland nicht gekannt, als die Vereinigten Staaten noch der Gegenstand europäischer Wirtschaftsexpansion waren, denn damals waren die Europäer mindestens ebenso stark wie die Amerikaner selbst an der Aufrechterhaltung des *status quo* interessiert. Danach kam die Zeit des Umschwunges vom Kapitaleinfuhr- zum Kapitalausfuhr-, vom Rohstoffherzeugungs- zum Rohstoffverarbeitungs- und vom Fertigwareneinfuhr- zum Fertigwaren-Erzeugungs-, Ein- und Ausfuhrland. Im Jahrzehnt des Weltkrieges hielten sich die auf- und niedergehenden Kräftegruppen dieses Umschwunges ungefähr die Waage, und damals fühlte der Amerikaner wohl das erstemal ein neues Verhältnis zu seiner Umwelt heranwachsen, das aber zunächst für ihn auch wieder nur ein solches der zunehmenden Abhängigkeit des Auslandes von seinem Lande war, nicht aber umgekehrt. Zum guten Teil aus diesem vermeintlich ewig einseitigen weltwirtschaftlichen Risiko heraus sind die Vereinigten Staaten wirtschaftlich in jene Entwicklung geraten, in der sie sich zum Unheil der ganzen übrigen Welt noch heute befinden. Mit der ganzen Tatkraft, die in den praktisch-realistischen Menschen des von dem englischen Korrespondenten bezeichneten Typs steckt, ließen die Nachkriegsamerikaner ihre Binnenwirtschaft durch nur halb bewußte, hemmungslose Sprengungen des Gleichgewichts der strukturellen Proportionen zu einem regellosen, labilen und krankhaften Mammutgebilde heranwachsen, das eine ständige Gefahr für die Wirtschaft der ganzen Welt wurde. Doch blieb auch dieses Gebilde in seinen weltwirtschaftlichen Bindungen noch immer in weit geringerem Maße auslandsabhängig, als dies sonst bei den in Krisen geratenen Volkswirtschaften der Nachkriegszeit beobachtet worden ist. Gewiß wuchs die Zahl der sich unwiderruflich in die Struktur der amerikanischen Volkswirtschaft einprägenden Bindungen, aber noch immer will die Welt — wirtschaftlich und politisch — mehr von USA., als USA. von der Welt, und die politisch-wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ausland ist in ihrer absoluten und relativen Höhe auch heute noch nicht so stark, daß eine Weltkrise der amerikanischen Binnenwirtschaft entscheidende Stöße versetzen könnte. Noch heute machen die amerikanischen Käufe im Ausland keine 10% des Verbrauchs aus. Wohl aber — und das eben hält die Welt gerade jetzt wieder einmal im Atem — versetzt jede inneramerikanische Krise der Weltwirtschaft entscheidende Stöße!

Daraus ergibt sich der weltwirtschaftlich durchaus einmalige Fall, daß ein Land, welches sich seit über zehn Jahren in einer latenten oder offenen Krise befindet und den Krisenbazillus im wesentlichen in sich selbst erzeugt, dennoch ein weltwirtschaftlicher Machtfaktor ersten Ranges mit höchst einseitigem Risiko bleibt! Doch wäre das von der übrigen Welt vielleicht noch zu ertragen, wenn die negativen Ausstrahlungen dieses Machtfaktors nicht durch das unglückselige Pendeln der amerikanischen Politik und Wirtschaftspolitik zwischen Isolierungsideal und weltoffenem Verantwortungsgefühl noch weiter verschärft würden. Wohin muß es die Weltwirtschaft führen, wenn die Amerikaner die ihnen aus einer solchen Lage zufallende Verantwortung nicht zu übernehmen bereit sind oder wenn sie, falls sie es schon tun wollen, an die Aufgabe nicht als erfahrene Praktiker der internationalen Politik und Wirtschaft herantreten, sondern in einem politischen Stil, der sich aus einer Mischung realistischer Unternehmeransichten und den idealistischen Schwärmereien des „Mannes auf der Straße“ in den kleinen Provinzstädten des Mittleren Westens zusammensetzt? Soweit weltwirtschaftliche Abhängig-

keiten bereits zum unwiderruflichen Bestandteil der amerikanischen Wirtschaftsstruktur geworden sind, sind sie gerade diesem Durchschnittsamerikaner noch gar nicht recht ins Bewußtsein gedrungen, ja im Gegenteil: durch das Kriegsschuldendebakel haben sich weite Kreise des Kapitalrentnertums in ein Ressentiment hineingelebt, das den kategorischen Rückzug von aller weltwirtschaftlichen Verwicklung predigen zu können glaubt. Aber auch mit dieser, wenn auch noch so einseitigen, Isolierungsfanatichen Entschlossenheit kann man nicht rechnen. Gegen sie läuft die um Roosevelt gescharte politische Intelligenz, der *brain trust*, Sturm. „Amerika ist nicht mehr ein weit entfernter Kontinent“, erklärte Präsident Roosevelt am 18. August bei der Einweihung der neuen amerikanisch-kanadischen Tausendinsel-Brücke über den St. Lawrence-Strom, „der von den Folgen der Kontroversen jenseits der Meere unberührt und ungeschädigt bleibt... Das große Ausmaß unserer Hilfsquellen, die Bedeutung unseres Handels und die Kampfkraft unserer Männer hat uns zu lebenswichtigen Faktoren für den Frieden der Welt gemacht, ob wir wollen oder nicht.“ So zutreffend und ermutigend das klingt; wie reagiert die amerikanische Öffentlichkeit darauf? Roosevelt soll in einem ähnlichen Fall (nach seiner berüchtigten Rede vom 5. Oktober vorigen Jahres in Chicago, als er von der amerikanischen Beteiligung an einer „Zwangsquarantäne für Angreifernationen“ sprach) von seinen Parteisekretären gesagt bekommen haben, daß er mit weiteren solchen Reden 1940 einen Republikaner ins Weiße Haus wählen würde. Kurz: der überwiegende Teil der Nation behandelt die äußeren Bindungen — ob nun wirtschaftlich oder politisch — auch heute noch so, als ob man es jederzeit in der Hand hätte, sie ohne Schaden wieder zu lösen. Woraus erhellt, daß niemand in der ganzen Welt weiß, woran er mit den Amerikanern ist!

Weltumspannende „Federstriche des Präsidenten“

Zweifellos hat diese Situation bereits die Weltkatastrophe von 1929 entscheidend mitverursacht. Aber ihr tragisches Ausmaß von — ohne Übertreibung! — welt-historischen Konsequenzen hat sie erst in den letzten zwölf Monaten bekommen. Erst heute zeigt sich nämlich, was Amerika und große Teile der übrigen Welt an Stabilität seit einem Jahr dadurch verloren haben, daß mit der innerpolitischen Torpedierung des Rooseveltischen *New Deal* der großangelegte Versuch der Schaffung einer zentral verantwortlichen Wirtschaftsführung lediglich damit endete, daß ein zusätzlicher Krisenherd entstand, der alle bestehenden seitdem überschattet: ein zwischen Schwächeperioden und Erholungen hin und her schwankender staatlicher Interventionismus, auf dessen „Flatterherz“ kein Mensch bauen kann!

Das ist das ernste Gesicht dieser weltwichtigen Sache: Heute befindet sich ein hochgradiger Einfluß auf die Weltwirtschaft in den Händen von Staatsmännern, die erstens diesen Einfluß automatisch damit auslösen, daß sie nach rein innerpolitischen und innerwirtschaftlichen Gesichtspunkten Entscheidungen von großer, sie kaum berührender weltwirtschaftlicher Tragweite treffen, die zweitens in ihrem handelspolitischen Kurs noch zwischen Idealkonstruktionen und praktischen Bindungen hin und her manipulieren können, weil für sie — bei Beibehaltung der wohletablierten Zollmauern — nicht allzuviel auf dem Spiele steht, und die sich zum dritten innerpolitisch noch nicht darüber einig sind, ob sie die ihnen aus den Gesetzen weltwirtschaftlichen Wachstums und weltwirtschaftlicher Untereinanderabhängigkeit zufallende Großmachtrolle spielen wollen oder nicht. Für die beteiligten anderen Nationen ergibt sich daraus der empfindliche Mangel, daß keine Atmosphäre echter Rücksichtnahme auf Grund gegenseitigen Aufeinanderangewiesenseins entsteht. In dem Maße aber, in dem die

unorganischen, weil nicht totalitären Eingriffe des Staates in die amerikanische Binnenwirtschaft zunehmen, entspringt zwangsläufig aus diesem Mangel eine hochgradige psychologische Abhängigkeit der Weltwirtschaft von allen Handlungen und Unterlassungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten, die um so größer wird, als USA. sowohl Verarbeitungs- als auch Rohstoffland, als auch Kapitalherberge und Zentrum der internationalen Geld- und Kapitalmarktspekulationen ist und die amerikanische Preisentwicklung dadurch nicht nur für ein oder mehrere, sondern für alle Stufen der wirtschaftlichen Erzeugung der Welt von unmittelbarer Bedeutung wird.

Der Ausbruch der neuen Krise ist dafür charakteristisch. Es war eine Rede Roosevelts, die am 2. April 1937 den neuen Rückschlag auslöste, und ihre Veranlassung war zunächst ein rein inneramerikanisches Problem. Roosevelt erklärte, die Bundesregierung werde die Materialkäufe für Großbauten einstellen, da die Erzeugung von Produktionsmitteln die der Fertigwaren übersteige, und die Erfahrung lehre, daß in solchem Falle die Gefahr einer Krise drohe. Die von der Regierung in Gang gebrachte Konjunktur und die großen englischen Stahlbestellungen für Rüstungszwecke hätten eine Hochkonjunktur der Produktionsmittelindustrie erzeugt, die von dieser zu übertriebenen Preissteigerungen benutzt worden seien. Die Preise seien dadurch viel zu hoch geworden, und die Regierung habe nicht die Absicht, diese Entwicklung weitertreiben zu lassen.

Diese einzige Äußerung Roosevelts über die „zu hohen“ Preise führte nicht nur zum Zusammenbruch der Überspekulation auf den amerikanischen Rohstoffmärkten, sondern auch zum Sturz der Preise fast aller wichtigen Rohstoffe auf den Weltmärkten mit all seinen verheerenden Folgen für die Rohstoffherzeugungsländer. Wenige Tage später tauchten an den Geldbörsen Gerüchte auf, Amerika wolle seine Goldpolitik ändern, d. h. den 1933/34 künstlich hochgeschraubten Goldpreis wieder herabsetzen, was mit einer Wiederaufwertung des Dollars identisch gewesen wäre. Zwar ist es dazu aus Gründen, über die Philipp H. Lohmann an anderer Stelle dieses Heftes einen ausgezeichneten Überblick gibt, nicht gekommen, aber allein die Gerüchte verursachten weitere Rückschläge. Tiefe Beunruhigung bedeuteten sie z. B. für Südafrika, dessen private und öffentliche Wirtschaft neben der Wolle so gut wie ausschließlich auf der Golderzeugung ruhen und das daher durch einen einzigen Federstrich des amerikanischen Präsidenten im Handumdrehen aus höchster Prosperität in tiefstes Wirtschaftselend gestoßen werden kann. Elend dort bedeutet aber auch Elend in den übrigen Wollproduktionsländern, und so weiter. Man kann sich die Besorgnis vorstellen, in der London und das ganze Empire allein in dieser einen Hinsicht dauernd schwebt. In den kritischen Tagen, am 12. April 1937, schrieb ein Londoner City-Mann:

„Präsident Roosevelts Dementi war gerade ausreichend, um den Märkten die bitter nötige Beruhigung zu verschaffen. Natürlich ist es nicht ausgeschlossen, daß der Vorschlag einer Goldpreisherabsetzung später erneut ins Treffen geführt wird. Das ist eine Gefahr, die solange über uns schweben wird, solange das Nachkriegsgoldproblem, in das die Vereinigten Staaten tiefer als jedes andere Land verwickelt sind, noch ungelöst bleibt. Dieses Problem gehört zu den Kriegsfolgen, die USA. aus einem Schuldner in ein Gläubigerland verwandelt haben. Die Amerikaner haben mit ihren Hochschutzzöllen ihre Schuldner und alle die, die von ihnen kaufen wollten, daran gehindert, mit Waren zu bezahlen, und die Schuldner konnten schließlich nur noch in Gold begleichen, was sie getan haben, solange ihr Goldvorrat reichte. Die in der Rolle des Gläubigers unerfahrenen Amerikaner versagten jedoch, als sie vor die Aufgabe gestellt wurden, von ihrem Gold den richtigen Gebrauch zu

machen. Sie ließen den Vorrat als Unterlage für den inneren Kredit bis zu jener Inflationspyramide anwachsen, die den 1929 explodierten großen Nachkriegs-„Boom“ erzeugte.

Einen plausiblen wirtschaftlichen Grund dafür, daß USA. 1933/34 den Goldgehalt des Dollars um 40% verringerte, hatten die Amerikaner nicht, denn Amerika lief damals von Gold fast über... Die unvermeidliche Folge der Dollarabwertung war das Steigen der Warenpreise, das zum Teil beabsichtigt war, in letzter Zeit aber unerwünschte Formen annahm. Gleichzeitig bekam das Kreditgebäude durch die von der Abwertung stimulierte Goldanhäufung gigantische Dimensionen. Dafür Abhilfe zu schaffen, ist aber nun nicht eine Goldherabsetzung der richtige Weg, sondern erstens eine Steuererhöhung zum Ausgleich des Staatshaushaltes, wodurch diese Form der Inflation beseitigt wird, zweitens eine Senkung der Einfuhrzölle, und drittens die wirkliche Verwendung der Goldreserven im Ausland an Stelle ihrer bloßen Sterilisierung. Die Schuldnerländer sind zur Einführung der Devisenbewirtschaftung nur gezwungen gewesen, weil sie durch die Gläubigerländer — und besonders durch Amerika — der normalen Möglichkeiten zur Erlangung von Devisen beraubt worden sind. Große amerikanische Goldanleihen an die Schuldnerländer würden mehr als jede andere Maßnahme zur Wiederbelebung des Welthandels beitragen.“

In dieser Äußerung, die, wenn sie auch in ihren Empfehlungen für die Krisenbekämpfung an den inneren Problemen Amerikas sehr vorbeisieht, die Politik der Devisenbewirtschaftungsländer glänzend rechtfertigt, wird all das bestätigt, was wir über die Beunruhigung der Nachkriegswirtschaft durch den wechselnden Kurs der Amerikaner gesagt haben. Die akute Unruhe hielt im Sommer 1937 an, und der Herbst brachte dann den Kurssturz an der Newyorker Börse, der an den „Schwarzen Freitag“ vom Herbst 1929 erinnerte. Wieder war die Rückwirkung auf die übrigen großen Börsen der Welt sensationell. Das Sensationellste am ganzen Vorgang aber war, daß der sich daran anschließende, noch nicht überwundene Rückgang der Weltkonjunktur bis zum heutigen Tage eine Gruppe von Ländern nicht erfaßt hat, nämlich diejenigen Staaten, die sich inzwischen — d. h. seit 1932 — weitgehend von den Einflüssen desjenigen Teils der Weltwirtschaft befreit haben, der sich im Schlepptau des kranken und wetterwendisch gelenkten amerikanischen Wirtschaftskolosses befindet.

Weltkrise zwischen Zyklomanie und staatenwirtschaftlicher Stabilität

Weil diese Befreiung durch die Besinnung auf die nationalen Produktivkräfte und deren totale Unterordnung unter den staatlichen Lenkungswillen gelungen ist, möchten wir diese Länder die „staatenwirtschaftliche Gruppe“ nennen. Die übrigen Länder aber, deren Wirtschaftsträger — soweit sie nicht als Rohstoffmonokulturen zur passiven Rolle der Pufferpoolbildung, Anbaukontrolle und Produktionsbeschränkung verurteilt sind — wie gebannt auf die Vereinigten Staaten blicken und von dort alles Heil oder Unheil erwarten, bezeichnet man am besten als die „Gruppe der USA.-Trabanten“, denn ihnen ist der verhängnisvolle Zwischenzustand zwischen teilweisem Festhalten an liberalen Formen und widerwilliger, gehemmter oder umstrittener Hinwendung zum neuen Grundsatz der staatlichen Lenkung gemeinsam, dessen klassischer Ausdruck die Vereinigten Staaten geworden sind. Ihnen allen fehlt die „Entschlossenheit, so oder so“, das Vertrauen in einen neuen Wirtschaftsstil und eine neue Wirtschaftsgesinnung, und dieser Mangel drückt sich psychologisch in der ihnen allen gemeinsamen „Zyklomanie“ aus, d. h. in dem Alpdruck, daß auf eine Hausse mit naturgesetzlicher Gewißheit eine Baisse folgen muß. Sie alle werden damit zu bloßen Trabanten, die um den weltwirtschaftlichen Störungs-

kern USA. kreisen. Zwischen sie aber schiebt sich der Keil der Länder, die die staatliche Lenkung zum obersten Grundsatz ihres Wirtschaftslebens erhoben haben. Zu ihnen gehört Deutschland und Italien und mit ihnen die vornehmlich vom deutschen Aufschwung gestützten Staaten des Balkans und des Nahen Ostens, soweit ihre Staatsführungen ebenfalls bereits eine definitive Entscheidung hinsichtlich ihres Wirtschaftsstils getroffen haben (vgl. *Staatenwirtschaft*, Juli 1938, SS. 592 ff.), und auch Japan mit seinen allerdings besonders gelagerten kriegswirtschaftlichen Anstrengungen. Sie alle haben einen erstaunlichen Grad von Unverletzlichkeit gegenüber den Baisseeinflüssen der neuen Krise gezeigt; vor allem aber haben sie — und das macht sie zur Gruppe des Aufbaues einer „Staatenwirtschaft“ — mit ihren gleichbleibenden Käufen der Weltkonjunktur gerade diejenigen „antizyklomanischen“ Stützen verliehen, die die Welt in den Jahren 1929 bis 1932 so bitter entbehrt hat! Es liegt uns fern, dem Argument auszuweichen, daß diese Stützen erkaufte worden sind durch eine Rüstungskonjunktur, deren konstruktiver Wert für eine dauernde Gesundung der Weltwirtschaft fraglich sei. Das ist deswegen nicht durchschlagend, weil es ja gerade das Phänomen der neuen Krise ist, daß beide Gruppen stärkste Rüstungswirtschaft betrieben haben und dennoch die eine negativ reagierte, während die „staatenwirtschaftliche Gruppe“ heute in der Lage ist, aus ihrer eigenen Stabilität heraus zu einer durchgreifenden Wiederholung des Welthandels wesentliches beizutragen.

Das ist auch der Sinn der Brinkmannschen Vorschläge. In USA. hat die schlechte Wirtschaftslage allen Anschein nach gerade erst einmal wieder ihren tiefsten Punkt durchschritten. Erzeugung und Handel bedürfen dringend neuer Anregungen. Deutschland dagegen befindet sich in krisenfester Vollbeschäftigung und bleibt daher langfristig aufnahmefähig für große Mengen amerikanischer Rohstoffe. Ihre laufende Abnahme hat Staatssekretär Brinkmann, z. B. für Baumwolle, in Aussicht gestellt, und gerade wegen ihrer Unterbringung sind die staatlich-amerikanischen Anbaukontrollämter jetzt wieder infolge überreicher Ernten in großer Sorge. Hier kann aus Deutschland sofortige Hilfe kommen, und gleichzeitig könnte damit der seit Mitte 1935 bestehende unerquickliche Zustand eines latenten Handelskrieges zwischen den beiden großen Volkswirtschaften diesseits und jenseits des großen Wassers beseitigt werden. Einen solchen deutschen Beitrag halten wir jedenfalls für konstruktiver im Sinne des Aufbaues einer neuen Weltwirtschaft als das riesige, vor acht Wochen begonnene Wiederankurbelungsprogramm für die amerikanische Wirtschaft, auf das die „Trabantengruppe“ alle ihre Hoffnung setzt. Denn so riesig auch die in Dollar und Cents ausgedrückte Anstrengung aussieht, sie ist auch nicht mehr als das: sie verzichtet auf jede Einwirkung auf Wirtschaftsgesinnung und jede Änderung des Wirtschaftsstils.

Die neue Rooseveltische „Wiederankurbelung“

Es wirkt fast tragisch, wenn man jetzt den gleichen amerikanischen Staatspräsidenten, der 1933 mit einer Begeisterung aller für die Totalität der Aufgabe seinen *New Deal* begann, fünf Jahre später ein riesiges staatliches Krisenbekämpfungsprogramm vom Stapel lassen sieht, in welchem er auf jegliche psychologische Einwirkung dieser Art verzichtet, ja ausdrücklich alles auf den Effekt des Machtfaktors Dollar abstellt.

Am 17. Juni haben Senat und Repräsentantenhaus in Washington die *Work Relief and Public Works Administration (PWA.) Act, 1938* angenommen und damit ihre Zustimmung gegeben, daß folgende Beträge der Wirtschaft zur Ankurbelung zufließen:

Juli	484 Mill. Dollar,	November	571 Mill. Dollar,
August	502 Mill. Dollar,	Dezember	556 Mill. Dollar,
September	538 Mill. Dollar,	Januar	571 Mill. Dollar.
Oktober	570 Mill. Dollar,		

Außerdem werden der Public Works Administration als „Hauptankurbelungsbehörde“ noch etwa 400 Mill. Dollar zur Verfügung gestellt, und da sie nur 45% zu den Bauprojekten gibt, der Rest aber von den Einzelstaaten und Gemeinden selbst geleistet werden muß, so ist damit zu rechnen, daß das Bauprogramm noch weit höhere Beträge umfassen wird. Außerdem wurden die Bankkredite verbessert und die Behörden für die Durchführung öffentlicher Arbeiten erhöht finanziert. Dazu sollen noch die neuen Bau- und Beschaffungsvorhaben des Heeres- und Marineamtes und einer Reihe anderer Bundesbehörden treten. Alles in allem steht die riesige Summe von 4—5 Milliarden Dollar zur „Wiederankurbelung“ bereit, die nach den veröffentlichten Plänen ausdrücklich nicht mehr als eine „Ankurbelung“ sein will, d. h. die den weiteren Auftrieb dann fast ausschließlich von der wiedererwachenden Privatinitiative abhängig machen zu müssen glaubt.

Wenn sich der Staat mit monatlich über $\frac{1}{2}$ Milliarde Dollar als Auftraggeber betätigt, so wäre es ein Wunder, wenn daraus keine Belebung folgen würde. Aber wir würden einen Mangel an Verständnis für die inneren Schwierigkeiten im heutigen Amerika offenbaren, wenn wir den von Roosevelt zur Schau getragenen Optimismus teilten, wonach aus der entstehenden Krisenlockerung und Kaufkraftsteigerung eine neue Welle der Unternehmungslust und Privatinitiative aufspringen soll, die die dauernde Gesundung der amerikanischen Wirtschaft vorzubereiten in der Lage ist. Für einen solchen dauernden Erfolg eines nur auf den Dollar, nicht einmal auf korrespondierende Lohn- und Preisstopanordnungen abgestellten Programms sind Struktur- und Vertrauenskrise, die Volk und Wirtschaft gepackt haben, zu tief, zu umfassend und zu revolutionär.

Kapitulation der Wirtschaftswerbung vor der Lynchjustiz der Verbraucher

Gerade die unternehmerische Privatinitiative, die nach Roosevelts Absicht das Rennen im wesentlichen reiten soll, hat in den letzten Jahren auf Grund ihrer eigenen Zügellosigkeit einen schlechthin nicht mehr zu reparierenden Vertrauensverlust erlitten. Auf der diesjährigen Hauptversammlung der amerikanischen Werbefachleute (*American Association of Advertising Agencies*) in White Sulphur Springs ist es darüber zu dramatischen Auseinandersetzungen gekommen, und zwar im Zusammenhang mit der sogenannten amerikanischen Konsumentenbewegung, die, wenn sie auch nur ein Beispiel für die Strömungen ist, die die Kraft der amerikanischen Wirtschaft lähmen, uns das Wesen der Vertrauenskrise doch recht klarmachen.

Die Konsumentenbewegung ist nicht neu; sie ist aus einzelnen Zusammenschlüssen von Verbrauchern hervorgegangen, die sich vor der Übervorteilung durch Schwindelfirmen schützen wollten. Ihre Führung liegt bei der *Consumers' Research Inc.* und der *Consumers' Union*. Angeschlossen sind die *League of Women Shoppers* (25000 Mitglieder), die *American Association of University Women*, die *National League of Women Voters* (45000 Mitglieder), die *American Home Economics Association* (mindestens 750000 Anhänger) und eine Reihe anderer Verbände, wie der *National Congress of Parents* und die *General Federation of Women's Clubs*, die mit ihren je über 2 Millionen Mitgliedern in allen Einzelstaaten die Gedanken der Bewegung durchs ganze Land tragen. Besonders die Frauenklubs stellen mit ihrem Einsatz eine fertige „Zellenorganisation“ zur Verfügung.

Von den Ausmaßen, die die Bewegung in den letzten $1\frac{1}{2}$ Jahren erlangt hat, kann man sich in Europa kaum einen richtigen Begriff machen. Mit einer fast unglaublichen Rücksichtslosigkeit — und zum Teil Geschmacklosigkeit — wird unter Anwendung aller Mittel — bis zur systematischen Hetze gegen bestimmte Waren — ein unversöhnlicher Kampf gegen alle Formen der Werbung für Verbrauchsartikel geführt. Die Bewegung hat ihre eigenen Zeitschriften, gibt Bücher und Kampfschriften („*Buyers Beware*“ — „Hütet euch, Käufer!“) heraus und kauft ihrerseits selbst in der großen Presse Anzeigenraum, worin gegen von ihr verurteilte Waren Sturm gelaufen wird. Die beiden führenden Organisationen prüfen, graduieren, loben oder verdammen die einzelnen Waren und machen die verschiedenen Werbemethoden der Firmen in der Öffentlichkeit rücksichtslos lächerlich. Die *American Association of University Women* gibt den *Consumers' Kit* heraus, der voll graphischer Darstellungen, Ratschläge und praktischer Warnungen ist, und die *League of Women Shoppers* begnügt sich neuerdings nicht einmal mehr mit vollständigen Analysen einzelner Waren, sondern läßt sogar die Arbeitsverhältnisse, unter denen die

betreffenden Waren entstehen, durch von ihr bestimmte, unabhängige und unbestechliche Sachverständigen untersuchen. Den Firmen ist gar keine Wahl gelassen: entweder sie lassen sich alles gefallen oder sie ziehen sich wegen Verleumdung die Feindschaft der ganzen Bewegung zu und verlieren hoffnungslos an Absatz. Den Mut zu prozessieren aber findet niemand, weil kaum eine Firma in ihrer Werbung ganz ehrlich und sauber gewesen ist und die Organisationen eine Klage bestimmt zu einem riesigen Schauprozeß mit all seinen vernichtenden Wirkungen aufbauschen würden. Keine Firma ist dagegen immun. Eine der letzten Nummern des *Consumers' Digest* beschäftigt sich z. B. nicht nur mit Giften in zahlreichen Nahrungsmitteln und gefährlichen Bestandteilen bestimmter Hautöle, sondern bekämpft nacheinander auch die „Reklame“ für Autos, Biersorten, Hüte und Juwelen, wobei die verschiedenen Waren gegeneinander ausgespielt werden. Die Bewegung ist in eine wirtschaftliche Feme- und Lynchjustiz ausgeartet, deren Führung bezeichnenderweise überwiegend in den Händen von Frauen (Akademikerinnen, weibliche Wähler, weibliche Käufer, Frauenvereinsmitgliedern usw.) liegt. Auch das vergrößert die Gefahr, denn die Amerikanerinnen haben der Welt schon mehr als einmal an großen politischen Beispielen (Eintritt in den Weltkrieg, Prohibition) die Richtigkeit des Erfahrungssatzes bewiesen, daß, wenn Frauen einmal etwas „Öffentliches“ in die Hand nehmen, es mit einem exorbitanten Detailfleiß und im Stile einer fanatischen Massenhysterie geschieht!

Das Ganze ist nicht etwa eine Folgeerscheinung der augenblicklichen Krise, sondern eine ihrer Ursachen, eine seit langem erwartete offene Stellungnahme der breiten Massen der Käufer gegen die von Lügen und Übertreibungen strotzende Werbung der Erzeuger und Händler, und zweifellos sind die Hauptschuldigen an diesem vollständigen Zusammenbruch des Vertrauens in die Wahrheit der Wirtschaftswerbung die werbungtreibenden amerikanischen Unternehmer selbst. Sie haben sich darin überboten, die Öffentlichkeit so lange zum Narren zu halten, bis schließlich alle Werbung zur Farce wurde. Tatsächlich hat auch bereits eine der wichtigsten Gruppen der Bewegung, die *National Home Economics Association*, offen den Standpunkt vertreten, daß die Beseitigung aller Wirtschaftswerbung, weil überflüssig, anzustreben sei! Mit dem Ende der Wirksamkeit der Werbung aber ist auch das Ende der Wirksamkeit aller Privatinitiative gekommen. Werbung ist ideegewordene Initiative, und in den Vereinigten Staaten ist sie mehr als in allen anderen Ländern der Welt höchster und wichtigster Ausdruck der Privatinitiative des Unternehmertums. Schon warnen Werbefachleute und Unternehmer davor, die Konsumentenbewegung weiter vor den Kopf zu stoßen, geben vielmehr den dringenden Rat, mit ihr zusammenzuarbeiten. Aber auch an solchen Vorschlägen haftet bereits der Mißtrauensbazillus: Der „Mann auf der Straße“ fragt sich sofort, ob dahinter nicht wieder ein Versuch von *big business* steckt, sich das Wohlwollen der Konsumentenbewegung zu „erkaufen“, d. h. ein System der Bestechung der Konsumentenorgane zu errichten und damit die Herrschaft der plutokratischen Minderheit in verschleieter Form zu verewigen. Anderseits wäre ein echter Wille zur Zusammenarbeit wohl nichts anderes als eine Kapitulation des amerikanischen Unternehmerliberalismus vor dem Ansturm eines Verbrauchersozialismus materialistischster Prägung! Es wäre die Beaufsichtigung der Erzeugung, des Geschmacks und des Verbrauchs durch mehr oder weniger zufällig zustandgekommene halböffentliche Vertretungen der Massen, eine „kalte Sozialisierung“ des Verbrauchs und der Verbrauchsgewohnheiten im Stile der Konsumvereine.

Dollar-Öl auf die Pfannen der sozialrevolutionären „Teufelsküche“

Wer kann sagen, wohin diese Entwicklung, wenn sie weiter sich selbst überlassen wird, wohl treiben wird? Wo steht der Staat? So muß man vor allem fragen in diesem Kampf, in dem sich in Wahrheit alle selbst vernichten und neue Wirtschaftskräfte, die den Aufstieg aus eigener „privater“ Initiative versuchen, ent-

weder vom Mißtrauensbazillus oder von *big business* im Keime erstickt werden. Kann ein staatliches Wiederankurbelungsprogramm, das sich darauf beschränkt, auf die Pfannen dieser „Teufelsküche“ neues Dollaröl zu gießen, die Kräfte der Selbstzerstörung bannen? Wird damit die endgültige Entscheidung nicht bloß hinausgeschoben, verschärft, überspitzt? Die Zügellosigkeit des amerikanischen Kapitalismus beschränkt sich ja keineswegs auf unser Beispiel der Werbung, und ebenso vermillionenfacht sich die in der Konsumentenbewegung zutage tretende Feindseligkeit der Massen im Politisch-Sozialrevolutionären. Jeder zweite Amerikaner vertritt heute die Überzeugung, daß es unrecht sei, „daß so wenige soviel besitzen“. Das ist der dem Lande weitere klassenkämpferische Unruhe bringende Widerstand gegen die „plutokratische Diktatur“, wie sie Roosevelt nennt, gegen die sechshundert größten unter den 500 000 handelsgerichtlich eingetragenen Firmen der Vereinigten Staaten, die über die Hälfte der Aktiva aller besitzen, das Land auf ihre Weise mit dem Dollar regieren und daher für staatliche Interventionen nur in der abstrakten Dollarform etwas übrig haben, nichts aber für Reformen, die den *status quo* der Machtpositionen verändern könnten. Um so brennender sind die breiten Massen der Lohnempfänger, die Millionen von Arbeitslosen, die Notstandsarbeiter und die notleidenden Farmer an sozialen Reformen interessiert. Ihr Verhältnis zum Staat ist anders. Sie stützen ihn, weil sie von ihm rücksichtsloses Vorgehen gegen den Kapitalismus erwarten. Aber auch sie behalten sich als souveräne einzelne Wähler stets vor, ob, wann und wie sie das Tempo oder die Art des staatlichen Vorgehens durch entsprechende Stimmenabgabe billigen.

So steht das Land der „*last, best hope of earth*“, wie Abraham Lincoln sein Amerika genannt hat, heute vor uns! Alle ernsthaften Beobachter sind sich darin einig, daß Amerika politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen entgegentreibt, die sich von einer großen Revolution höchstens noch in der Form, nicht aber mehr in ihrem Inhalt unterscheiden, und dies nach Ansicht von Christian Wolff (*Amerikanischer Sozialismus? Duncker & Humblot, München und Leipzig 1937*) auch nur, weil der Kastengeist der biologisch verschiedenen Nationalitäten, aus denen sich die amerikanische Bevölkerung zusammensetzt, die Entstehung spontaner Volksbewegungen außerordentlich hemmt, wobei wieder die Großindustrie das ihre tut, um diesen Zustand zu verewigen. Der amerikanische Stahltrust z. B. hat ihn geschickt ausgenutzt, indem er bewußt verschiedene Rassen und Nationalitäten in seine Belegschaften mischte, um so deren Geschlossenheit und Einigkeit zu sprengen. Andererseits richtet sich der Kampf der alten, in der *American Federation of Labor* zusammengeschlossenen gewerkschaftlichen Organisationen, in denen im Gegensatz zu den sozialrevolutionären, die Massenproduktionsindustrien (Bergbau, Autos, Textilien) zusammenfassenden Lewis-Gewerkschaften (*Committee for Industrial Organization*) das eingeborene angelsächsische Element von Handwerkern überwiegt, weniger gegen die Unternehmer als gegen die lohndrückende Konkurrenz biologisch unterwertiger Elemente. In welche Rolle der Staat dadurch gerät, zeigt das Beispiel der Bauarbeiter-Gewerkschaften, die den *New Deal* bekämpft haben, weil das darin eingeschlossene Wohnungsbauprogramm der Regierung die Entstehung eines neuen Heeres von Bauarbeitern begünstigte, das das bisherige Monopol der Gewerkschaften zerbrechen mußte. Alles das beleuchtet das Durcheinander der Interessengruppen, zwischen denen der Rooseveltsche Staatswille bis zu dem Punkte aufgerieben worden ist, an dem er sich die Krisenbekämpfung fast nur noch in der abstrakten Form der Einspritzung einer „gesättigten Dollarlösung“ in einen langsam für eine Revolution sturmreif werdenden sozialen Organismus leisten kann.

Das Ende des „Go west, young man, go west!“

Wie konnte es soweit kommen? Man kann sich von Europa aus darüber nur schwer das richtige Bild formen. Wir wollen es versuchen: Die Amerikaner haben bis zum Weltkrieg, ja in einer Art „Als-Ob“-Philosophie sogar bis zur großen Krise 1929, noch nie als verantwortungsbewußtes Ganzes zu wirtschaften brauchen. Sie sind allen Problemen, sobald sie auftauchten, durch die „Flucht nach vorn“, durch weitere Expansion ausgewichen. Das große Wort, das der Amerikaner dem vorwärtsstrebenden Arbeiter, der mit seinem Los in den Oststaaten unzufrieden war, immer wieder zurief, war: „Go west, young man, go west!“ Und solange man sich von allen Schwierigkeiten mit diesem freundlichen Rat befreien und der junge Mann auch irgendwo im Westen ein Kapitalist werden konnte, ging die Sache gut. Mit anderen Worten: Solange die amerikanische Demokratie in Wirklichkeit nichts anderes gewesen ist als eine Aristokratie, die sich auf den analphabetischen Einwanderer und auf den praktisch entrechteten Neger stützte, solange hat man auch den Kampf zwischen Kapital und Arbeit immer wieder auf unbestimmte Zeit hinausschieben können. Jetzt aber ist damit unwiderruflich Schluß. Seit fast zwanzig Jahren ist die Einwanderung praktisch gesperrt — augenblicklich ist die Auswanderung sogar größer —, der Arbeiter trägt nicht länger mehr das Scheckbuch des Millionärs in seinem Ranzen, die Großvermögen gehören nicht mehr den Männern des Pioniergeistes, die sie schufen, sondern ihren „arrivierten“ Enkeln, und die amerikanische *societas* beginnt, sich langsam in Klassen zu schichten. So ist in der Tat das „Ende des *Laissez faire*“ in Amerika in der Form des „Ende des Go west, young man, go west!“ gekommen. Aber es braucht seine Zeit, bis die neue Situation mit allen Konsequenzen dem heutigen Amerikaner ins Bewußtsein dämmert. Noch zieht er vor zu glauben, daß weiter Raum ist für den alten Lebensstil, und erst ein kleiner, wacher Teil des heutigen Amerikanertums beginnt zu ahnen, daß auch Amerika an der Schwelle einer neuen Zeit steht, die andere Lebensformen verlangt. In diesem Zwischenzustand zwischen alten und neuen Formen, der sich in jedem Bezirk des vielfältigen amerikanischen Lebens feststellen läßt, liegt die Wurzel der großen amerikanischen Krise.

Im Wirtschaftlichen offenbart er sich vor allem in dem von Roosevelt am 11. Juli als „No. 1 *Economic Problem of the Nation*“ bezeichneten Entwicklungsbruch zwischen Nord und Süd, überhaupt in dem „Sektionalismus“ genannten Partikularismus der Einzelstaaten und Regionen, der dahin geführt hat, daß einzelne Staaten in Form von besonderen Gesundheits- und Veterinärsgesetzen *de facto*-Einfuhrzölle auf Waren aus anderen Einzelstaaten erheben, während die unmittelbare Zollerhebung verfassungswidrig ist. Der größte Entwicklungsbruch aber ist die bereits erwähnte, nie ernstlich bekämpfte Disproportionalität der Produktivkräfte. Schon fast seit einem Jahrzehnt arbeiten die amerikanischen Produktionsmittelindustrien nicht mehr voll, weil die Ausstattung der amerikanischen Produktionsanlagen und die Versorgung mit langfristigen Verbrauchsgütern es längst nicht mehr erfordern. In dem Jahrzehnt nach dem Kriege sind die Produktionsmittelindustrien im Rausche der Rationalisierung, der Maschinisierung und Motorisierung der Betriebe und des Verkehrs in einem Umfange ausgebaut worden, der heute auch nicht annähernd mehr gebraucht wird und der nur aus der blinden Hoffnung auf weitere Expansionsmöglichkeiten erklärt werden kann. Wie sich aus den Erzeugungs- und Verbrauchsziffern ergibt, sind in den letzten Jahren von der Fertigwarenindustrie wohl die üblichen starken Ersatzinvestitionen vorgenommen worden, aber nichts deutet mehr darauf, daß die amerikanische Produktionsmittelindustrie durch viele Neuanlagen Beschäftigung gefunden hätte. Die Produktionsmittelindustrie hat in dem Nachkriegsjahrzehnt

eben nur „der Rationalisierung der Betriebe“, nicht der Erschließung neuer großer Produktionsgebiete mit entsprechenden größeren Verwendungsmöglichkeiten für Produktionsmittel gedient, hat also im Gegenteil durch die selbst herbeigeführte Qualifizierung des Maschinenparks der Fertigwarenindustrien eher noch das Mißverhältnis zwischen dem Produktionsmittelverbrauch und ihrer Kapazität selbst verschlechtert. Jetzt steht diese mammutartige Produktionsmittelindustrie vor viel zu kleinen Möglichkeiten. Die früher nach Westen gerichteten Expansionskräfte sind erlahmt, sie suchen Konsolidierung, sie kehren zurück und wenden sich zum Teil sogar feindselig gegen den Osten. Das Land gilt verkehrswirtschaftlich und industriell im wesentlichen als ausgestattet und erschlossen, und für eine individual-kapitalistische Expansion nach außen ist weltwirtschaftlich die Zeit vorbei.

Die staatliche Lösung der Krise

Jetzt muß sich Amerika in seinem Hause irgendwie einrichten. Die Zeit ist gekommen, in der irgendeine neue Kraft versuchen muß, das Gleichgewicht wieder herzustellen, den Erzeugungsapparat in sich in Proportionen zu bringen, die den veränderten Verhältnissen angepaßt sind. Während die Fertigwarenindustrien nicht länger mehr wachsen dürfen, müssen die Produktionsmittelindustrien und die Industrien für langfristige Verbrauchsgüter irgendwie drastisch verkleinert werden. Aber welche Macht steht in Amerika bereit, diesen notwendigen Schnitt in den kranken Wirtschaftskörper vorzunehmen? Wir haben auf dem einen Gebiet der Werbung für Fertigwaren gesehen, mit welcher Maßlosigkeit die widerstreitenden Kräfte die Einseitigkeit ihrer Standpunkte vertreten! Den einzelnen Interessengruppen wird heute und morgen die Ausweglosigkeit ihrer Lage vielleicht noch gar nicht bewußt werden. Über kurz oder lang jedoch werden Regierung und Masse vor grundsätzliche Entscheidungen gestellt werden, ob sie wollen oder nicht, einfach weil die „Stunde geschlagen hat“. Dann aber wird für Amerika wie für die ganze Welt Entscheidendes darauf ankommen, ob sich die politische Führung ihrer Pflichten bewußt ist. Daß sie es heute noch nicht ist, zeigt das neue Wiederankurbelungsprogramm mit aller Deutlichkeit. Solange der Mann am Ruder des Staates nicht Möglichkeit, Kraft und Willen hat, alle vorhandenen Kräfte für die Generationenaufgabe der Strukturangleichung zu mobilisieren, muß er immer wieder Gefahr laufen, zwischen den Interessengruppen zerrieben zu werden. Eine solche Mobilisierung aller Kräfte bedarf der Schaffung eines ganz neuen Vertrauens, eines Vertrauens des ganzen Volkes in eine „neue vertrauenswürdige Größe“, die weder für noch gegen die Arbeiterschaft, den Verbrauchersozialismus, die Unternehmerschaft oder das Kapital ist, kurz: eines neuen Vertrauens in die gerechte Autorität des Staates.

Der *New Deal* hat 1933 um ein solches Vertrauen noch nicht geworben. Wohl trugen nach den Ansichten des amerikanischen Volkes die dem Präsidenten in der *National Industrial Recovery Act (N.I.R.A.)* gegebenen Vollmachten diktatorischen Charakter, doch waren die sozialen Fragen, die mit diesen Vollmachten gelöst werden sollten, nur für den Amerikaner revolutionär. Für den Europäer waren sie Selbstverständlichkeiten des sozialen Fortschritts, die er bei sich teilweise schon vor einem Menschenalter verwirklicht hat. So wenig der Staat durch das N.I.R.A.-Gesetz einen totalen Auftrag erhielt, so wenig warb auch der Präsident selbst für eine Höherbewertung des Staatsgedankens, d.h. für eine neue Staatsgesinnung. Er ermahnte die Amerikaner nur zu neuer — alter — Anständigkeit, d. h. zu gegenseitigem Vertrauen von Mensch zu Mensch und von Wirtschaftenden zu Wirtschaftenden, und in seinem neuen Belebungsprogramm wendet er sich wieder nur an die im Kampfe liegenden Gruppen mit dem Ratschlag, sich doch gegenseitig größeres Vertrauen zu schenken. Das Wesen sozialwirtschaftlichen Vertrauens ist es jedoch, daß man es in einer Generation immer nur einmal verspielen kann. Dafür ist die „Verspielung“ des Vertrauens in die deutsche Währung durch die „Nennwertübertreibungen“ der Jahre 1921—1923 für die ganze Welt das klassische Beispiel. Nur widerwillig haben sich in den Jahren 1932 bis 1937 *big business* und

Wall Street, die den Präsidenten am heftigsten befehdelten Finanz- und Großindustriekreise, der unbestrittenen Tatsache der Wirtschaftsbesserung gebeugt, aber ihre Abneigung und ihr Mißtrauen gegen den *New Deal* ist sofort wieder zum Durchbruch gekommen, als sich die neue Krise ankündigte. Den gleichen Einflüssen entstammt auch der Verfassungsstreit vor dem Obersten Bundesgericht, der dem *New Deal* trotz der späteren Reparierung als wirtschaftspsychologischen Auftriebsfaktor den Todesstoß versetzt hat. In diesem Versuch, für die Wirtschaftslenkung und die Strukturangleichung die unerläßliche Stärkung der zentralen Staatsgewalt zu erhalten, ist Roosevelt offenbar vor allem unterlegen, weil er sich nicht auf eine neue Staatsgesinnung stützen konnte. Insoweit aber die Volksmassen auf seine Seite traten, *New Dealers* wurden, wurde auch er selbst „Partei“. Das führte zu dem Paradoxon, daß der Demokrat Roosevelt in einigen großen Städten, besonders in Philadelphia, Cincinnati und einigen New Yorker Distrikten die Stimmen der an seinen Sozialreformen dringend interessierten Neger erhielt, daß sich also die Neger das erstemal in der innerpolitischen Geschichte Amerikas gegen ihre Befreier aus der Sklaverei, gegen die Republikaner, entschieden. Bis in die Rassenfrage hinein ist also Roosevelt Gegenstand der politischen Kontroversen geworden, ein Vorgang, der zwangsläufig der Schaffung einer neuen Staatsgesinnung entgegenwirken muß.

Dennoch bemühen sich allmählich neue Kräfte um die Höherbewertung der staatlichen Autorität. Es ist bezeichnend, daß z. B. die mit starkem politischem Verantwortungssinn ausgestattete Gruppe der Konsumentenbewegung, die *National Union of Women Voters*, nicht die Fortsetzung der Kontrolle der Unternehmerwerbung durch die Organe der Bewegung, sondern eine Beaufsichtigung der Wirtschaftswerbung durch den Staat fordert. Langsam wächst in den Vereinigten Staaten die Zahl derer, die die einzig sinnvolle Lösung der Krise in einer Stärkung der zentralen Staatsgewalt erblicken, d. h. in dem Heranwachsen einer neuen dritten, unparteiischen Autorität, der sich alle beugen, weil sie dasjenige echte Vertrauen hat, welches alle anderen politischen oder wirtschaftlichen Machtfaktoren entweder verwirtschaftet haben oder als Interessengruppe totaliter nie besitzen können.

Roosevelts Tanz durch den New Deal

Bis es einmal so weit ist, muß noch viel geschehen. Zunächst haben die geschilderten Mängel der modernen amerikanischen Lebensführung das Vertrauen der sich wirklich verantwortlich fühlenden Teile des Amerikanertums — vor allem der Jugend — in die Gedanken des *New Deal*, die zweifellos einen guten Ansatzpunkt für eine geistige Erneuerung hätten geben können, wieder erstickt. Der Mann an der Spitze der Nation muß erkennen, daß er ohne die Elemente eines neuen sozialwirtschaftlichen Vertrauens eine zwischen halbem Liberalismus und halber autoritärer Staatsführung hin und her schwankende tragikomische Figur bleiben muß. Nichts kann das Tragikomische dieser Figur besser beleuchten, als der buchstäbliche „Tanz“ Roosevelts durch den *New Deal*, den ihn um die Jahreswende 1937/38 die beiden jüdischen Librettisten Georges Kaufman und Moses Hart tanzten ließen.

Am 11. Oktober 1937 wurde im *Colonial Theatre* in Boston die Revue „*I'd Rather Be Right*“ uraufgeführt, die von einem Kritiker als „die frecheste Satire auf regierende Staatsmänner, die das Theaterpublikum jemals gesehen hat“ bezeichnet wurde und überall begeistert Aufnahme fand. Sie beschäftigt sich ausschließlich mit der Administration Roosevelt, und alle Kabinettsmitglieder werden auf die Bühne gestellt. Die Figur des Präsidenten Roosevelt wurde von dem jüdischen Schauspieler George M. Cohan gespielt. In einem Bericht heißt es wörtlich: „In der Person Cohans tanzt und singt der oberste Staatsschef seinen Weg durch das Stück, und die Imitierung des Staatsmannes durch den Schauspieler ist derart drastisch, daß die Possen Cohans doppelt amüsant wirken. Das Stück nimmt ein junges Paar als Vorwurf, das die Absicht hat, sich zu verheiraten, aber daran gehindert wird, weil der Arbeitgeber des jungen Mannes eine Gehaltszulage so lange verweigert, bis der Staatshaushalt ausgeglichen ist. Das Liebespaar trifft nun im New Yorker Zentralpark Präsident Roosevelt und setzt ihm den Fall auseinander, und Roosevelt verspricht, den beiden durch den Ausgleich des Budgets zu helfen. Noch im Park stoßen sie auf die übrigen Mitglieder des Kabinetts, auf das Oberste Bundesgericht und andere, wobei alle Möglichkeiten des Aus-

gleiches des Staatshaushaltes diskutiert werden und der Schatzsekretär Henry Morgenthau u. a. den Vorschlag macht, die Regierung solle doch Subsidien an den Verband der Taschendiebe geben, damit die Bundeseinkünfte wüchsen. Ein anderer Charakter des Stückes ist Mr. Alfred Landon, der geschlagene republikanische Präsidentschaftskandidat, der als ein Diener im Weißen Hause eingeführt wird. Das Stück endet mit einem Kriegsrat im Weißen Hause, wobei der Präsident eine Rundfunkrede in seinem bekannten 'Gespräch-am-Kamin-Stil' hält, und zwar neben einem tragbaren Kamin, während die übrigen Kabinettsmitglieder sich an der Übertragung in Form eines Varietéprogrammes beteiligen."

Erblickt jeder einzelne amerikanische Staatsbürger wirklich in solcher Satire nur ein gutes Stück Humor? Gerade der Amerikaner ist dafür bekannt, alle höheren Gefühle in kürzester Zeit ins Schlagwortartige zu ziehen und damit zu verwaschen. Der politische Gehalt des Begriffes *New Deal* sollte voraussetzen — so meinen wir auf dieser Seite des großen Wassers, ohne es besser wissen zu wollen —, daß man von ihm nur mit Achtung spricht. Erst das erschließt die großen moralischen Kräfte, die dem Gedanken einer Erneuerung die notwendige Spannkraft geben. Verschüttet man nicht, indem man vom *New Deal* in derselben saloppen Weise sprechen und schreiben darf, in der über jede beliebige Tages-sensation gesprochen und geschrieben wird, gerade eine der größten Quellen des Vertrauens? Und könnte ein solcher Humor nicht vielleicht doch absichtsvoll von jenen in Szene gesetzt werden, die die psychologischen Wirkungen kennen und sie im Dienste der Gegner des *New Deal* einsetzen? Die Tatsache, daß in den Oststaaten und besonders in Neuyork die Widersacher Roosevelts leben, half dem Stück zum Erfolg. Und das ist nur ein Fall unter Tausenden. Die amerikanische Presse, die Roosevelt gegenüber unter dem Druck der Anzeigeninteressen zu 90% erbitterte Feindseligkeit oder kalte Kritik zeigt, hat den *New Deal* stets lächerlich gemacht. Jede Reform sollte sich mit der Heilighaltung derjenigen Symbole verbinden, die den Inbegriff eben dieses Reformwillens bilden, und solange die amerikanischen Staatsmänner nicht davon überzeugt sind, daß auch die Aufgabe der Gestaltung des sozialen und wirtschaftlichen Schicksals auf die Wirksamkeit solcher vertrauensschaffender Symbole angewiesen ist, solange kann man auf eine grundlegende Erneuerung in Amerika, die die Welt so dringend braucht, nicht hoffen. Ja, man muß sich darüber hinaus fragen, ob man darauf in Amerika überhaupt schon zukommen kann. Das ist die große Frage der Reife oder Unreife des heterogenen amerikanischen Volkskörpers für den seelischen Aufwand einer Erneuerung.

„England expects that every American will do his duty!“

Wenn man dieses Bild einer hochgradigen sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheit an sich vorübergleiten läßt und an dem eingangs zitierten Times-Ausspruch erkannt hat, daß sich England über die gefährliche Unbeständigkeit Amerikas im klaren ist, dann treten die derzeitigen, mit größtem Nachdruck betriebenen Londoner Bemühungen um die amerikanische Gunst von selbst in ein neues Licht. Es heißt wieder einmal, daß der Abschluß des englisch-amerikanischen Handelsvertrages unmittelbar bevorstehe. Seit Ende 1935 sind die Bemühungen darum im Gange, und obgleich inzwischen die Konjunkturlagen wechselten, ist eines immer konstant geblieben: daß sich die Amerikaner immer bitten ließen und die Engländer immer weiter baten. Mag zu Beginn für die Engländer das handelspolitische Interesse in Verbindung mit einer Erweiterung des Ottawaumes tatsächlich im Vordergrund gestanden haben, zur Zeit braucht man in London den neuen Vertrag ohne Zweifel als eine politische Demonstration der Solidarität der beiden großen „Demokratien“. England ist nach wie vor im unklaren darüber, ob und in welchem Umfange es für einen Ernstfall mit amerikanischer Unterstützung rechnen kann, und es trifft den Nagel

auf den Kopf, wenn Philipp H. Lohmann sagt (vgl. S. 756), daß im Für und Wider eines englisch-amerikanischen Freundschaftsvertrages zur Zeit die politische Lage in Europa das entscheidende Wort sprechen wird. Zwar braucht England inzwischen nicht mehr besonders nervös zu sein in bezug auf die möglichen Konsequenzen der amerikanischen Neutralitätspolitik. Die Anfang März 1937 verabschiedete „*Pitman Resolution*“ hat diese Befürchtungen im wesentlichen beseitigt, denn die Pitmansche „*cash and carry*“-Ausnahme des Neutralitätsgesetzes dürfte England als dem Herrn der Meere den jederzeitigen Rückgriff auf die amerikanischen Lieferungen sichern. Aber noch immer ist z. B. das Problem der Kriegsschuldenrückzahlung nicht gelöst, und das kann die Kreditlage Englands im Ernstfalle recht ungünstig beeinflussen. Seit Jahren hat die englische Regierung auf die halbjährliche stereotype amerikanische Aufforderung zur Zahlung ebenso stereotyp mit der Formel geantwortet, daß sie bereit sei, in Verhandlungen über eine Zahlungsabmachung einzutreten, „sobald die Verhältnisse zur Hoffnung berechtigen, daß ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt wird“. Jetzt, am 22. Juli, hat Lord Samuel im Oberhaus gefordert, es solle nun endlich zu einer praktischen Lösung der Schuldenzahlung kommen. Man wird nicht fehlgehen, wenn man diese Verbeugung gegenüber USA. mit Nachrichten in Verbindung bringt, nach denen nunmehr auch diese Frage in die Erörterungen über den Handelsvertrag einbezogen worden sei.

Man darf indessen nicht annehmen, daß sich diese Bemühungen der einhelligen Unterstützung der britischen Wirtschaftskreise erfreuen. Am 25. Mai fühlte sich der Handelsminister, Oliver Stanley, im Unterhaus zu der ausdrücklichen Erklärung veranlaßt, von einem politischen Vertrag sei nichts zu gewinnen, es müsse ein „echter“ Handelsvertrag werden, der „auf eigenen Füßen stehen“ müsse, und England könne es sich nicht länger mehr leisten, einseitige Gesten zu machen, nur um seinen guten Willen zu zeigen, und die *Midland Bank Monthly Review* schlug in ihrem Juliheft vor, Großbritannien solle sich auf seine innere Wirtschaft konzentrieren, anstatt mit den Vereinigten Staaten um ein Handelsabkommen zu kämpfen. Diese Äußerungen aus Wirtschaftskreisen finden Widerhall in Teilen des politischen Englands, in denen man der Meinung ist, man solle sich nicht mit den Amerikanern einlassen, weil die Schwierigkeiten jeder Washingtoner Administration gegenüber dem Durcheinander der amerikanischen öffentlichen Meinung eine konstante und verlässliche amerikanische Außenpolitik gar nicht zuließen. Die Nachkriegsgeschichte weise genügend Beispiele amerikanischer Unzuverlässigkeit auf, und im übrigen werde man doch nie das traditionelle Minderwertigkeitsgefühl des Amerikaners besiegen, er solle vom Engländer übers Ohr gehauen werden bzw. für ihn die Kastanien aus dem Feuer holen.

Aber zur Zeit ist in England offenbar derjenige Teil der politischen Willensbildung stärker, der um jeden Preis zu einer Verständigung und zu konkreten Vereinbarungen mit den Vereinigten Staaten kommen will. Die Ansicht dieser englischen Kreise läuft im Wirtschaftlichen darauf hinaus, es existiere heute — was immer auch für eingebildete und tatsächliche Gegensätze zwischen beiden Ländern bestünden — eine alles andere überragende Notwendigkeit dahin, daß sich die beiden Großmächte einigten. Sie könnten sich einfach nicht mehr den Luxus leisten, sich zu bekämpfen oder auch nur nicht zusammenzuarbeiten. Wenn, so argumentiert man, die auf Autarkie und Kriegswirtschaft eingestellten Nationen allmählich den Kurs der weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit verließen (!), so könne der Fortschritt und die Prosperität der Welt nur noch damit gesichert werden, daß sich der Rest der Welt in ein wirtschaftliches Ganze verschmelze, und das setze die vereinten Kräfte

Amerikas und Englands voraus, zumal auch die britischen Dominions diese Notwendigkeit immer stärker erkennen würden und im übrigen mit der Beteiligung der Vereinigten Staaten auch die Einbeziehung der lateinamerikanischen Länder gesichert sei. Das Dreimächteabkommen sei schließlich der Anfang der Anteilnahme Frankreichs, das all diesen Plänen sowieso seine Zustimmung nicht versagen würde, wovon wiederum die Oslo-Staaten nur profitieren könnten.

Damit steht also das Wunschbild vor uns, das sich durch die Entwicklung der letzten Jahre aus einer angelsächsischen Handelsunion in einen „weltwirtschaftlichen Block der USA.-Trabanten“ verwandelt hat. Wir wissen nach all dem Gesagten, wie schlecht es auf lange Zeit mit dem Kern dieses Blockes bestellt ist, und wir können nicht annehmen, daß die maßgebenden Männer des heutigen Englands sich darüber nicht auch im klaren sind. Jedoch scheinen sie zu hoffen, daß sie in einem solchen Block die — ihnen allein aus der größeren weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Erfahrung zukommende — Führung übernehmen und damit auch die Gesundung des Störungskernes USA. auf ihre Art betreiben können. Trifft dies aber zu, dann würde wohl auch das nicht ganz von der Hand zu weisen sein, was der Durchschnittsamerikaner instinktiv befürchtet und was er mit jener Abwandlung des klassischen Ausspruchs Nelsons vor Trafalgar ausdrücken will: „England expects that every American will do his duty!“ — —

SCHRIFTTUM

Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten 1934/35. Teil 2: Staatsform und Wirtschaft der Nationen. Bearbeitet von Michael Freund. Essener Verlagsanstalt, Berlin, Essen, Leipzig 1937, XX, 452 S. Gebunden RM. 14.—, brosch. RM. 10.—.

Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten 1935/36. Internationale Politik, Band 3. Mit Unterstützung der Essener Verlagsanstalt herausgegeben von Werner Frauendienst. Essener Verlagsanstalt, Berlin, Essen, Leipzig 1937, XIV, 507 S. Gebunden RM. 14.—, brosch. RM. 10.—.

Das Verdienst ist schon zur Genüge hervorgehoben, das sich die Essener Verlagsanstalt mit dieser Sammlung von Dokumenten der Weltpolitik erworben hat, die Quellenwerk und Lesebuch zugleich und für den Kenner inzwischen ein ähnlicher Begriff geworden ist wie in anderer Beziehung etwa der Brockhaus. Wir haben es hier besonders mit dem Bande „Staatsform und Wirtschaft der Nationen“ zu tun. Die „Staatenwirtschaft“ nimmt für sich in Anspruch, daß sie im deutschen Schrifttum das erste Mal die Probleme der staatlichen Lenkung auf dem Gebiete des Wirtschaftsverkehrs zwischen den Na-

tionen in unmittelbarem wissenschaftlichen und ideengeschichtlichen Zusammenhang laufend darstellt. Wenn jetzt die gleichen Probleme zum Gegenstand der Sonderbände „Staatsform und Wirtschaft der Nationen“ gemacht werden, und zwar in der Form des Textbuches, das die wichtigsten Staats- und Wirtschaftsgesetze und die wichtigsten Verlautbarungen der Staatsmänner und Politiker wörtlich wiedergibt und mit einer vorbildlichen Zurückhaltung kommentiert, so ergibt das einen Zusammenklang von Kräften auf gleicher wissenschaftlicher Ebene, wie er in seiner gegenseitigen Ergänzung nicht besser entstehen kann. Es ist das Wesen staatenwirtschaftlichen Geschehens, daß es im Gegensatz zum Verhältnis von Staat und Wirtschaft, wie wir es uns idealtypisch in der Blütezeit des Liberalismus vorstellen, in weitestgehendem Maße ablesbar wird an den Handlungen der „Lenkenden“ und daß diese Handlungen wiederum ihren Ausdruck in erster Linie in gesetzgeberischen Akten, programmatischen Äußerungen und Appellen an die wirtschaftlich und lebensgesetzlich Beteiligten finden. Gerade deswegen werden die Bände „Staatsform und Wirtschaft der Nationen“ zu dem

Vertiefungs- und Ergänzungsmittel für die Behandlung der Probleme, auf die es uns in der „Staatenwirtschaft“ ankommt.

Im Vorwort des Jahresbandes 1934/1935 hat der als verständnisvoller Herausgeber dieser Teile fungierende Historiker Michael Freund im Zusammenhang mit dem uns gerade in dieser Nummer besonders interessierenden amerikanischen Problem das Programm des Bandes wie folgt umrissen: „Auch in den USA. hat der Staatsgerichtshof der zentralstaatlichen Gewalt verwehrt, außerhalb des engen Rahmens der Verfassung die wirtschaftlichen Geschicke des amerikanischen Volkes insgesamt in die Hände zu nehmen. Damit war für den „New Deal“ Roosevelts die Frage nach den politischen Voraussetzungen gestellt; fortan ruht die Frage des wirtschaftlichen Neubaus auf der politischen Ebene, auf der alle großen Fragen menschlicher Gemeinschaft ruhen. Das Jahr 1934/35 war ein Jahr der sozialen Reform gewesen. Franklin Delano Roosevelt hat in diesem Jahr ein Programm „sozialer Sicherheit“ verkündet und in Angriff genommen. Auch Zeichen des geistigen Umbruchs fehlten nicht, und in den Kundgebungen und Reden Franklin Delano Roosevelts kündet sich etwas Neues an. Die National Industrial Recovery Act von 1933 hatte in ihrer Präambel einen nationalen Notstand verkündet; sie war der Anfang des Überganges zu jenem „nationalen Kriegszustand“, der uns als Welttendenz durch das ganze Buch begleiten wird, des Überganges nämlich zu einem nationalen Feldzug gegen wirtschaftliche Not, völkische Zersetzung und soziale Drohung, einem Feldzug, der alle Kräfte des Volkes in einer geschlossenen Führung zusammenfaßt und in dem die Nation wie ein einzig kämpfendes Heer der Zukunft entgegenschreitet.“ Diese „Welttendenz“ wird lebendig allein durch einen Blick auf die Auswahl der Gegenstände: „Das Ringen um das Allindische Reich — Das ‚Gesetz über die Regierung Indiens‘ — Die Südafrikanische

Union und das Britische Reich — Die Meinung eines Häuptlings von Betschuanaland — Für ein ‚Afrikander‘-Südwestafrika — Irlands Streben nach Unabhängigkeit — Kanadas ‚New Deal‘ — Ein Plan für die soziale und wirtschaftliche Reorganisation Kubas — Räumung Haitis durch die Vereinigten Staaten — Die Commonwealth der Philippinen und ihre politische und wirtschaftliche Ordnung — Das Experiment Roosevelt — Die Herausforderung des klassischen Liberalismus an den ‚New Deal‘ — Annullierung der National Industrial Recovery Act — Der Kampf um die Staatsreform in Frankreich — Burgfriede und Staatsreform — Neoliberalistisches Wirtschaftsprogramm — ‚New Deal‘ für England — Belgiens neuer Plan — Der Aufbau des Korporativstaates im faschistischen Italien — Der deutsche Führerstaat — Krieg der Weltwirtschaft gegen Deutschland und gegen sich selbst — Klarheit über den Rechtsstand der Völker der Tschechoslowakei — Der autoritäre Staat in Polen — Estland auf dem Wege zum autoritären und berufsständischen Staat — Das Deutschtum in Lettland und der autoritäre Staat.“

Von nicht weniger großem Wert für die Erfassung des staatenwirtschaftlichen Geschehens sind die Bände „Internationale Politik“. Auch hier wieder zitieren wir am besten aus dem Jahresband 1935/36 einige der Gegenstände, die der Verantwortliche für die Reihe, der Legationssekretär im Auswärtigen Amt und Privatdozent an der Universität Berlin Werner Frauendienst, auswählt und erläuternd verknüpft: „Der abessinische Krieg und die Begründung des italienischen Imperiums — Vom kolonialen Konflikt zum latenten europäischen Krieg — Sanktionen — Ölsperre und Hoare-Laval-Vorschläge — Ölsperre und letzte Friedensbemühung — Von der Begründung der deutschen Wehrhoheit zum Ende des Locarno-vertrages — Unbedingte europäische Rechtsordnung oder neue Diskriminierungen und neue Keime des Rechtszerfalles? — Der deutsche Friedensplan des 31. 3. 1936.“ —

Dr. Arnold Seifert.

Anschriften der Mitarbeiter dieses Heftes: Dr. Philipp H. Lohmann, Ph. D., Department of Economics, Miami University, Oxford, Ohio, USA; Dr. Peter Schischkoff, Sofia, Bul. „Dondukoff“ Nr. 46; Diplomvolkswirt Dr. Heinz Wilsdorf, Leipzig C 1, Petersstr. 13; Schriftleitung: Schriftleiter Dr. Arnold Seifert, Leipzig S 3, Dohnaweg 11.

PROFESSOR DR. BRUNO RAUECKER

*DIE SOZIALEN UND WIRTSCHAFT-
LICHEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN
ELSASS-LOTHRINGEN UND DEM*

SAARGEBIET

1920—1935

8°, 174 Seiten, 1 Einschalttafel, viele Tabellen, Leinen RM 5.50

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort. I. Die sozialen Beziehungen zwischen Elsaß-Lothringen und dem Saargebiet 1920—1935. Die Beziehungen zwischen der elsäß-lothringischen und der saarländischen Sozialversicherung / Die Beziehungen zwischen der saarländischen und der elsäß-lothringischen Fürsorge / Wechselwirkungen zwischen den saarländischen und den elsäß-lothringischen Arbeitsverhältnissen. a) Gewerkschaften, Kollektive Arbeitsverträge, Löhne, Feierschichten, Siedlung. b) Die Rückwirkungen des französischen (elsäß-lothringischen) Arbeitsrechtes im Saargebiet (Allgemeines). c) Die sozialen Verhältnisse im Steinkohlenbergbau. d) Die sozialen Verhältnisse in der eisenschaffenden Industrie. e) Die Rückwirkungen des französischen (elsäß-lothringischen) Arbeitsrechtes auf das Arbeitsrecht im Saargebiet im einzelnen: Arbeitsvertragsrecht — Kündigungsschutz — Arbeitsschutzrecht. **II. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Elsaß-Lothringen und dem Saargebiet 1920—1935.** Allgemeines / Die Etappen der Eingliederung des Saarmarktes in den französischen Wirtschaftsraum / Die Kohle im saarländisch-französischen Warenverkehr / Die lothringischen Warndtgruben als Faktor der lothringisch-saarländischen Verflechtung / Die eisenschaffende Industrie / Die Zusammenhänge zwischen dem Saarland und der elsäß-lothringischen Landwirtschaft / Die sonstigen Handelsbeziehungen / Die Wirkung der Einführung des Franken im Saargebiet auf die wirtschaftlichen Beziehungen zu Elsaß-Lothringen / Die wirtschaftliche und finanzielle Überfremdung des Saargebiets 1920—1935

KURT VOWINCKEL VERLAG / HEIDELBERG

Der Existenzkampf der Sudetendeutschen im Spiegel ihrer Schriften!

Dokumente der Entnationalisierung

Herausgegeben von

KARL HERMANN FRANK

Bisher erschienen:

1.

Die gewaltsame Vertreibung des deutschen Tgellandes

Von

WERNER SCHAUMANN

X und 127 Seiten, 4 Karten, 4 Lichtbilder, 7 Tabellen, Gr.-80, Jänner 1938

Preis broschiert RM 3.50

2.

Zwanzig Jahre sudetendeutscher Verlustbilanz 1918—1938

Von

F. W. ESSLER

VII und 76 Seiten, zahlreiche Karten und Tabellen, Gr.-80, August 1938. Preis broschiert RM 2.80

Eine Buchreihe, als deren Herausgeber der Abgeordnete Karl Hermann Frank, der Stellvertreter Konrad Henleins in der Sudetendeutschen Partei, zeichnet. Unbestreitbar sind die Dokumente der Entnationalisierung deutschen Volkstums, die hier zu Wort kommen. Mit Sachlichkeit und in wissenschaftlicher Form schildern diese Bände den Kampf der sudetendeutschen Volksgruppe um ihren Bestand und erbringen den Nachweis, wie schwer dieser Bestand schon heute durch die ständigen Verluste erschüttert ist, wie sehr es aber auch notwendig ist, alte, unzulängliche „Minderheitenrechte“ im Interesse des europäischen Friedens durch ein neues Volksgruppenrecht zu ersetzen.

Quellen und Dokumente

Ein Tatsachenbericht über die Lage im sudetendeutschen Gebiet und über die Entwicklung der tschechoslowakischen Innenpolitik in der Zeit vom 24. April bis zum 12. Juni 1938

zusammengestellt und mit erläuternden Zwischentexten versehen von

Dr. CHRISTIAN SIGL

VIII und 85 Seiten. Preis broschiert RM 3.20

Als Dokumente des gegenwärtigen Existenzkampfes der Sudetendeutschen werden diese Schriften immer geschichtlichen Wert behalten!

WILHELM BRAUMÜLLER VERLAG, WIEN IX. — LEIPZIG

Haushofer klärt Probleme

um **FERNOST**

mit seinem Werk „Geopolitik des Pazifischen Ozeans“. Studien über die Wechselbeziehungen zwischen Geographie und Geschichte / 3. ergänzte Aufl., 1937 / 338 S. mit Skizzen und 42 Karten / In Leinen geb. RM. 15.— / „In unserer entscheidend vom Geist und vom wissenschaftlichen Denken mitbestimmten abendländischen Welt hat von Zeit zu Zeit immer wieder ein Buch, mag es nun historischen, philosophischen, naturwissenschaftlichen oder noch anderen Charakters gewesen sein, den Anstoß zu neuen Entwicklungen oder den Beginn grundsätzlich neuer, folgenschwerer, fruchtbringender Anschauungsweisen bedeutet — man denke, aus ganz verschiedenen Gebieten, etwa an die Schrift des Machiavelli, an Kants ‚Kritik der reinen Vernunft‘, oder an Darwins ‚Entstehung der Arten‘. Haushofers „Geopolitik des Pazifischen Ozeans“ ist mit Büchern dieses Ranges in einem Atem zu nennen.“ *Berliner Morgenpost*, 28. 11. 1937. / „Eine Gesamtdarstellung aller gerade heute sich zuspitzenden Probleme der Weltpolitik des Meisters der geopolitischen Darstellung unter den derzeitigen Fachkräften auf diesem Gebiete, Karl Haushofer.“ *Nationalzeitung, Essen*, 24. 12. 1937.

KURT VOWINCKEL VERLAG / HEIDELBERG

Vorankündigung:

Die Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik E. V. veranstaltet Mitte Oktober, voraussichtlich vom 13. bis 15. Oktober, ihre erste wissenschaftliche

Reichs-Tagung Elbe

über die

Die Tagung findet auf einem Dampfer zwischen Dresden und Magdeburg statt und mündet in die Feier zur Eröffnung des Mittellandkanals.

Teilnehmerzahl beschränkt.

Voranmeldung unverbindlich an die

Reichsgeschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft für
Geopolitik E. V. Heidelberg, Klingelhüttenweg 3

**Wegweiser auf dem Marsch der sudetendeutschen
Volksgruppe in eine ehrenvolle**

Zukunft

ist

Volk und Führung

**die unabhängige sudetendeutsche Monatschrift
für Politik und Erziehung**

Sie

verteidigt

die klare politische Linie

**gegen Verfälschungen von innen und außen, ist
der Spiegel sudetendeutschen Gemeinschaftslebens**

Hauptschriftleiter:

Dr. Wilhelm Sebekovsky

48 Seiten Großoktav, Preis RM —.60 pro Heft, halbjährlich RM 3.50; Bestellungen durch die Post (Abonnement de Poste) oder durch jede Buchhandlung

Probehefte kostenlos!

Sudetendeutscher Zeitungsverlag, O. Kraus & Co.

Abteilung: Zeitschriften, Prag II, Postfach 684—86



Adrema-Adressier- und Organisationsmaschinen beschleunigen, vereinfachen und verbilligen die fehlerlose Herstellung aller gleichlautend wiederkehrenden Schreibarbeiten von der einfachen Adressierung bis zur Aufstellung umfangreicher Listen und individuellen Beschriftung von Formblättern · Druckschrift E. 19 u. Vorschlag unverbindlich

ADREMA MASCHINENBAUGES. M. B. H., BERLIN NW 87

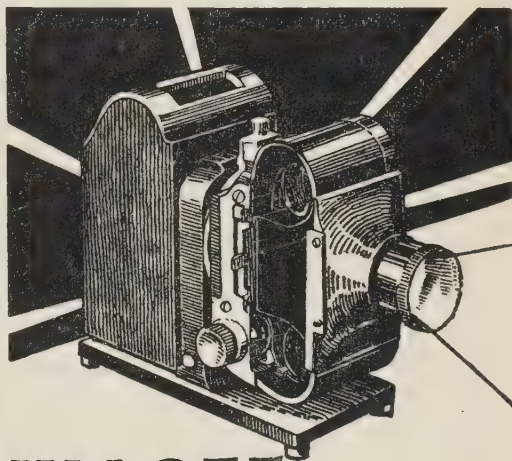
"Lipox"
SPÜLTISCHE

VIELSEITIGE BAUFORMEN

D. R. P.

Nahtl. Nirosta-Becken
Konkurrenztl. Befestigung

ERNST WAGNER APPARATEBAU-REUTLINGEN WÜRTE.



IHAGEE KLEINBILD-DIASKOP

für die Projektion von Farbaufnahmen
und Schwarz-Weiß-Dias 18/24, 24/36
und 50/50 mm.

Äußerst einfach in der Bedienung!
Prospekt gratis!



Dresden-Striesen 359

ALBRECHT KÖLTZSCH DRESDEN-GRUNA 20

Uhren, Gold- und Silberwaren
Sprech-
maschinen



Handelsmarke SAXONIA
seit 60 Jahren
Zahlungserleichterung

Preisliste Nr. 184
umsonst



Soeben erschienen:

Das Buch deutscher Tragik und deutscher Hoffnung!

Dr. E. Quentin

Die Deutschen als Volk für andere

139 Seiten

kartoniert RM 2.80

Das Buch sucht eine Lücke auszufüllen, die im Fehlen einer überblickartig gehaltenen *Gesamtdarstellung aller deutscher Leistungen außerhalb des Mutterlandes* besteht und gibt einen Überblick über die *Gesamtleistungen* der

Deutschen als Volk für andere Völker!

Der Inhalt des Buches führt den Leser durch alle Länder Europas sowie durch die Geschichte der U.S.A. und berichtet in *publizistischer Darstellungsweise*, was von den Anfängen der Geschichte an bis in die neueste Zeit das Deutschtum den Kulturvölkern an höchsten geschichtlichen, kulturellen und zivilisatorischen Leistungen schenkt.

Der Verfasser versucht die Tragik deutscher Volksgeschichte in packender und aufrüttelnder Form zu schildern. Das Buch wendet sich an das Volk, ohne jedoch ins Populäre oder Unwissenschaftliche zu verfallen.

Der Leser muß immer das eine vor Augen haben: das sittlich-völkische Ziel geht auf die Erziehung hin, nie wieder zwecklos das Volksbeste für andere hinzugeben! Aber gewisse Urteilstärten wird der Leser hinwegkommen, wenn er an das hohe Ziel denkt:

Die Deutschen als Volk für sich selbst!

Es wird kein Chauvinismus gepredigt, der unserem Volk von jeher fremd war, doch wird versucht, unseren Volksgenossen den Rücken zu steifen im Umgang mit anderen Völkern und in der Betrachtung der eigenen oft so tragischen Geschichte.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung

Verlag Theodor Weicher Berlin-Leipzig

Inhaber: Karl Rachtler



LEO FROBENIUS

SCHICKSALS- KUNDE

Schriften zur Kulturkunde Bd. V.

211 Seiten. Ganzleinen RM 5.20

Mit feinem Einfühlungsvermögen in das Geschehen des Kulturwerdens gibt uns Frobenius in diesem Werk die innere Begründung für den Verfall der Kultur im Jahrhundert der Weltwirtschaft, des Rationalismus und Materialismus. Sturmheld der beginnenden Revolution der Seele zu sein ist das Schicksal des deutschen Volkes, eine Einsicht, die Frobenius durch das Erlebnis und die erstaunliche Durchforschung fremder Kulturen gewann. Er glaubte schon 1931, als das Buch entstand, daß die Titelrolle der kommenden Kultur nur dem Volke zufallen kann, dem höchste Befähigung zur Ergriffenheit mit Gestaltungsgabe und die Fähigkeit zur Hingabe innewohnt. Und er schließt das Buch mit dem Glauben, daß die aus der Ergriffenheit emporsteigende Zukunft unser Volk zum ersten Male in der Weltgeschichte nicht unvorbereitet finden wird. Die klare Darstellung der Linie, die die Entwicklung gehen mußte, die Bestätigung dieses Ahnens und der sichere Glaube an die heutige Aufgabe unseres Volkes machen das Werk zu einem wichtigen Zeitdokument.

VERLAG HERMANN BÖHLAUS NACHF.

WEIMAR

Neue Bücher aus dem Societäts-Verlag

MAX NIEHAUS

Sardinien

Eine Reise

184 Seiten, 32 Bildseiten und 1 Karte

Ganzleinen RM 5.40

IRENE SELIGO

Zwischen Traum und Tat

Zwölf englische Profile

350 Seiten, 12 Bildseiten

Ganzleinen RM 6.80

FRIEDRICH SIEBURG

Afrikanischer Frühling

300 Seiten, 32 Bildseiten

Ganzleinen RM 6.80

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und durch den

Societäts-Verlag, Frankfurt a. Main

Kepler

Roman einer Zeitenwende

von Olaf Saile

376 Seiten . 1 Bildtafel
RM 4.- . Leinen RM 6.-

Es ist das Verdienst Olaf Sailes, daß er das Problem als ein schlechthin deutsches erkennt und seineira et studio behandelt... Es ist ein Buch, das alle angeht, Protestanten und Katholiken, weil es über die Konfessionen hinaus zu einer deutschen Frömmigkeit strebt und eine Bestätigung des Goethewortes ist, wonach alle halbe Philosophie von Gott weg, die ganze aber zu ihm zurück führt. Völk. Beobachter, München

In Ihrer
Buchhandlung erhältlich!

Fleischhauer & Spohn
Verlag . Stuttgart

Zum Volkstumskampf des Sudetendeutschtums

Sudeten-Deutschland

Ein Beitrag zur Grenzlanderziehung im ostmitteldeutschen Raum.

Von Prof. Dr. Rud. Lochner. NM 2.20

„... Der Selbstbehauptungskampf der Sudetendeutschen hat die Aufmerksamkeit ganz Europas auf den Sudetenraum gelenkt. So ist es nur recht und billig, wenn man zu diesem Zeitpunkt einmal genauer erfährt, worum es im Sudetendeutschland eigentlich geht. Darüber hinaus aber ist es die Absicht des Verfassers, zu den Fragen einer deutschen Grenzlandkunde und Grenzlanderziehung Stellung zu nehmen. Von der Warte der Grenzlanderziehung her zeigt Lochner in Kürze auf, welche künftige Haltung man vom neuen Reichsbürger demgemäß erwartet. Diese Eignung des Stoffes wird im vorliegenden Falle unterstützt durch die Tatsache, daß der Verfasser als gebürtiger Deutschböhme und langjähriger Leiter eines sudetendeutschen städtischen Volksbildungsamtes an die Darstellung herangehen konnte.“

Mittelschleifische Gebirgszeitung

Der Deutsche in Böhmen

Von E. Ackermann und H. Brewer.

(Aus der Sammlung „Der Deutsche im Auslande“ Heft 10.) NM 1.60

„... Im Heft ‚Böhmen‘ wird mit Recht das Hauptgewicht auf die Darstellung der Gegenwart gesetzt. Es wird erzählt vom Böhmer Wald mit seinen dunklen Waldungen und stillen Seen, dem Egerland und seinen heilkräftigen Quellen, dem Erzgebirge mit den an seinem Fuße liegenden Kohlenfeldern. Mit Geschichte, Sitten und Gebräuchen werden wir gut bekannt gemacht. Proben der deutsch-böhmischen Heimatdichtung zeugen von dem lebendigen Gefühl der Volksverbundenheit dieses großen Teils des Grenzlandsdeutschtums.“

Monatsschrift für höhere Schulen

Tschechoslowakei. Staat, Landschaften und Völker

Von Dr. Gerhard R. L. Neumann.

(Raum und Volk, Gruppe VI, Heft 21.) NM —.60

Eindringlich führt Dr. Neumann den Leser durch die Geschichte und läßt ihn die Entwicklung der einzelnen völkischen Lebensräume betrachten. So zeigt er Böhmen als altgermanischen Siedlungsraum, zeigt die Kolonisationsarbeit des Mittelalters. Die Verwüstungen der Hussitenkriege und des Dreißigjährigen Krieges zerstören die jahrhundertelange Kulturarbeit der Deutschen, die dann aber doch wieder mit nie erlahmender Kraft den Wiederaufbau beginnen. Als im Habsburgerreich des 19. Jahrhunderts das Nationalbewußtsein der Tschechen zu neuem Leben erwacht, setzt ein harter Kampf um deutsche Sprache, deutsche Schule und so um die Erhaltung deutscher Kultur ein, bis er sich zu der unglaublichen Unterdrückung der Sudetendeutschen in dem durch Versailles geschaffenen tschechoslowakischen Staat zuspitzt.



Zahlreiche Karten verdeutlichen die ebenso volkstümlich-klare wie wissenschaftlich-gründliche Arbeit.

Verlag von Julius Beltz · Langensalza · Berlin · Leipzig

Zum sudetendeutschen Kampf

den **FOCHLER-HAUKE**

DEUTSCHER VOLKSBODEN UND DEUTSCHES
VOLKSTUM IN DER TSCHECHOSLOWAKEI

mit Vorwort von Generalmajor Professor Dr. Karl Haushofer
8°, 325 Seiten, 6 Karten, in Buckramleinen RM 7.50

EMPFOHLEN VON:

- 1 Laut Entscheidung der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS.-Schrifttums wird das Werk in der NS.-Bibliographie geführt (13. 8. 38).
- 2 „Das Buch wird empfohlen“ von der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums (2. 3. 38).
- 3 „Das Beste, was über diese Frage geschrieben ist.“ Das Ministerialblatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern (1938, S. 1324f.).
- 4 „Zur Schulung geeignet“, geführt in dem Verzeichnis des Grenzbüchereidienstes in Zusammenarbeit mit der Bücherei des Deutschtums im Ausland im Deutschen Ausland-Institut Stuttgart.
- 5 Empfohlen von der Volksdeutschen Mittelstelle, Berlin (7. 2. 38): „Gründliche, politische, geographische Arbeit, die auch die kulturellen und geistigen Zusammenhänge ausgezeichnet umreißt.“
- 6 Empfohlen im Heeresverordnungsblatt Nr. 23, im Marineverordnungsblatt Nr. 12.
- 7 Empfohlen im Reichsarbeitsblatt des Reichs- und Preußischen Arbeitsministeriums Berlin (1938/1 S. II/6).
- 8 Empfohlen von Professor Jungbauer (führender sudetendeutscher Volkskundler) und Gauleiter Hans Krebs, Berlin (Begründer des Nationalsozialismus in der Tschechoslowakei) (2. 11. 37).
- 9 Aufgenommen in vielen Ausstellungen, darunter der des Reichsparteitages in Nürnberg 1938.
- 10 Empfohlen von der Reichsarbeitsgemeinschaft für Werkbüchereien in der RSK., Vorschlagsliste 1938, Nr. 8.

Außerdem in den wichtigen Zeitungen, Zeitschriften und Reichsendern ausführliche und anerkennende Besprechungen.

KURT VOWINCKEL VERLAG / HEIDELBERG

Immer grüner wird's

SPAMER-AG
ABT.
DRUCKEREI
LEIPZIG